Michael Bouteiller

Weimar fand in Lübeck nicht statt

Ein unvergleichlicher Anblick – Die Lübecker Altstadt vor der Zerstörung von Palmarum 1942.

INHALT

A. Vom qualvollen Ende Weimars im Freistaat Lübeck 1921-1933 3
B. Lübecker Gegenwelten 28
C. Wer sind die wahren Feinde des freistädtischen Bürgertums? 39
D. Lübeck auf dem Weg in die Diktatur 46
E. Der aufhaltsame Weg in den völkischen Faschismus 137

Vorwort

Im 19. und 20. Jahrhundert war der Lübecker Staat gespalten in Bürger | Arbeiter.[1] Die Begegnung von Erich Mühsam und Thomas Mann, beides Lübecker Bürgersöhne, bietet deshalb eine seltene Gelegenheit, zwei Weltsichten zu beschreiben. Thomas Mann und Erich Mühsam haben ein Recht darauf, ihre Sicht der Geschichte zu erzählen, und zwar als Teil einer neu verstandenen Erinnerungskultur, die Konflikte nicht scheut und gerade dadurch dichotome, einander ausschließende Narrative überwinden könnte.

Im Folgenden deshalb erst einmal Geschichten über verschiedene Ansichten zur Lübecker Zeitgeschichte. Zunächst die Erzählung darüber, wie die Weimarer Republik in Lübeck ihr vorzeitiges Ende fand. Es folgen danach eine Darstellung der gesellschaftspolitischen Kontroverse Erich Mühsams mit Thomas Mann - Gegenwelten - und ein Versuch, die unterschiedlichen Wahrnehmungen des Jahrhundertskandals - des Sturzes des Regierenden Bürgermeisters Johann Neumann 1926 - aus dem Blickwinkel der Lübecker kulturellen Elite einzuordnen.

Abschließend folgt ein Sprung in den gegenwärtig um sich greifenden Präfaschismus mit der Frage, wie dem aufkommenden Faschismus entgegenzutreten ist.

---

[1] Julius Leber, Lübecker Volksbote, 2.9.1921, S.1; das gilt besonders für die Zeit des Klassenwahlrechts bis 1919; für die Zeit der Weimarer Republik, vgl.die Milieustudie von Julian Freche, Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik (1919–1933), Kiel/Hamburg 2019 und kritisch: Buss, Hansjörg, Rezension zu Julian Freche, Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik (1919-1933) (Kieler Schriften zur Regionalgeschichte 4), Kiel/Hamburg: Wachholtz 2019, 415 S., ISBN 978-3-529-03604-0, Zeitschrift für Lübeckische Geschichte, Band 100 (2020/21), S.744

A. Vom qualvollen Ende Weimars im Freistaat Lübeck 1921-1933

Inhalt 2
1 Präfaschismus in Lübeck 4
2 Definition Präfaschismus - Inhalt und Methode 4
3 Gespaltene Gesellschaft - Arbeiter | Bürger 5
4 Ideologie und Organisation des Bürgertums 7
5 Organisation des Völkischen Rassismus 7
6 Ev.-Lutherische Kirche war mit von Partie 8
7 Das Netzwerk des Völkischen legt sich über die Staatsstruktur 8
8 Mord und Putsch als Mittel zur Destabilisierung der Republik 9
9 Der anhaltende Einfluss des spendablen Milliardärs Emil Possehl 10
10 Räterepublik in München: der „kurze Frühling“ Weimars 11
11 Die fünf Schwächen der Weimarer Verfassung 12
12 Die „Neue Zeit“ findet in Lübeck nicht statt 14
13 Julius Lebers Lagebericht 1921 15
14 Medienherrschaft analog 17
15 Die 17 Sprossen der Karriereleiter des Senatspräsidenten Dr. Johann Neumann 18
16 Julius Lebers Lagebericht 1924 20
17 War die Lübecker Republik rot oder schwarz? 21
18 Vom Lübecker Putschversuch zum Jahrhundertskandal und seinem schnellen Vergessen 23
19 Senatspräsident Dr.Neumann - die Spinne im völkischen Netzwerk 24
20 Am Anfang waren‘s vier - die faschistische Übernahme 26
21 Sie haben „Nein“ gesagt 26

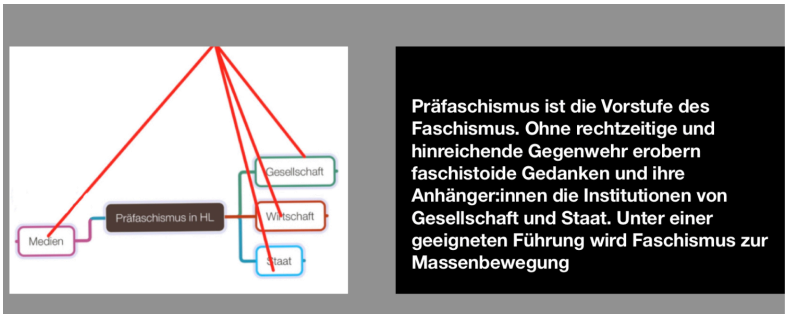
1 Präfaschismus in Lübeck

Es geht um Präfaschismus im Freistaat Lübeck in den 1920-er Jahren. Die Flaggenfrage war gesetzlich geregelt, aber die Machtfrage war nicht gelöst. Der Flaggenstreit „Schwarz-Weiß-Rot“ gegen „Schwarz-Rot-Gold“ zerriss die Republik von Anfang bis zum Ende.[2] Im Folgenden wird der anschwellende Präfaschismus in 21 Stationen dargestellt, der Lübecker Weg in die faschistische Diktatur.

2 Definition Präfaschismus - Inhalt und Methode

Erzählt wird eine Alternative zum bisher bekannten Lübeckbild. Über Präfaschismus in Lübeck wissen wir wenig. Das gilt auch für Motive und Netzwerke der handelnden Personen. Präfaschismus ist die Vorstufe des Faschismus. Ohne rechtzeitige und hinreichende Gegenwehr erobern faschistoide Gedanken und ihre Anhänger:innen die Institutionen von Gesellschaft und Staat. Unter geeigneter Führung wird Faschismus zur Massenbewegung.

Demgegenüber benennt der zur Begründung für die damalige geistige Lage oft gebrauchte Begriff „*Konservative*



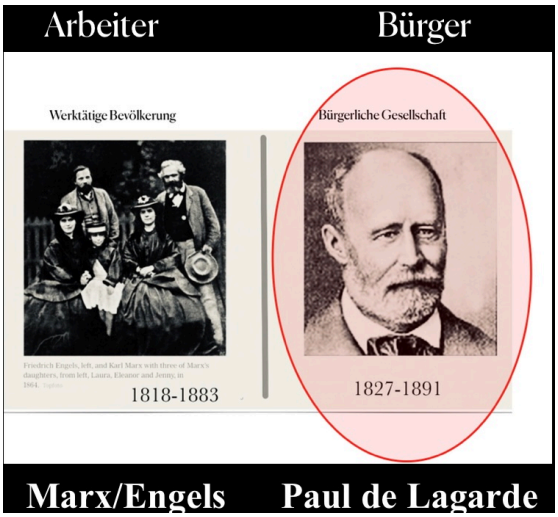
[2] Dazu auch Christian Walther, Die Republik und ihre Farben, Taz, 9.8.2022, S.6, https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2022/08/Taz-Weimar-Presse-Fahnenfrage.pdf

Revolution“[3] eine bestimmte, durchaus heterogene - i.S. rechter und auch linker Orientierung - Gedankenwelt von Personen oder Personengruppen. Diese Ideenwelt kann handlungsrelevant werden, mündet aber nicht notwendig in Faschismus.

Möglicherweise entsteht bei der Durchsetzung von Ideen der *Konservativen Revolution* nämlich als Herrschaftsform eine Meritokratie, d.h. eine Elitenherrschaft, die nicht, wie im Falle des völkischen Faschismus, in Mord und Totschlag, national und international, Bürgerkrieg und Staatenkrieg mündet, sondern in Milliardärsherrschaft.[4]

Es geht also bei diesem Versuch der Kennzeichnung einer Gebietskörperschaft als *präfaschistisch* um die Bekämpfung des Faschismus, die Aufklärung über seine Ursachen und Verursacher:innen und die Gegenwehr. Es geht um die frühzeitige Abwendung des Umsturzes in den Faschismus, so lange das noch möglich ist. D.h., so lange noch keine Massenbewegung organisiert ist. Deshalb kommt es für den Wortgebrauch *Präfaschismus* nicht darauf an, ob die Gefahrenlage sich bereits zu einer Massenbewegung entwickelt hat. Diesen Umschlag in die organisierte Massenbewegung gilt es gerade zu verhindern.

3 Gespaltene Gesellschaft - Arbeiter | Bürger



Kommunismus und Kapitalismus waren schon im 19.Jahrhundert, spätestens aber seit 1912 die beherrschenden Gegensätze. 1912 ist das Signaljahr, denn damals erkannte das Bürgertum kollektiv die Gefahr, die durch ein gleiches Wahlrecht drohte:

Die Sozialdemokraten werden in der Reichstagswahl mit rd. 35% stärkste Fraktion. Sie gewinnen rd. 6% hinzu. Die Bürgerlichen schließen sich zusammen. Unbegrenzter Reichtum stand unter dem Schutz jeder deutschen Verfassung. Aber die Furcht vor einer Veränderung der Besitzverhältnisse durch Revolution oder Sozialismus/Kommunismus stand

---

[3] https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution, abgefragt 12.3.2022; aus der Vielzahl der dazu verfassten Literatur sei hingewiesen auf Gross, Raphael, Carl Schmitt und die Juden. Eine deutsche Rechtslehre, Frankfurt a.M. 2000;

Präfaschismus: Dirk Stegmann: Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII (1972), S. 351-432; Ders.: Vom Neokonservatismus zum Protofaschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 199-230.; Foroutan, https://m.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-ich-sehe-da-eine-emotionale-distanz/22830476-2.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com; Snyder, Timothy, https://www.perlentaucher.de/9punkt/2021-01-11.html

[4] https://michaelbouteiller.de/?p=5317

1912 auf der Tagesordnung. [5]

Die Organisation dieser Ängste übernahm Justizrat Claß vom Alldeutschen Verband. Das intellektuelle Rüstzeug dazu lieferte der Theologe und Orientalist Paul de Lagarde. Lagarde glaubte an den Untergang des deutschen Volkes durch volksfremde Elemente, die es spalten: Juden, Sozialisten und Liberale. Diese galt es zu vernichten, wenn - wie bei Juden - eine Assimilation ausschied. Lagarde nutzte das damalige kulturpessimistische Reden vom Untergang und erfand die Auferstehung des Deutschen Volkes jenseits der Realität im und durch den Deutschen Gest: der völkische Glaube an die Einheit des Volkes in der Nation des Geistes. Das war für ihn der Fakt.[6]

Er hielt 1853 die beiden Reden „Konservativ?“ und „Über die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik“. Darin propagierte er die Einheit des Volkes als Grundlage der „deutschen Nation“, die Expansion des Reiches als Grundlage der Unbesiegbarkeit und die Vertreibung oder Vernichtung der Juden, dem Ungeziefer, das Zwietracht säht, als Voraussetzung für die Einheit des Volkes.

Fritz Stern schreibt dazu:

> *„Nur wenige Menschen haben Hitlers Vernichtungswerk so genau vorhergesagt - und so entschieden im voraus gebilligt“*[7]

Diesen gedanklichen Dreh Lagardes haben Marx und Engels 1848 durchschaut. Folgendes schrieben sie über die deutschen Philosophen und Literaten im Manifest des kommunistischen Bundes:

> *„Die französische sozialistisch-kommunistische Literatur wurde … förmlich entmannt. Und da sie in der Hand des Deutschen aufhörte, den Kampf einer Klasse gegen die andre auszudrücken, so war …die "französische Einseitigkeit" überwunden, statt wahrer Bedürfnisse das Bedürfnis der Wahrheit und statt der Interessen des Proletariers die Interessen des menschlichen Wesens, des Menschen überhaupt …, des Menschen, der keiner Klasse, der überhaupt nicht der Wirklichkeit, der nur dem Dunsthimmel der philosophischen Phantasie angehört“.*[8]

---

5 Dirk Stegmann, Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts, Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlandspartei 1912-1918, in: Demokratische Geschichte, Jahrbuch für Schleswig-Holstein, Band 24, Malente 2013, S. 39-62; s.auch Heinrich August Winkler, Die Einheitsfront von rechts, Zeit online, 25.2.1972.

6 Lagarde, Deutsche Schriften, Göttingen 1878, https://ia804505.us.archive.org/18/items/deutscheschrift01lagagoog/deutscheschrift01lagagoog.pdf; dazu Alteri saeculo Paul Anton de Lagardes ‚Lebensarbeit‘ an der Septuaginta, Aus dem Buch Die Göttinger Septuaginta, Bernhard Neuschäfer https://doi.org/10.1515/9783110285222.235

7 Stern, Fritz, Kulturpessimismus als politische Gefahr(1963), 2.Auflage, Stuttgart 2018

8 https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/marx-engels-manifest.pdf, S.486; Karl Marx . Friedrich Engels, Werke Band 2, Berlin 1962, S.126: „ Ideen können überhaupt nichts ausführen. Zum Ausführen der Ideen bedarf es der Menschen, welche eine praktische Gewalt aufbieten. In seinem wörtlichen Sinn ist also der kritische Satz wieder eine Wahrheit, die sich von selbst versteht, also abermals eine „Prüfung.“

4 Ideologie und Organisation des Bürgertums

Dieses Bild veranschaulicht den Einfluss von Inhalt und Methode des Ideologen Paul de Lagarde auf die dort abgebildeten Personen, darunter die Lübecker Thomas Mann und Johann Neumann. Der spätere Lübecker Nobelpreisträger rechnete Lagarde in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ (1918), neben Nietzsche und Wagner,[9] seinen beiden anderen Vorbildern, zu den „Großen des deutschen Volkes“. Er bezeichnete ihn als „Praeceptor Germaniae“ (Lehrmeister Deutschlands).[10] Richard Wagner warb um Lagarde für seine Bayreuther Blätter, Lagarde lehnte ab. Sie standen sich aber gedanklich nahe, abzulesen etwa in Wagners Beitrag von 1878, „Was ist deutsch?“[11]

5 Organisation des Völkischen Rassismus

[9] Thomas Mann:“Ich bekenne mich tief überzeugt, daß das deutsche Volk die politische Demokratie niemals wird lieben können, aus dem einfachen Grunde, weil es die Politik selbst nicht lieben kann, und daß der vielverschrieene ‚Obrigkeitsstaat' die dem deutschen Volke angemessene, zukömmliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt.“, Betrachtungen eine Unpolitischen, Frankfurt a.M. 1983, S.29 - wohl eine Adaption der Wagnerschen Ideologie, vgl. Hubert Kiesewetter, Von Richard Wagner zu Adolf Hitler.: Varianten einer rassistischen Ideologie, Zeitgeschichtliche Forschungen 47, Berlin 2015

[10] Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, in der Textfassung der Großen kommentierten Frankfurter Ausgabe (GKFA) Thomas Mann, E-Books, S. 545

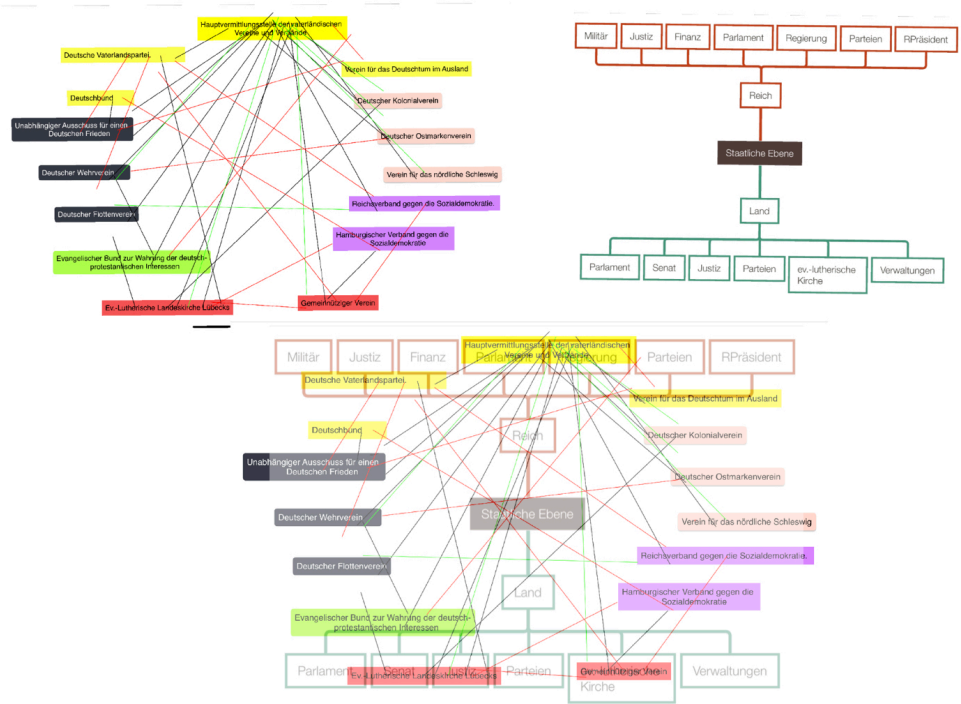
[11] https://spinnet.humanities.uva.nl/images/2014-07/wagner-was-ist-deutsch-1865-1878-2_1.pdf

Die Bandbreite der Themen, dem diese Verbände auf dem Bild folgen, spiegelt das „Vernichtungsschema“ Lagardes. 1901 waren es etwa 150.000 Mitglieder,[12] die Elite des Bürgertums. Dieses Netzwerk legt sich über den Staat. Sie orientieren gegen Juden, Sozialisten, Liberale, werben für Expansion nach Osten und Westen, den „großen Krieg“ und den deutschen Glauben an geeignete Führer für eine deutsche Weltmacht: Auch der Lübecker Dichter Emmanuel Geibel war 1861 fasziniert: „Und es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen.“

6 Ev.-Lutherische Kirche war mit von Partie

Auch Lübecks evangelische Kirche, in der 92% der Bevölkerung Mitglied war, war mit von Partie. Sie war seit 1888 Mitglied im Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen. Der Bund war im AV organisiert. Die Kirchenführung war mehrheitlich völkisch. Dass der evangelische Weg von Luther am 1. Juni 1934 bei dem NSDAP-Bischof Erwin Balzer (1901-1975) endete, der 1945 entlassen wurde und der 1955 die kirchlichen Weihen zurückerhielt, ist für sich genommen eine ungeheure Geschichte.[13]

7 Das Netzwerk des Völkischen legt sich über die Staatsstruktur

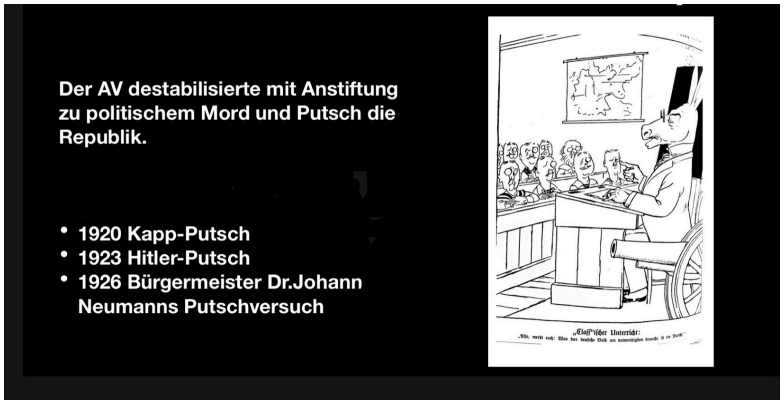


[12] Leicht,Johannes, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012, S.185

[13] Buss, Hansjörg, „Entjudete“ Kirche: Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918-1950), Paderborn 2011; https://de.m.wikipedia.org/wiki/Erwin_Balzer, abgefragt 12.4.2022

Das Netzwerk der völkischen bis eliminatorisch-rassistischen Verbände/Vereine legte sich zunehmend über die staatliche Struktur.

8 Mord und Putsch als Mittel zur Destabilisierung der Republik



Die Strategie der Alldeutschen zur Erreichung ihres Zieles der völkischen Diktatur, und der Bekämpfung der als „jüdisch-bolschewistisch“ verleumdeten Republik war die Anstiftung zu Mord und Putsch. Drei Putschversuche in jeweils dreijährigem Abstand sollten die verhasste Republik destabilisieren. Wie wir wissen, lag die Republik schon von Anfang an durch den verlorenen Krieg, Reparationen, Ruhrbesetzung und Börsenkrise am Boden.

Die Destabilisierung durch Mord und Putsch war erfolgreich. Denn schon der erste Putschversuch, der Kapp-Putsch 1920, ließ die Regierung nach Stuttgart fliehen. Das war ein verheerendes Zeichen. Es signalisierte: Auf die Reichswehr ist kein Verlass. Sie steht auf der Seite der Feinde der Republik. Nur der Generalstreik rettete die Republik.[14] In den dem Putsch folgenden Wahlen vom 6. Juni 1920 verlor die „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrum und Demokraten die Mehrheit. Das blieb so auf die Dauer der Weimarer Republik. Die Republik hatte „ihre tödliche Wunde erhalten“, schrieb der Lübecker Arnold Brecht.[15]

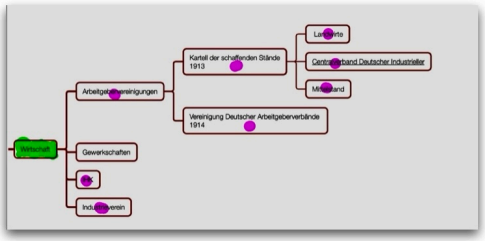
Die Karikatur „Claß“ischer Unterricht“ passt dazu.: „ Also, merkt euch: was das deutsche Volk am notwendigsten braucht, ist ein Putsch“, lehrt Justizrat Claß, als Esel dargestellt, seine Schüler.

---

[14] Weiß, Gerhard, Wie eine Republik gerettet wurde und ihren Rettern dankte, Köln 2021, S.108

[15] Brecht, Arnold, Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1894-1927, Stuttgart 1966

9 Der anhaltende Einfluss des spendablen Milliardärs Emil Possehl



Der Lübecker Milliardär Emil Possehl war zu seiner Zeit der reichste und politisch dominante Lübecker Bürger - auch durch sein Wirken in Bürgerschaft (1891), Senat (seit 1901), in der Handelskammer und in den bekannten reichsweit tätigen deutsch-völkischen Vereinen und Verbänden. Seine politische Haltung war für die bürgerliche Elite auch nach 1921 von bleibendem Einfluss. Er war 1891 neben dem Präsidenten der Handelskammer Lübeck, Lange, Gründungsmitglied des AV. Mit von Partie waren auch Carl Peters, der später „Hänge-Peters“ genannte Kolonialpolitiker und Alfred Hugenberg, der spätere völkische Zeitungsmagnat. Der spätere Regierungschef Neumann war sein Zögling. Beide stifteten 1916 je 50.000 Mark für Ankauf und Aufbau der rassistischen Deutschen Zeitung, dem Propagandablatt des AV.[16]

Nachdem der Gesamtverband des AV 1911 in Lübeck getagt hatte, verfasste Possehl 1912 im Auftrag des AV eine Denkschrift an das Reichsamt des Inneren, in der ein wirtschaftlicher Generalstab zur Sicherstellung der Versorgung des Deutschen Reiches im erwünschten und erwarteten „großen Krieg“ vorgeschlagen wurde. Der „große Krieg“ sollte dann alles weitere entscheiden. Der wirtschaftliche Generalstab war eine Vorwegnahme des „ Militärisch-industriellen-Komplexes“, vor dem US-Präsident Eisenhower 1961 in seiner Abschiedsrede gewarnt hatte.[17]

Possehl und der spätere Senatspräsident Neumann waren auch Gründungsmitglieder des 1912 in Berlin auf Anstoß des AV gegründeten Deutschen Wehrvereins. Neumann der Protokollführer des Lübecker Wehrvereins.

Die Kriegsziele des Wehrvereins und des AV unterstützte Possehl nicht nur aus Profitinteresse. An Curtius schreibt er 1912, voll Unzufriedenheit mit dem strategischen Kleinmut der Reichsregierung und der bürokratischen Verzettelung in seinem Heimatstaat:

> *„Im übrigen bin ich so unzufrieden wie Du. Es scheint als wenn wir in Deutschland durch ein großes Blutbad gehen müssen, um wieder gesunde Verhältnisse und gesunde menschliche*

---

[16] Stegmann, Dirk, Die „Deutsche Zeitung“, 1917-1918, Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreichs, in: Kasseler Personalschriften Band 7, hrsg. von Dagmar Bussiek, Simona Göbel, Kultur, Politik und Öffentlichkeit, Festschrift für Jens Flemming, Kassel 2009, S.266-288, (978-3-89958 -688-6.volltext.frei, PDF Dokument)

[17] https://de.wikipedia.org/wiki/Militärisch-industrieller_Komplex, abgerufen 14.3.2022

> *Anschauungen zu bekommen, wie sie die Folge der Erziehung des preußischen Volkes von 1807 - 1815 waren.“ - „Politisch sehe ich die Lage düster an. In England allgemeine Meinung (täglich an den großen englischen Börsen), Germaniam esse delendam ´[18](Deutschland muss zerstört werden, MB)‘. Es wird terrible. Sei es nun jetzt oder in einigen Jahren, wir sind nicht in dem Verhältnis gerüstet wie anno 70 und wirtschaftlich nicht organisiert und deshalb nicht stark und das trifft das Leben unseres Volkes.“*[19]

Possehl starb am 4. Februar 1919. Das außerordentliche „deutsch-völkische“ Wirken dieser Persönlichkeit, von der sich die Stiftung nicht hinreichend distanziert, lebt über die großzügigen Spenden der Stiftung ungebrochen bis heute.

10 Räterepublik in München: der „kurze Frühling“ Weimars

Zum Zeitpunkt von Possehls Tod begann der kurze Frühling der Weimarer Republik. Er lässt sich am besten in München nachvollziehen. Am 8. November 1918 wurde der Freistaat ausgerufen und der Journalist des Vorwärts, Kurt Eisner - USPD, zum ersten Ministerpräsidenten Bayerns gewählt. Am 21.2.1919 hat ihn der 22jährige Graf Arco erschossen. Mit den Worten,

> *„Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter,“*

rechtfertigte er sich.

Er stand mit dieser Rechtfertigung für die typische Haltung der völkischen bürgerlichen Elite. Die SPD-geführte Reichsregierung befahl die Vernichtung der Räterepublik.[20] Sie endete deshalb am 4.

---

[18] s.dazu https://www.geocities.ws/dikigoros2/germaniaesse.htm

[19] Curtius, Paul, Erinnerungen an Senator Emil Possehl, Mitteilungen des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Heft 14, 1926, S.183-213, S.199

[20] Kuon, Lettre International 2019/124, S. 67

Mai 1920. Dieser Befehl wiederum gab die typische Haltung der regierenden Mehrheits-Sozialdemokratie gegen die Linke wieder. Denn Ebert hasste die Revolution. Er setzte auf Reichswehr und Freikorps. Obgleich der Kapp-Putsch von März 1920 mit der Rettung der Republik allein durch den Generalstreik, d.h. durch die vielbeschworene Kraft der geschlossenen Arbeiterklasse, ihn hätte eines Besseren belehren müssen.[21]

Von Eisner bleibt der Satz,

> *„Die Revolution ist nicht die Demokratie. Sie schafft sie erst.“*

11 Die fünf Schwächen der Weimarer Verfassung

Der Frühling war vorbei und die Weimarer Republik damit schon fast tot. In Lübeck änderte sich denn auch nach der Revolution an den Machtverhältnissen fast nichts. Keine Spur von Frühling.

Rosa Luxemburg hatte Recht behalten. Sie kritisierte bereits 1901 auf dem Parteitag der Reichs-SPD in Lübeck mit scharfen Worten das „Geldsack-Parlament“ in den Hansestädten. Damals war sie offiziell noch Frau Lübeck. Ihre Scheinehe mit dem Schriftsetzer Gustav Lübeck wurde erst 1903 geschieden.
Sie sagte:

> *„Ihnen hier in der großtuenden Bourgeoisie, der berühmten Republik, gebrauche ich nicht viel darüber zu sagen, was wir heutigen Tages von dem Wert des bürgerlichen Parlamentarismus zu halten haben…- der allgewalten Bourgoisie in dem Geldsack-Parlament der Republik von Lübeck und Hamburg …In Lübeck erleben wir schon die Rückwärtsversion des Parlamentarismus…“*[22]

Sie erklärte dann, 17 Jahre später, am 20.November 1918 für den Spartakusbund:[23]

---

21 Weiß, Gerhard, Wie eine Republik gerettet wurde und ihren Rettern dankte, Köln 2021, S.108; Ein Lagebild: Ret Matut, Im freiesten Staate der Welt, Ret Marut, Im freiesten Staate der Welt, 3.12.1919, Entnommen am 24.01.2016 von https://www.anarchismus.at/anarchistische-klassiker/weitere-anarchistische-texte/6448-ret-marut-im-freiesten-staate-der-welt-1919, Ursprünglich veröffentlicht in: "Der Ziegelbrenner", Nr. 18/19, 3.[Dezember lunu anarchistischebibliothek.org https://anarchistischebibliothek.org/library/ret-marut-im-freiesten-staate-der-welt.a4.pdf

22 Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke Band 6, 1893-1906, Berlin 2014

23 Die Rote Fahne, 20.11.1918, Nr.5

„ ...Die Nationalversammlung ist ein überlebtes Erbstück bürgerliche Revolutionen, eine Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom „einigen Volk", von der„Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" des bürgerlichen Staates.

Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewusst oder unbewusst auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück; er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewusster Ideologe des Kleinbürgertums.

Unter dem Feldgeschrei: Demokratie oder Diktatur! Wird der Kampf um die Nationalversammlung geführt. Auch diese Parole der gegenrevolutionären Demagogie übernehmen gehorsam sozialistische Führer, ohne zu merken, dass die Alternative eine demagogische Fälschung ist.

Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn die Diktatur des Proletariats, das ist die Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, „Anarchie", wie die Agenden des kapitalistischen Profits zielbewusst fälschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Expropriation der Kapitalistenklasse – im Sinne und durch den Willen der revolutionäre Mehrheit des Proletariats, also im Geiste sozialistische Demokratie.

Ohne den bewussten Willen und die bewusste Tat der Mehrheit des Proletariats kein Sozialismus. Um dieses Bewusstsein zu schärfen, diesen Willen zu Stärken, diese Tat zu organisieren, ist ein Klassenorgan nötig: das Reichsparlament der Proletarier in Stadt und Land. Die Einberufung einer solchen Arbeitervertretung anstelle der traditionellen Nationalversammlung der bürgerlichen Revolution ist an sich schon ein Akt des Klassenkampfes, ein Bruch mit der geschichtlichen Vergangenheit der bürgerlichen Gesellschaft, ein mächtiges Mittel zur Aufrüttelung der proletarischen Volksmassen, eine erste offene schroffe Kriegserklärung an den Kapitalismus.

Keine Ausflüchte, keine Zweideutigkeiten – die Würfel müssen fallen. Der parlamentarische Kretinismus war gestern eine Schwäche, ist heute eine Zweideutigkeit, wird morgen ein Verrat am Sozialismus sein."

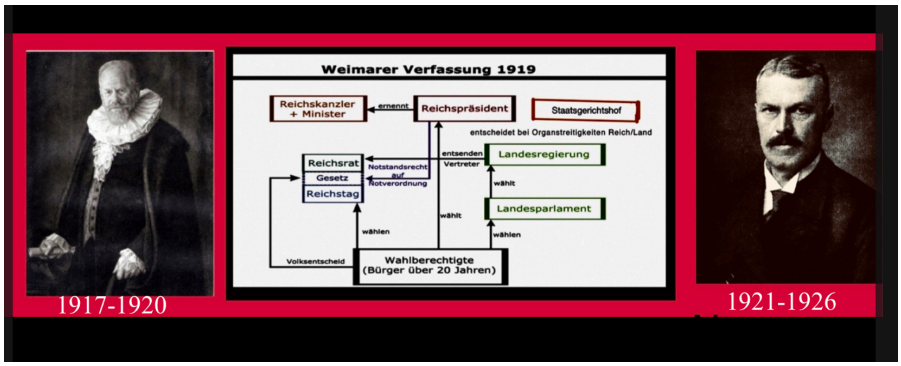
So war es auch. Denn die Weimarer Verfassung enthielt zwar alle fortschrittlichen Wünsche und Hoffnungen an eine moderne demokratische Republik. Freiheitsgrundrechte, Soziale Grundrechte, Teihaberechte, Organisationsrechte, Enteignungsrechte, das ganze Programm.

Die Wirklichkeit sah aber anders aus, denn die WV hatte fünf zu ihrem Missbrauch beitragende schwere Nachteile:

1. Sämtliche Verfassungsrechte standen unter dem Vorbehalt der Notverordnung des Reichspräsidenten. Sie waren mit einer einfachgesetzlichen Verordnung nach Art.48 WV aufhebbar. Diese Entscheidung war gerichtlich nicht zu überprüfen.
2. Der Reichspräsident war nach Art. 47 WV Oberbefehlshaber der Wehrmacht.

3. Kein Verfassungsartikel schützte vor der Einsetzung eines Diktators als Kanzler.
4. Es gab kein verfassungsrechtliches Verbot der Bestechung von Gesetzgeber oder Parteien. Kein Zwang zur Offenlegung der privaten Parteienfinanzierung.
5. Es gab keinen Verfassungsgerichtshof, der (wie das heutige Bundesverfassungsgericht - BVerfG) die verfassungsrechtliche Grundordnung der Weimarer Verfassung abgesichert hätte.

12 Die „Neue Zeit“ findet in Lübeck nicht statt



Auf der linken Seite des Bildes Emil Ferdinand Fehling, der völkische Retter des Patriziats. Rechts Johann Neumann, der Begründer der präfaschistischen Epoche Lübecks. Dazwischen die WV vom 14.August 1919. Bürgermeister Emil Ferdinand Fehling trat in der Kriegszeit 1917 seinen Dienst an. Er trat wie auch Senator Possehl für den „deutschen Frieden“[24] ein. D.h. einen Siegfrieden „Großdeutschlands“[25] Dank eines Schachzuges von ihm blieb die Lübecker Landesregierung als einzige der 18 Bundesländer nach der Revolution im Amt. Denn die Neufassung der Lübecker Verfassung wurde federführend in seine Hände gelegt und er beließ alles beim Alten.

Es gab keinen Bruch mit der patrizischen Verfassungstradition Lübecks, die auf das Jahr 1848 zurückgeht. Die vorrevolutionären Machtverhältnisse des Bürgertums und seiner Gefolgschaft bleiben unverändert. Kein neues Volk, kein neuer Senat, nur eine im Februar 1919 neu gewählten Bürgerschaft mit der SPD als stärkster Fraktion und absoluter Mehrheit von 42 Mandaten bis 1921. Die Lübecker Regierung nach 1919 war weder vom Volk direkt, noch von der Bürgerschaft als Organ insgesamt neu gewählt worden. Das Lübecker Patriziat herrschte vor und nach der Revolution.[26]

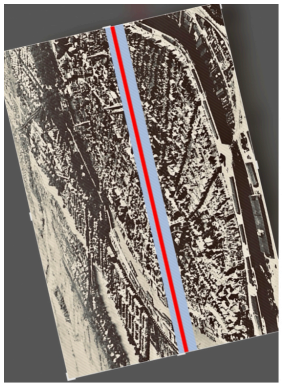
---

[24] https://de.m.wikipedia.org/wiki/Dietrich_Sch%C3%A4fer, abgerufen 28.4.2023

[25] helmut Niendorf, Geschichte des Hauses Possehl 1847-1919, Lübeck 1962, S.142; Stegmann, Dirk, „Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918“, Schleswig 2013, S. 18 (Fehling)

[26] Vgl. Erich Wallroth, Lübecks Eigenart als Gemeinwesen, Eine Rückschau, Lübeckische Blätter, 68.Jahrgang 1926, Lübeck 1927, S. 362

13 Julius Lebers Lagebericht 1921



Julius Leber als Leutnant 1919

Der Sozialdemokrat Julius Leber war ab März 1921 Chefredakteur beim Lübecker Volksboten. Und er war von 1921 bis 1933 selbst Mitglied der Lübecker Bürgerschaft. 1920 hatte er sich noch in Hinterpommern, als Batterieführer gegen die putschenden Offiziere seines Regimentes gestellt, und war aus der Reichswehr entlassen worden.[27] Er hatte Belgard zum Schutz gegen die Kappisten besetzt. Aus Anlass der Eröffnung der Nordischen Woche am 1. September 1921 - also zu Beginn seiner Lübecker Zeit - erkannte er die tiefe Spaltung des Lübecker Volkes in Arbeiter einerseits und Bürger andererseits.

„Arbeiter | Bürger

Man versteht sich nicht mehr in Deutschland; das Volk ist gespalten, unüberbrückbar gespalten. Hier Arbeiter – hier Bürger. Nie kam das besser zum Ausdruck als gestern, an dem ersten Tag in der Nordischen Woche… Nordische Journalisten drückten gestern ihr Erstaunen aus, dass man sie zu Veranstaltungen mit r e i n w i r t s c h a f t l i c h e n und k u l t u r e l l e n Absichten einlade und dass man ihnen dann eine gewaltige monarchistische Flaggenparade vor die Nase hänge. „Wollen die Deutschen uns vor Augen führen, dass sie trotz allem nichts gelernt haben?“….

„Sie täuschen sich, meine Herren, mit der schwarz-weiß-roten Flagge spielen die meisten deutschen Spießbürger wie eigensinnige Kinder mit einem Spielzeug, an das sie sich gedankenlos gewöhnt haben. Sie wollen Ihnen wirklich nicht die alte deutsche Kaisermächtigkeit vorgaukeln, sie beileibe nicht an die Zeit erinnern, wo die gepanzerte Faust Wilhelms wie ein unberechenbares Damoklesschwert an allen europäischen Horizonten rasselte. All das wollen sie nicht, sie wollen etwas ganz anderes, nämlich sie wissen selbst nicht, was sie wollen. …

A b e r, das gilt nur von der großen Mehrzahl der Bürger; dazwischen sind einige, die die feste Absicht haben, mit der schwarz-weiß-roten Flagge bewusst und aufdringlich der deutschen Republik und dem ganzen zu zeigen, dass Ihre jetzige Einstellung noch die v o r k r i e g e r i s c h e ist, dass ihr Horizont Amerongen (Holländisches Schloss in dem Wilhelm II. 1918 abgedankt hat, MB) schneidet, dass Offizierskasinos ihnen nach wie vor als einzige Kulturstädten erscheinen, und dass

---

[27] https://gedenkort-leber.de/annedore-julius-leber/julius-leber/julius-leber-in-der-weimarer-republik/julius-leber-in-der-reichswehr/

sie brünstig die Zeit herbeisehnen, wo wieder steifer Paradeschritt in Europas Frieden schmettert…. Vorgestern hatte die Lübecker Arbeiterschaft in einer gewaltigen Kundgebung gegen alle monarchistische Provokation demonstriert; hatte unzweideutig ihrem entschlossenen Willen Ausdruck gegeben, antinationalistischen Rummel, Flaggenparaden und dergleichen keinesfalls mehr zu dulden. Und am Tage darauf, gestern, als ob nicht das geringste vorgefallen wäre, hängt das Bürgertum eine Kaiserflagge neben die andere. Entweder stellt man sich dumm, oder man versteht die Sprache der Arbeiter tatsächlich nicht mehr. Wir glauben, dass nur wenige der gedankenlosen schwarz-weiß-roten Flaggenbesitzer eine Ahnung davon hatten, wie gefährlich über Lübeck und der Nordischen Woche Verhängnis schwebte; wie nah die Katastrophe war.

Nur mit Mühe war die erregte Belegschaft der großen Werke davon abzuhalten, nach dem Innern der Stadt zu ziehen und gegen die Farben, die sie so sehr hassen, erneut zu demonstrieren.[28] Und was dann?….Wenn, das sei zum Schluss gesagt, auch das letzte Glied der Verständigungsmöglichkeit zwischen Arbeitern und Bürgern mehr und mehr schwindet, so ist das die Schuld, das ungeheure Verhängnis bürgerlicher Einseitigkeit und geistiger Unbeweglichkeit. Die Folge des merkwürdigen Marsches mit zurückgewandtem Gesichte, den die bürgerliche Gesellschaft jetzt so sehr liebt. Wenn es auch keine w i r t s c h a f t l i c h e Verständigung zwischen Kapital und Proletariat geben kann, so hat die Arbeiterschaft doch oft genug die Hand geboten zu einer politischen Zusammenarbeit mit a l l e n v e r s t ä n d i g e n K r e i s e n des Bürgertums, allerdings nur auf der Grundlage völliger Gleichheit und Demokratie.

Das Bürgertum hat total versagt, es ist mehr und mehr nach rechts abgeschwenkt. Die Kreise derer, die dem Arbeiter auch sein Recht gönnten, sind kleiner und kleiner geworden. Und jetzt ist die Lage so, dass man, ohne erheblich der Tatsache Zwang anzutun, von einer ***Zweiteilung des Volkes in A r b e i t e r s c h a f t und B ü r g e r t u m sprechen kann.*** *Möchte das Bürgertum doch einsehen, dass es auf verlorenem Posten kämpft,, dass die geschichtliche Entwicklung ihm unrecht geben muss!*"[29]

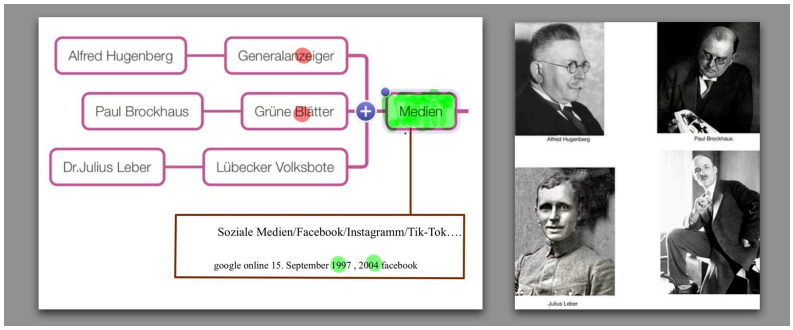
Das war die Lage im September 1921. Wir werden sehen, die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft änderte sich schnell. Im Reich und in Lübeck. In Kürze wird keine Rede mehr sein vom drohenden Arbeiterkampf. Den bürgerlichen Kräften gelang im Nu die Wiederherstellung der alten Dynastie des Lübecker Patriziats, die im Zuge der Revolution nur scheinbar beseitigt worden war. Hier sammelte sich die Gegenrevolution um Senator Johann Neumann.

---

28 Am 26.August 1921, also wenige Tage zuvor, war Matthias Erzberger in Bad Griesbach von der Organisation Consul erschossen worden. Reichsweite Großdemonstrationen stellten sich gegen die Feinde der Republik, auch in Lübeck. Dazu die Geschichte des Prozesses und des Bad Schwartauer Bürgermeisters Neese: https://www.spd-bad-schwartau.de/2021/08/21/der-mord-an-matthias-erzberger-und-was-er-mit-bad-schwartau-zu-tun-hat/

29 Julius Leber., Lübecker Volksbote, 2.9.1921, S.1

14 Medienherrschaft analog



Diese „Nordische Woche“ war es, über deren Eröffnung Julius Leber im Lübecker Volksboten schrieb. Lebers Lübecker Volksbote mit dem Untertitel „Organ der werktätigen Bevölkerung“ hatte eine Auflage von 14.000. Er wurde vom Bürgertum als Amtsblatt zwar wahrgenommen. Aber die Botschaften wurden nicht gehört. Julius Leber holte sich, als er 1924 Reichstagsabgeordneter wurde, in die Redaktion des Volksboten zur Unterstützung seinen Berliner Freund Dr. Fritz Solmitz.

Der Generalanzeiger dagegen hatte eine Auflage von 44.000. Er kam mit seinem Herausgeber Coleman früh in die Hände Hugenbergs, des Medienmonopolisten, der die Weimarer Zeit in den Nationalsozialismus führte. Hugenberg trommelte schon als 21jähriger für die nationale Sache und später für die rassistische großdeutsche Weltmacht. Der ausgezeichnete Organisator brachte es als Industrieller bis an die Spitze des Krupp‘schen Direktoriums und baute nebenher ein beispielloses Medienimperium auf.

Und noch ein anderes Schwergewicht gab es auf der Seite der öffentlichen Meinung. Die Gemeinnützige engagierte Paul Brockhaus als Schriftleiter der Lübeckischen Blätter. Brockhaus (1879-1965) war 1911 als Oberlehrer an die Oberrealschule am Dom gekommen. Brockhaus Vorstellungen deckten sich mit Bürgermeister Neumanns Ideologie. Von 1923 bis immerhin 1951 blieb Brockhaus Schriftleiter der „Lübeckischen Blätter“. Diese Mitgliederzeitung der Gemeinnützigen war damals für die Meinungsbildung des Bürgertums in der Stadt nicht zu überschätzen.[30] Von 1919-1965 war Brockhaus auch Gründer und Herausgeber der Publikation „*Der Wagen*“.[31] Brockhaus verkörperte - wie das Manfred Eickhölter 2014 sagt - ganz im Sinne Neumanns - „wie kein zweiter Kulturschaffender Lübecks den Typus eines Deutsch-nationalen Bildungsbürgers, Antidemokrat von Herzen, Wegbereiter und treuer Anhänger einer nationalsozialistischen Erneuerung schon vor 1933.“[32]

Er war Aktivist der „Niederdeutschen Bewegung“ und führendes Mitglied deren „Fehrs-Gilde“.[33] Spätestens in den 20er Jahren vertrat diese Gilde rassistische Positionen bis hin zu offenem Antisemitismus. Brockhaus hatte schon früh den annexionistischen Gedanken. eines „niederdeutschen

30 Eickhölter, Höllenfahrt und Zwangsbekehrung, Lübeckische Blätter 2014, S.247

31 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Der_Wagen, 16.4.2021

32 Eickhölter, a.a.O.

33 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Fehrs-Gilde, abgerufen 12.4.2021

Kulturraumes von Flandern bis zum Baltikum“ auch in die „Nordische Gesellschaft“ in Lübeck eingebracht. Als Teil der völkischen Bewegung trat die Gilde offen für den Anschluss aller „niederdeutschen“ Länder an das Deutsche Reich ein.[34] Sie vertrat sozialdarwinistische und rassisch-arische Ziele.[35] Brockhaus war als Mitglied des „Ehrenrates“ führendes Mitglied dieser Gilde.[36] Was die innere Einstellung anging, lag er -wie gesagt- mit dem früheren Direktor der Gemeinnützigen, Bürgermeister Neumann, auf einer Linie.

15 Die 17 Sprossen der Karriereleiter des Senatspräsidenten Dr. Johann Neumann

Über sieben Jahre 1921 bis 1928 waren Julius Leber und Johann Neumann die Gegenpole in der Lübecker Politik und der öffentlichen Meinung. Am 1. Januar 1921 wurde Johann Neumann Regierender Bürgermeister in Lübeck. Er hatte nicht nur in der Stadt, sondern reichsweit eine hervorgehobene Position. Er war der erste völkische Regierungschef eines Bundesstaates und gehörte mit folgenden 17 Merkmalen zum Führungskader des Alldeutschen Verbandes (AV) und der Völkischen in der Weimarer Republik:

1. Mitglied der Hauptleitung und des Gesamtvorstandes des AV.
2. Vorsitzender des Ortsverbandes Lübeck des AV.
3. 1912 Schriftführer des von Possehl in Berlin gegründeten Wehrvereins in Lübeck.
4. Er unterstützte den „Wirtschaftlichen Generalstab“ (1914) im Sinne Possehls, eine weitsichtige Vorwegnahme des „Militärisch-Industriellen-Komplexes“ im Sinne Dwight D. Eisenhowers Abschiedsrede von 1961.
5. 1914 beschloss Neumann als Vorstandsmitglied die annexionistischen und rassistischen Kriegszielsvorlage des AV-Vorsitzenden Justizrat Claß.
6. 1914 ff. organisierte er mit Justizrat Claß die reichsweite Zusammenführung der Wirtschaftsverbände im Deutschen Kaiserreich zur Unterstützung der Kriegszielpolitik des AV, im Sinne des „Wirtschaftlichen Generalstabes“ des AV-Gründungsmitgliedes Emil Possehl.
7. Er war Vorsitzender des Verwaltungsrates des Scherl-Verlages, ideologischer Kern im völkischen Medienimperium von Hugenberg, samt Gründung einer Niederlassung der Allgemeinen Anzeigen GmbH Hugenbergs in Lübeck.
8. 1916 spendete er 50.000 Mark für den Erwerb der rassistischen „Deutschen Zeitung“, dem Propagandaorgan des ADV, zusammen mit Senator Possehl, der ebenfalls 50.000 Mark einbrachte.
9. Er war Organisator des völkischen „Deutschen Abends“ in Lübeck, einer Querschnittsorganisation der Völkischen Vereine unf Verbände in den AV-Gauen, mit starkem Einfluss auf die Politik der ev.-lutherischen Kirche.

---

34 Vgl. dazu Fritz Stern, a.a.O., S. 231

35 Birte Arendt, Niederdeutschdiskurse. Spracheinstellungen im Kontext von Laien, Printmedien und Politik, Berlin 2012, 100

36 Paul Brockhaus, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Paul_Brockhaus, abgerufen 16.10.2019

10. 1917 benannte ihn der AV-Vorsitzende Claß bei einem Besuch im Hauptquartier gegenüber General Ludendorff für ein „Kabinett in Feldgrau“, eine Vorbereitungshandlung zum Putsch.
11. 1917-1918 war er „Zivilgouverneur“ in Riga, einer den Diktatfrieden von Brest-Litowsk vorwegnehmenden Annexionsregierung im vom Deutschen Reich besetzten Lettland zur Vorbereitung einer dauerhaften deutsch-völkischen Siedlungspolitik. Zusammen mit Fehling stellte er sich auf die Seite eines Diktatfriedens des Deutschen Reiches mit Russland. Brest-Litowsk (3 .März1918): fast alle nichtrussischen Gebiete, eine Fläche etwa 2 ½ mal so groß wie das Deutsche Reich, 89% der Kohlebergwerke, 73% der Eisenindustrie, ⅓ seiner städtischen Bevölkerung abtreten. Gewünscht war die imperiale und rassistische Neuordnung Osteuropas unter deutscher Führung.[37]
12. Am 1.Januar 1921 wurde er der erste völkische Regierende Bürgermeister eines Bundesstaates der Weimarer Republik.
13. 1924 ehrte er durch seine Anwesenheit bei einer Gedenkfeier im Lübecker Dom Albert Leo Schlageter[38]. Schlageter war das Symbol der Republikfeinde für den völkischen Widerstand gegen die Republik. Schlageter war Soldat im Ersten Weltkrieg und Angehöriger verschiedener Freikorps. Schlageter war Mitglied der NSDAP-Tarnorganisation Großdeutsche Arbeiterpartei. Er wurde wegen Spionage und mehrerer Sprengstoffanschläge im besetzten Ruhrgebiet von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das öffentliche Auftreten Neumanns für Schlageter war ein deutlicher Kotau des Bürgermeisters vor den Feinden der Republik und ein Affront des Senatspräsidenten gegen seine SPD-Kollegen im Senat und den Mehrheitsfraktionen in der Bürgerschaft. Sein Stellvertreter und AV-Mitglied, Senator Dr.Vermehren, war ebenfalls zugegen. Die Bürgerschaft hatte zuvor die Errichtung eines Denkmals abgelehnt. Ein Findling wurde stattdessen von den Völkischen im Garten des Hindenburghauses (Abgerissen für Bau des Landgerichtes) als Denkmal zelebriert.
14. Im Mai 1926, beim 4.Putschversuch der Alldeutschen, wurde er als Diktator benannt.
15. Ebenfalls 1926 verfälschte er das historische Lübeck-Bild. Er drehte es im Sinne seiner alldeutschen Ideologie um. Aus Anlass der 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit erfindet er Lübeck neu. Die Freiheitsurkunde sei, so behauptet er, mir nichts, dir nichts von Friedrich II. wegen des heldenhaften Befreiungskampfes der Deutschen gegen die dänische Besetzung Lübecks verliehen worden. Die reichsfreie Stadt sieht der Alldeutsche als das völkische Symbol für eine zukünftig erfolgreiche Weltmacht-Politik des Deutschen Reiches, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Der geeinte germanische Widerstand der Stadt Heinrichs des Löwen habe damals die Reichsfeinde besiegt. In diesem Sinne organisierte er auch 1925/26 die Ausrichtung der Reichsfreiheitsfeier.[39] Das alles war Bullshit. Denn weder war Heinrich der Löwe der erste Gründer Lübecks, noch war Anlass der Verleihung des Freiheitsbriefes durch den Kaiser der Sieg über die Dänen. Der erste Gründer der Stadt hieß Adolf von Schauenburg, der auch im Rathaus, in der Ausschmückung mit den Wandgemälden des Berliner Malers Max Koch von

---

[37] Michael Wildt, Zerborstene Zeit, Deutsche Geschichte ^918-1945, München 2022, S.27; Charlotte Wiedemann, Der Schmerz der Anderen, Die NS -Erinnerungskultur ist bedroht. Ein Plädoyer sie aus dem Geist der Empathie und Solidarität neu zu begründen-radikal universell, taz 25./26.5.2022, S.13; vgl. dazu auch Jörg Wollenberg, „Wer Kiew hat, kann Russland zwingen“ (Paul Rohrbach, 1916) Ein anderer Blick auf den Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine mit Erinnerungen an Spuren von verdrängten Ereignissen der deutschen und russisch-ukrainischen Geschichte im 20. Jahrhundert, ergänzt um Hinweise auf die Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen die Eliten des NS-Systems als Grundlage für die Verurteilung von Kriegsverbrechen, pdf. 2023, S. 13:“Schon Mitte Dezember 1917 war ein Waffenstillstand zwischen den Mittelmächten und Russland vereinbart worden. Und mit dem zur Stabilisierung der Position der Bolschewiki im eigenen Land unterzeichneten Diktatfrieden von Brest-Litowsk (3.März 1918) zwischen den Mittelmächten und Sowjetrussland wurde das „Mitteleuropa-Projekt“ der „Kriegszielpartei“ der Obersten Heeresleitung (OHL) um Ludendorff und Hindenburg Wirklichkeit. Die Vertreter des Handelskapitals der Hansestädte um Ballin (Hamburg), Possehl (Lübeck) und Roselius (Bremen) gehörten ab 1914 mit den Repräsentanten der deutschen Industrie um August Thyssen, Alfred Hugenberg und dem AEG-Chef und späteren Außenministern Walter Rathenau zu den Propagandisten dieses Projektes“.

38 Max Knie, 15 Jahre Lübecker Zeitgeschichte, Lübeck 1933, S.40

39 Krogel, Wolfgang G., Die Stadt als bürgerliche Heimat. Eine Untersuchung zum Geschichtsbild der mittelalterlichen Stadt in der 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit Lübecks, Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Band 74/1994, Lübeck 1994, S.22ff.

1892-94 unterschlagen wird. Die siegreiche Schlacht von Bornhöved gegen die Dänen schließlich fand 1227 statt, also ein Jahr nach der Verleihung der Urkunde durch den Kaiser im Jahre 1226. Für Neumann war Lübeck fälschlicherweise „civitas imperii", der Brückenkopf zur Ostkolonisation. Diese Ostkolonisation sei im Interesse, aber ohne Zutun des Reiches, seinerzeit von den „weit blickenden Kaufmannsgeschlechtern" der Hansestadt betrieben worden.

> *„So spiegelt sich in Lübeck deutscher Unternehmergeist, deutsches Wissen, deutsches Können und deutscher Lebenswille während des ganzen Mittelalters wider!"*

16. Im Herbst 1926, also unmittelbar nach seinem Sturz, veranlasste er die Parteigründung des völkischen Hanseatischen Volksbundes. Er blieb aber parteilos.
17. 1933 benannte die NSDAP zu seinen Ehren die ihnen verhasste Rathenaustraße am Stadtpark in Bürgermeister-Neumann-Straße um, nach ihrem 1928 verstorbenen Beschützer. Die Umbenennung wurde 1947 revidiert.

16 Julius Lebers Lagebericht 1924

Neumanns Gegenpol Leber war unterdessen längst zur Zielscheibe der völkischen Kräfte im Freistaat geworden. Die NSDAP nannte ihn später den „Diktator Lübecks“. Julius Leber fasste seine Sicht der Dinge im Volksboten am 9. August 1924, als Aufruf für den Nationalfeiertag unter dem Titel „Fünf Jahre Republik“ wie folgt zusammen:

> *„...Wir hatten die Macht. Wir hatten hinter uns diese endlos vorbeiziehende Menschenmacht, wir hatten hinter uns die Riesenkraft der Gewerkschaften. Und doch, was ist aus der deutschen Republik geworden? Was ist uns davon noch geblieben? Weshalb ist alles so verflogen und verweht? Weshalb müssen wir uns heute so bemühen, das Letzte noch zu retten? Die Form der Republik und die Farben der Republik? Keine Rede mehr ist vom Geist der Republik!*
>
> *Diese Frage muss gestellt werden. Sollen wir nicht in eigener Gleichgültigkeit immer tiefer von unseren Zielen abgetrieben werden. Und sie muss b e a n t w o r t e t werden, sollen wir nicht achtlos und unbelehrbar vorbeigehen an den drohenden Zeichen der Vergangenheit und der Gegenwart.*
>
> *Morgen und übermorgen werden in den Massendemonstrationen Genossen sprechen, die diese Fragen beantworten können und beantworten müssen. Der Genosse L ö w i g t war beim*

Aufbau des republikanischen Staatswesens in Lübeck dabei, der Genosse S t e l l i n g stand jahrelang an der Spitze der Republik Mecklenburg.

Sie mögen dem Volk, der Arbeiterschaft sagen, wo die Fehler für ihre Misserfolge liegen. Rücksichtslos aufdecken sollen Sie, wo das Volk gefehlt hat. Aber auch nicht verschweigen das, was die Führung verfehlt hat.

Nur eines kann uns weiterhelfen: dem Geschick kalt ins Gesicht schauen...

17 War die Lübecker Republik rot oder schwarz?

Mandatsverteilung in der Bürgerschaft

	KPD	SPD	DDP	Z	DNVP	Bürger	DR	NSDAP	Insgesamt
09.02.1919	-	42	29	-	6	-	3	-	80
13.11.1921	6	39	29	-	-	6	0	-	80
10.02.1924	10	28	7	-	-	8	21	6	80
14.11.1926	5	35	2	1	-	1	36	-	80
10.11.1929	7	34	2	1	-	1	29	6	80
13.11.1932	9	29	1	1	4	4	5	27	80
31.03.1933	0	0	0	0	3	-	1	22	26

-Bürger: 1921 Bürgerbund; 1924 GE; 1926 VRP; 1929 LHuG
-DR: 1919 "der DNVP nahe stehende Landbewohner"; 1924 WiG; 1926-1932 Hanseatischer Volksbund

Einer der Gründe für das frühe Verschärfen des Präfaschismus in Lübeck war - wie bereits erwähnt - der Umstand, dass nach der Revolution in Lübeck kein Regierungswechsel stattfand. Und, dass die alte vorrevolutionäre völkische Ideologie Fehlings von Neumann auch für die nachrevolutionäre Zeit übernommen und radikalisiert wurde. Ferner hatte Fehling in der neuen Lübecker Verfassung von 1920 alle demokratischen Zugriffe auf die patrizische Regierung der Stadtrepublik erfolgreich abgewehrt. Dazu gehörte neben dem Fortbestand der alten Regierung auch der Schutz vor einem Vertrauensverlust des Senats in einer neuen Bürgerschaft. Tragisch ist schließlich: Offenbar hat keiner der damaligen SPD-Genoss:innen diese Blockade der Demokratie bei Abfassung der Verfassung erkannt. Dort wäre zwar für die Änderung der alten Verfassung eine 2/3 Mehrheit erforderlich gewesen. Von 1919 bis 1921 hatte die SPD die absolute Mehrheit im Parlament. Sie hätte also leicht die aus demokratischer Sicht verhängnisvolle und rückwärtsgewandte Staatsstruktur blockieren können.

Leber hat, als er mit der Novemberwahl 1921 Mitglied der Bürgerschaft wurde, diesen Irrtum der Genoss:innen aus 1919/20 sofort erkannt. Das war aber vergossene Milch. Denn für eine nachträgliche Änderung der Verfassung war jetzt ebenfalls eine 2/3 Mehrheit erforderlich. Daran war aber nicht zu denken. Wer eine Verfassungsänderung wollte, musste sich jetzt also auf einen Kompromiss einlassen.

Den von der SPD 1923 gut gemeinten Antrag auf Änderung der Landesverfassung nutzte Neumann also geschickt zur Abschaffung der letzten Barriere in der patrizischen Verfassung gegen die Diktatur.

Das war sein Preis für die Zustimmung. Er setzte eine Vorschrift im Paket durch, die die Wahlzeit des Senatspräsidenten von bisher zwei mal zwei Jahren auf unbegrenzte Zeit verlängerte. Den Sozialdemokraten war die Herabsetzung des Quorums für die Vertrauensfrage wichtiger als die Frage nach einer möglichen Diktatur. Die Bürgerschaft stimmte der Verfassungsänderung zu.

Leber hatte sich allerdings in der Einschätzung der Gegenwehr verschätzt, die der mit der Verfassungsänderung im zweiten Schritt beabsichtigte Angriff auf den gesamten Senat in der Bevölkerung auslösen würde. Das war die Vertrauensfrage. Das auf Antrag der SPD 1923 eingebrachte Misstrauensvotum gegen den Senat, mit der Absicht, den Senat nach dessen Rücktritt entsprechend der Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft umzubilden, war dank der von der SPD durchgesetzten einfachen Mehrheit in der Bürgerschaft zwar erfolgreich.

Die vom Senat unter Bürgermeister Neumann daraufhin beschlossene Volksabstimmung hingegen brachte am 6. Januar 1924 eine krachende Niederlage für die SPD, von der sie sich nicht erholte. Die Strategie der SPD war gescheitert. Die Völkischen jubelten. Leber war fassungslos. Die SPD hatte die wiederhergestellte Hegemonie der Bürgerlichen und ihrer Regierung in der Lübecker Bevölkerung total unterschätzt. Bei der einen Monat später folgenden Bürgerschaftswahl vom 10. Februar 1924 verlor die SPD in der Bürgerschaft 11 Mandate. Die Zusammensetzung des Senats blieb erhalten. Dieses Ergebnis hätte ein Alarmzeichen sein müssen für die nach rechts gekippte Stimmung in der Stadt. Ab Februar 1924 bis November 1926, also für fast zwei Jahre, wechselte die Mehrheit. Die Bürgerlichen erlangten 42 Mandate. Danach hielten sich bis November 1929 SPD und KPD einerseits und Bürgerliche andererseits die Waage. Erst von November 1929 bis November 1932 erlangten SPD/KPD wieder die absolute Mehrheit. Von Geschlossenheit in Strategie und Taktik dieser feindlichen Brüder war bekanntlich keine Rede.

Neumann Senat 1921 - 1926

Neumann (bis 3.6.1926), AV-Mitglied
Vermehren, AV-Mitglied
DVP Heinsohn (seit 4.1925)
Friedrich (bis 4.1925)
Kalkbrenner, AV-Mitglied
DDP Dimpker (bis 10.1923), AV-Mitglied
Strack
Heinrich Evers (bis 5.1926), AV-Mitglied
Kulenkamp
Stooß (bis 4.1925)

SPD Bromme
SPD Hoff
SPD Löwigt
SPD Henze
SPD Mehrlein
SPD Friedrich (bis 4. 1925)
SPD Dreger (seit 4.1925)

Löwigt Senat 1926-1933

SPD Löwigt
SPD Henze
SPD Mehrlein
SPD Haut (seit 13.12.1928)
SPD Hoff (bis 20.1.1928)

Vermehren (bis 5.2.1928), AV-Mitglied
Kalkbrenner, AV-Mitglied
Dr.Geister
DVP Hans Evers (seit 21.11.1929)
Heinsohn
DDP Eckholt
Strack

Lübeck hatte also zu keinem Zeitpunkt von 1919 bis 1933 eine rote Regierung. Das galt für das Kabinett Neumann von 1921 bis 1926 und blieb auch so für das Kabinett Löwigt von 1926 bis 1933.[40] Das Märchen vom Roten Lübeck war also immer ein Märchen und nie Realität.

40 Sinner, Karl-Ernst, Tradition und FortschrittSenat und Bürgermeister der Hansestadt Lübeck 1918 - 2007, Lübeck 2008

18 Vom Lübecker Putschversuch zum Jahrhundertskandal und seinem schnellen Vergessen

Entscheidend für die Gegnerschaft Leber - Neumann war das Jahr 1926. Vom 3. bis 6 Juni 1926 fand die bereits genannte Reichsfreiheitsfeier statt. Die Feier war durch Bürgermeister Neumann und von einem Komitee in der Gemeinnützigen Gesellschaft unter Mithilfe von Paul Brockhaus, dem Historiker Dr. Fritz Endres, dem frühen NSDAP Mitglied ab 1933, und anderen als Haupt- und Staatsaktion organisiert worden. Mit Schulfrei, malau'schem Festumzug[41] und Tschingderassabum. An der Vorbereitung waren SPD und KPD nicht beteiligt.

Von Mitte Mai bis Anfang Juni 1926 wurde die politische Öffentlichkeit in Lübeck mit der Offenlegung von Plänen für einen Staatsstreich ihres Regierungschefs in Atem gehalten. Am 12. Mai 1926 titelte der Lübecker Volksbote auf der ersten Seite:

> *„Ein ungeheures Verbrechen aufgedeckt! Rechtsputsch geplant - Bürgermeister Dr.Neumann zum Diktator vorgesehen!"*

Am Morgen des 3. Juni 1926, zu Beginn der Reichsfreiheitsfeier, musste Neumann nach Bestätigung des Misstrauensvotums zurücktreten. Paul Löwigt - SPD - wurde Bürgermeister. Er trat sein Amt am 22.6.1926 an.

Im Parlament wurden heftige Redeschlachten geführt! Die bürgerliche Öffentlichkeit war überzeugt, dass hier eine Attacke aus rein parteipolitischen und höchstpersönlichen Gründen geführt werde. Der hochgeachtete und verehrte Senatspräsident gegen den Radaumacher Dr. Leber. Das freistädtische Bürgertum gegen den Sozialismus. Ein Mann von Familie gegen den hergelaufenen Elsässer von ungewisser Herkunft. Die Vorwürfe seien - so vermittelte den Skandal die bürgerliche Presse - anscheinend aus der Luft gegriffen und durch nichts belegt.

41 https://youtu.be/HgiKofxvgSY

Die anderslautende Wirklichkeit, die konkrete Gefahr einer nicht ausgeschlossenen bevorstehenden Machtübernahme im Reich durch den bürgerlich-völkischen Regierungschef Neumann und die ihn stützenden völkischen Kreise, wollte man nicht wahrhaben. Das hielten offenbar auch politisch hochsensible Beobachter wie Thomas Mann, Ida Boy-Ed, der früher in Lübeck tätige Dirigent Hermann Abendroth, die gemeinsam den 51 Geburtstag Manns am 6. Juni 1926 bei Ida Boy-Ed in deren Wohnung feierten, für ausgeschlossen.

Gustav Radbruch, der als Justizminister für das Republikschutzgesetz zuständig gewesen war, verliert in seinen Biographischen Schriften darüber kein Wort. Er war zu den Feierlichkeiten in seiner Heimatstadt. Auch der Lübecker Arnold Brecht, der zuletzt Ministerialdirektor und als „hauptamtliches stellvertretendes Mitglied“ Stimmführer der Stimmen des Preußischen Staatsministeriums im Reichsrat war, bemerkt in seinen Erinnerungen nichts. Die Wahrnehmungsfilter waren für die Vorgänge in der Stadtrepublik verstellt.

Ida Boy-Ed, die berühmte Verlegerstochter in der Ehrenwohnung des Senats im Burgtor, brachte die Wahrnehmung des Lübecker Bürgertums auf den Punkt. Anlässlich des Festvortrages ihres Freundes, Thomas Mann, im Stadttheater am 5. Juni 1926 „Lübeck als Geistesform“, wie sie die Rede nannte, sagte sie Folgendes:

> *„…Vor allem war er (der Vortrag, MB) von historischem Gewicht durch den sehr merkwürdigen Augenblick, wo diese Bekenntnisse zum freistädtischen Bürgertum gesprochen wurden, während der Boden von den Bemühungen bebte, die eben dies Bürgertum stürzen möchten.“*

19 Senatspräsident Dr.Neumann - die Spinne im völkischen Netzwerk

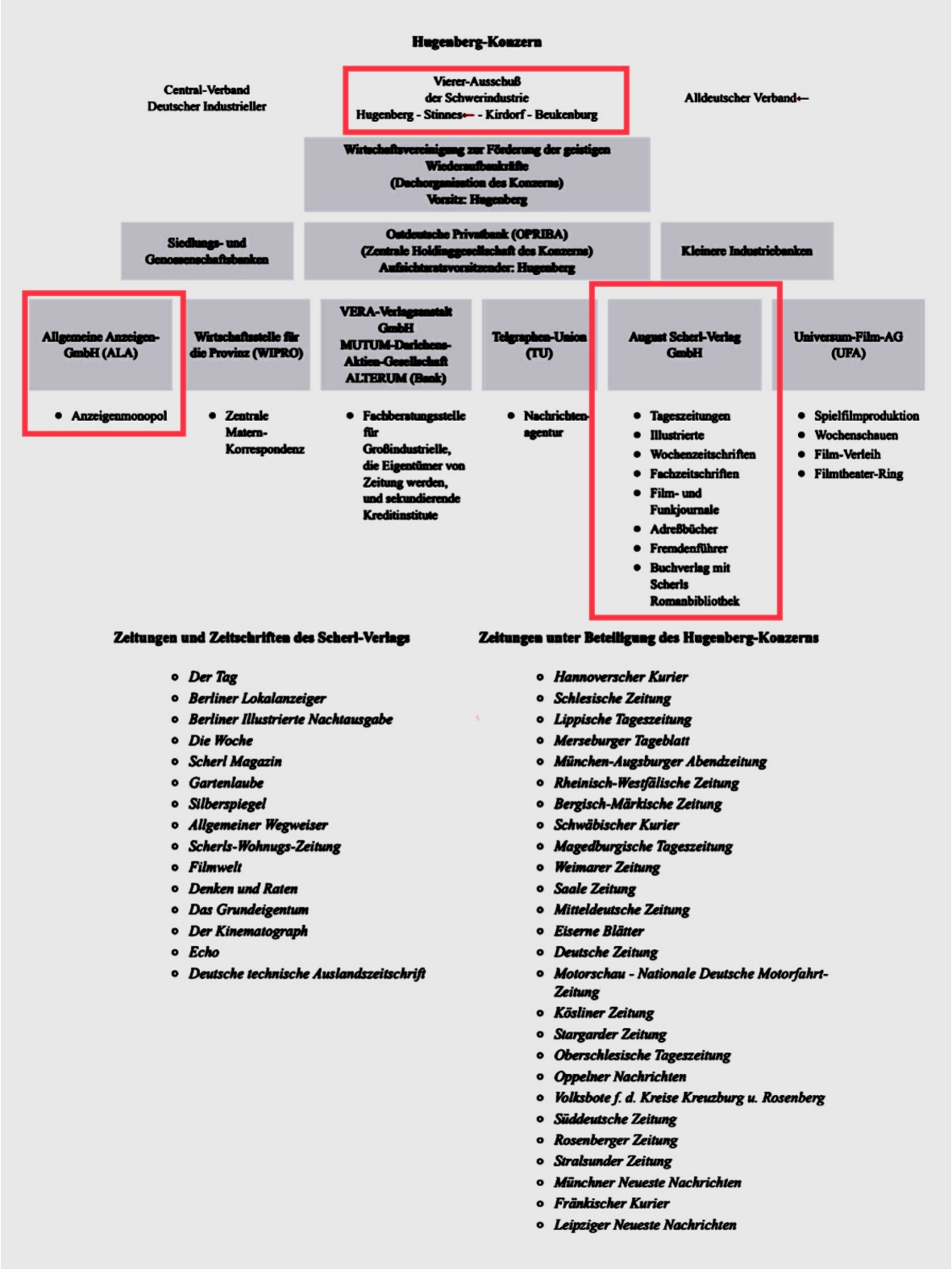
Auch nach dem Rücktritt Neumanns ließ Leber nicht nach. Er veröffentlichte im Lübecker Volksboten - zu aller Überraschung -, dass der Exbürgermeister in seiner Lübecker Dienstzeit zugleich Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der Scherl-Verlags-GmbH in Berlin gewesen war. Das schlug ein wie eine Bombe.

Der Scherl-Verlag-GmbH war das Herzstück des Hugenberg-Konzerns. Neumann steuerte also an entscheidender Stelle die Ideologie des völkischen Medienmonopols. Im Lübecker Volksboten vom 8.6.1926 schreibt Leber:

> *„… Und doch war e r (Hugenberg, MB) der eigentliche unsichtbare Herrscher dieser Stadt, die er selbst vielleicht nie gesehen. Den S t a a t hatte er in der Hand durch sein Oberhaupt, die Presse durch die größte Inseratenplantage. Sein Wille war maßgebend, beschränkt nur durch den leidenschaftlichen Widerstand der darob täglich beschimpften und begeisterten S o z i a l d e m o k r a t i e.*“

Julius Leber erkannte also 1926 diesen Zusammenhang von hugenberg’schem Anzeigenmonopol und der völkischen Einflussnahme auf den bürgerlichen „Generalanzeiger“.

Dem Ansehen des gestürzten Bürgermeisters hat dieser Jahrhundertskandal nicht geschadet. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Das Bürgertum blies zur Gegenwehr. Der Exbürgermeister gründete nach dem erzwungenen Rücktritt eine neue Partei, den Hanseatischen Volksbund. Aus dem



Stand überflügelte diese völkische Sammlungsbewegung in fünf Monaten nach dem Sturz Neumanns die Sozialdemokraten. Bei der Wahl am 14. November 1926 errang der Hanseatische Volksbund 36, die SPD landete bei 35 Mandaten.

Dr. Neumann starb zum großen Kummer des Bürgertums am 7. April 1928. Der Hanseatische Volksbund hielt noch bis 1929 durch. Bei der Wahl am 13.11.1932 ging er in der NSDAP auf.

20 Am Anfang waren‘s vier - die faschistische Übernahme

Am 6. März 1933 übernahm die NSDAP die Regierung Lübecks.[42]

Zwar brachten die Landtagswahlen im November 1932 in Lübeck keine absolute Mehrheit für die NSDAP, die Entscheidung fiel aber in Berlin am 31. März 1933 (Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich) und 7. April 1933 (Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.

Am 11. März, keine 6 Wochen nach der Übertragung der politischen Verantwortung an Adolf Hitler, setzte Reichsinnenminister Frick auf Grundlage der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 den Syndikus der Lübecker Gewerbekammer, Dr. Friedrich Völtzer, als Reichskommissar für die Hansestadt ein.

In Lübeck und in den anderen beiden Hansestädten setzte sofort eine barbarische Hetzjagd auf Andersdenkende ein, die von langer Hand vorbereitet und von der politischen Polizei durchgesetzt worden ist.[43] Der spätere Bundeskanzler Willy Brandt floh noch rechtzeitig als 19-jähriger in der Nacht vom 2. auf den 3. April mit einem Fischkutter von Travemünde nach Dänemark.

21 Sie haben „Nein“ gesagt

---

42 Der NSDAP Kreis Lübeck. Werden und Wachsen (Die Kampfjahre), Lübeck o. Jahr; Max Knie -15 Jahre Lübecker Zeitgeschichte, Lübeck 1933, https://michaelbouteiller.de/?p=4881

43 Roth, Karl Heinz, Das Großbürgertum der freien Hansestädte und der Faschismus, in: Arno Klönne/Karl A.Otto/Karl Heinz Roth (Hg.),Fluchtpunkte.Das soziale Gewissen der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003

Viele Lübecker:innen haben widerstanden. Für sie stehen Willy Brandt, Arnold Brecht, Edmund Fülscher, Erich Klann, Erika Klann, Minna Klann, Hermann Lange, Julius Leber, Heinrich Mann, Erich Mühsam, Eduard Müller, Werner Puchmüller, Johannes Prassek, Gustav Radbruch, Karl Friedrich Stellbrink, Fritz Solmitz. Auch deren Bild prägte zu Recht die Zwischenkriegszeit.[44]

44 http://www.jugend-ins-museum.de/files/widerstand-und-verfolgung/Arbeitsblatt_2.3.pdf

B. Lübecker Gegenwelten

Vielleicht ist das dichterische Kapital Thomas Manns, die Hypersensibilität, mit der er auf Menschen und wechselnde Lagen zu reagieren wusste, einer der Gründe für die Auswahl seiner Vorbilder: Friedrich Nietzsche, Richard Wagner[1] und Paul de Lagarde oder umgekehrt oder beides. Vielleicht bringt eine Betrachtung dieser für das 19. Jahrhundert maßgeblichen, nicht unüblichen Auswahl leitender persönlicher Götter, auch Licht in die Wandlungen seiner politischen Auffassung[2] und führt zur Lösung der Ausgangsfrage: Thomas Mann: Citoyen oder Bourgeois?

In Paul de Lagarde jedenfalls sah er vor und nach 1918 den „Praeceptor Germaniae“.[3] Er fand in ihm wohl auch seinen persönlichen Lehrmeister für die ihm eigene Konstruktion von Wirklichkeit. Alle drei sind nicht gerade bekannt für eine Anhängerschaft der brecht‘schen Frage nach Arm und Reich: „Reicher Mann und armer Mann standen da und sah’n sich an, und der Arme sagte bleich:

1 Im Schatten Wagners.Thomas Mann über Richard Wagner Texte und Zeugnisse 1895-1055, Dritte Auflage, Frankfurt a.M.2010

2 Manfred Görtemaker, Thomas Mann und die Politik, Frankfurt 2005

3 Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, in der Textfassung der Großen kommentierten Frankfurter Ausgabe (GKFA) Thomas Mann, E-Books, S.691

„Wär ich nicht arm wärst du nicht reich“.[4] Warum war den dreien diese Grundfrage im Ergebnis „wurscht“?[5] Sie dient seit Alters her der Orientierung von Politik und Charakter „von unten“.[6] Die drei lehnten diese Sichtweise ab, weil sie sich als glühende Verteidiger des Bürgertums verstanden - gegen den im 19.Jahrhundert sich organisierenden Sozialismus.[7]

Richard Wagner und Paul de Lagarde waren ferner beide eingefleischte Judenfeinde. De Lagarde ging in seinem Judenhass über Wagners Vorstellung von der Wiedergeburt eines entjudeten „Deutschen Reiches“ im „Deutschen Geist“ hinaus. Den Juden, die aus seiner Sicht neben der Arbeiterbewegung und dem um sich greifenden Liberalismus in Politik und Kultur Grund für Deutschlands Zwietracht und Niedergang seien, sollten ihre Existenzmittel, die Banken, genommen werden.

Juden haben nach seiner Auffassung als Artfremde keinen Platz im geeinten Deutschen Volk. Mit diesem „wuchernden Ungeziefer“ könne es „keinen Kompromiss geben“. Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt. Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen. Sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet“.[8] Fritz Stern schreibt dazu: „Nur wenige Menschen haben Hitlers Vernichtungswerk so genau vorhergesagt - und so entschieden im voraus gebilligt.“ Paul de Lagarde war wohl auch Wagners intellektueller Lehrmeister. Daher wünschte er sich ihn als Redakteur für die Bayreuther Blätter, seinem Propagandablatt. Dieses Ansinnen lehnte de Lagarde ab.

Von de Lagarde bleibt sein Bemühen um die Konstruktion von Wirklichkeit. Er war nicht nur geistiger Ahnherr der Ideologie des Alldeutschen Verbandes,[9] sondern in erster Linie ein scharfzüngiger Göttinger Gelehrter, der sich beruflich einer kritischen Rekonstruktion des Alten-

---

4 Bert Brecht 1934; Nietzsche, der den Sozialismus bekämpfte, schlägt zur Lösung des Problems folgendes vor: „Man könnte vielleicht an eine massenhafte Einführung barbarischer Völkerschaften aus Asien und Afrika denken, so dass die zivilisierte Welt fortwährend die unzivilisierte Welt sich dienstbar macht." Nachweise bei Franz Mehring: Nietzsche gegen den Sozialismus, 20. Januar 1897, Die Neue Zeit, 15. Jg. 1896/97, Erster Band, S. 545-549. Nach Gesammelte Schriften, Band 13, S. 164, https://sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkt0/mehring/mehring-philosophie/franz-mehring-nietzsche-gegen-den-sozialismus

5 Paul Curtius spricht bei einem anderen einflussreichen Lübecker, Emil Possehl, von einer beneidenswerten „Wurschtigkeit“, Curtius, Paul, Erinnerungen an Senator Emil Possehl, Mitteilungen des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Heft 14, 1926, S.183-213, S.195

6 vgl. etwa Louis Brandeis:
„We must make our choice.
We may have democracy,
or we may have wealth
concentrated in the hands of a few,
but we can't have both.“

oder über 2000 Jahre davor Platon:
„Jede Stadt, wie klein sie auch sein mag, ist in der Tat in zwei geteilt, die eine ist die Stadt der Armen, die andere die der Reichen; diese liegen miteinander im Krieg.“

7 vgl. Michael Bouteiller, Lübecks Weg in den Faschismus, Lübeck 2022, https://michaelbouteiller.de/?p=4965

8 Siehe auch Nachweise bei Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr(1963), 2.Auflage, Stuttgart 2018 S.102.; Wilhelm II. benutzte 1919 ähnliche Worte zur Beschreibung der Juden in seinem Brief an Generalfeldmarschall Mackensen und als er im Sommer 1929 vorschlug, sie mit Gas zu vernichten (John C.G. Röhl, Zeitläufte: Das Beste wäre Gas!: in Zeit online, 25.11,1994, zeit.de). Der Antisemitismus des Kaisers war offenbar auf den Einfluss des besessenen Judenhassers und Ersatzvaters Wilhelms, des Generals Graf Waldersee zurückzuführen (so Röhl a.a.O.), an dessen Namen in Lübeck eine Straße erinnert.

9 https://michaelbouteiller.de/?page_id=3258, S.29

und Neuen Testaments auf der Grundlage der ersten, auch orientalischen Texte verschrieben hatte.[10] Seiner entwickelten Methodik und ihrer Anwendung in den zwei Vorträgen von 1853„Konservativ?“ und „Über die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik“,[11] folgt die bürgerliche Denkschule in der Gesellschafts- und Staatsphilosophie bis heute.[12]

Der Ansatz liegt in der christlichen Glaubensgeschichte. Genauer, in der Lehre von der Auferstehung. Der Gedanke der Auferstehung Jesu in Christus transportiert den Erdenmenschen (Jesus) mit all seinen Schwächen und Stärken in die geistige Wirklichkeit (Christus), in der Niedertracht, Verbrechen, Zwist usw. zurückbleiben. Was Bestand hat, ist ein in sich geschlossenes holistisches System. Eine Verwandlung historisch lebensweltlicher Realität in „geistige Facta“, wie er sagt, die allerdings dauerhaft als Handlungsimperative lebensweltlich bestimmend sind.

Er stellt fest:

> *„ ....Iesu tod transponiert diese alten weisen in eine höhere tonart, aus moll in dur. in ihm war seiner zeit eine kraft erschienen, deren äußerungen wenige waren, welche aber alles vorhandene so weit überragte, daß die ihm nahe gekommenen das ende dieses lebens nicht absahen. erlosch es gleichwohl, so wollte es nur andern welten leuchten , so erlag es nicht einer naturnotwendigkeit, sondern gab sich aus ihm bekannten gründen freiwillig dahin, so war sein niedergang geplante verhüllung eines höheren aufgangs.*
>
> *was ist denn wertvoll in der geschichte? die äußere tatsache oder das vermögen bald hier, bald da zu wirken? für den geist sind es keine facta, daß am 15 März 44 Caesar ermordet, und am 1 September 1870 Napoleon III geschlagen wurde: dem geiste sind das facta, daß ehrliche männer an die alte herrlichkeit Roms glaublen, als sie nicht mehr zu sehen war,....“*[13]

Karl Marx und Friedrich Engels haben diesen Dreh, aus der Wirklichkeit des Klassenkampfes in die heile Welt bürgerlicher, „bourgeoiser“ reiner Werte zu entfliehen, 1847/48 erkannt. Im kommunistischen Manifest schreiben sie über die deutschen Philosophen und Literaten:

---

10 Stern, S. 37; Thomas Gräfe, Anmerkungen zu: "Ulrich Sieg, Deutschlands Prophet. Paul de Lagarde und die Ursprünge des modernen Antisemitismus, München 2007." https://web.archive.org/web/20081204031312/http://www.shoa.de/rezensionen/184-literaturrezensionen/784.html; Bernard Neuschäfer, Alteri saeculo, Paul Anton de Lagardes ‚Lebensarbeit‘ an der Septuaginta, https://rep.adw-goe.de/bitstream/handle/11858/00-001S-0000-002D-B483-A/11_Neusch%C3%A4fer_Alteri%20saeculo%20%E2%80%93%20Paul%20Anton%20de%20Lagardes.pdf?sequence=1&isAllowed=y

11 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, Göttingen 1878, https://ia804505.us.archive.org/18/items/deutscheschrift01lagagoog/deutscheschrift01lagagoog.pdf

12 vgl. Raphael Gross, Carl Schmitt und die Juden. Eine deutsche Rechtslehre, Frankfurt a.M. 2000

13 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, Göttingen 1878, S.231; Lagarde wird in seiner Wirkung auf die deutsche Staats- und Rechtstheorie bisher völlig unterschätzt. Es geht bei seiner speziellen Wirkungsgeschichte nicht um die Inhalte des nationalistischen Volksbegriffes, sondern um die Technik der Verwandlung von Lebenswelt in „geistige Facta“. Dies Technik erlaubt es, den Begriff (etwa „deutsche Kultur“) mit beliebigen Inhalten aufzufüllen. Dafür ist der sich ständig wandelnde Sprachästhet Thomas Mann ein gutes Beispiel! Siehe unten, Philipp Gut, FN 28; oder der Glaube TMs an eine abgekapselte Geistwelt, die die reale Lebenswelt, wenn diese denn untergegangen wäre, „wiedergebären“ könnte: „Ich hab mein Deutschtum für mich – mag sie mit samt der boshaften Philisterei, die sie so nennen, der Teufel holen. Sie meinen, sie sind Deutschland, aber ich bin’s, und ging’s zu Grunde mit Stumpf und Stiel, es dauerte in mir“ (S.209); vgl.auch den Lagarde-Jünger Richard Wagner: „…zur Zeit als Richelieu die Franzosen die Gesetze des politischen Vorteils anzunehmen zwang, vollzog das deutsche Volk seinen Untergang; aber, was den Gesetzen dieses Vortheils sich nie unterziehen konnte, lebte fort und gebar sein Volk von Neuem: der deutsche Geist.“: Richard Wagner, "Was ist deutsch?", Bayreuther Blätter 1878 1.2: 29-52.

> *„Die französische sozialistisch-kommunistische Literatur wurde … förmlich entmannt. Und da sie in der Hand des Deutschen aufhörte, den Kampf einer Klasse gegen die andre auszudrücken, so war …die "französische Einseitigkeit" überwunden, statt wahrer Bedürfnisse das Bedürfnis der Wahrheit und statt der Interessen des Proletariers die Interessen des menschlichen Wesens, des Menschen überhaupt …, des Menschen, der keiner Klasse, der überhaupt nicht der Wirklichkeit, der nur dem Dunsthimmel der philosophischen Phantasie angehört".*[14]

Zurück zu Thomas Mann. War er nun ein Bourgeois? Ein Schlüssel zu Thomas Manns Denken und Fühlen sind seine Reden. Darunter sticht die 1.000-Mark-Rede[15] zur Reichsfreiheitsfeier am 5. Juni 1926 im Stadttheater Lübeck besonders hervor. Denn in dem Festvortrag kommen vier für seine Lebenswelt entscheidende Gesichtspunkte zusammen:

Erstens die vielgerühmte 700-jährige große Geschichte seiner Heimatstadt, mit der er sich aus diesem Anlass erneut befassen musste. Zweitens das Lübecker Bürgertum, in dem er erwachsen wurde und über dessen geistige Verfassung nachzudenken, ihn zeitlebens nicht los lies, sei es allgemein als Geistesform, an deren Konstruktion er sich versuchte, oder konkret, bezogen auf seine Leserschaft, oder eben bezogen auf den Eindruck den er bei den freistädtischen und nationalen und internationalen eingeladenen Honoratior:innen hinterlassen wollte, die seine Rede im Stadttheater anhören würden.

Und schließlich die ihm genau bekannte aktuelle Lage der Institutionen in Lübeck und im Reich, die ins Schwanken geraten waren. Nach Eberts Tod 1925 erhielten mit Hindenburg die Völkischen Oberwasser. Sozialismus oder völkischer Nationalismus, das war die Frage, die 1926 zur Entscheidung trieb. Seit der Novemberrevolution, die die Machtverhältnisse nicht entschieden hatte, steigerte sich bekanntlich nicht nur im Reich, sondern auch im Freistaat der Antagonismus des Arbeiters gegen den Bürger,[16] von Republik und Diktatur.

Thomas Mann war über die Lage in seiner Heimatstadt bestens informiert. Er hatte sich noch zwei Wochen zuvor, im Brief vom 23.5.1926, in Erwartung des Treffens mit Ida Boy-Ed ausdrücklich nach den Geschehnissen um Bürgermeister Neumann erkundigt.[17] Zu dieser Zeit stand Neumann schon unter schwerem Beschuss. Von Mitte Mai bis Mitte Juni 1926 wurde die politische Öffentlichkeit des Freistaates mit der Offenlegung von Plänen für einen veritablen Staatsstreich ihres Bürgermeisters in Atem gehalten. Am 12. Mai 1926 titelt das Amtsblatt, der Lübecker Volksbote, auf der ersten Seite: „Ein ungeheures Verbrechen aufgedeckt! Rechtsputsch geplant - Bürgermeister Dr. Neumann-Lübeck zum Diktator ausersehen."[18]

Abram Enns beschreibt aus liberal-konservativer Sicht den Skandal folgendermaßen:

---

[14] https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/marx-engels-manifest.pdf, S.486

15 Thomas Mann, Briefe an Otto Grauthoff 1894-1991 und Ida Boy-Ed 1903-1928, Frankfurt 1975, S.230 ff., S. 233: Thomas Mann erkundigt sich im Brief am 23.5.1926 in Erwartung des Treffens mit Ida Boy-Ed ausdrücklich nach Neumann. Nach dem Fest am 16.6.1926 fragt er indes besorgt nach den 1.000 Mark Honorar (heute ca.4.200 €) das bei „der Ausarbeitung der Rede eine „gewisse befeuernde Rolle gespielt hat" (234).

16 vgl. Das qualvolle Ende Weimars im Freistaat Lübeck 1921-1933, Lübeck 2022, https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2022/06/MG-220603-1.pdf

17 Thomas Mann, a.a.O. S.234

18 Lübecker Volksbote v. 12.5.1926, S.1

„Mitten in die Vorbereitungen für die 700-Jahr-Feier platzte eine politische Bombe. Die SPD stellte in der Bürgerschaft einen Misstrauensantrag gegen den Regierenden Bürgermeister Dr. Neumann: man warf ihm vor, sich in verfassungswidriger, konspirativer Weise in Verhandlungen zum Sturz der Republik mit dem berüchtigten ultranationalen Justizrat Claß eingelassen zu haben. Das Stenogramm der damaligen Bürgerschaftsdebatte vermittelt eine lebhafte Vorstellung von der Leidenschaft der Angriffe und Erwiderungen.

Wortführer des Angriffs war der im ersten Weltkrieges schwer verwundete August Haut, dessen Rede es an Hieben und Stichen und Injurien auf den bisher politisch wie moralisch vollkommen integren Bürgermeister nicht fehlen lies. Er wurde sekundiert vor allem durch Zwischenrufe von dem Hauptschriftleiter des Lübecker Volksboten, Dr. Julius Leber, der später zum Kreisauer Kreis und den Verschwörung gegen das Naziregime gehörte und sich dadurch verdient gemacht hat. Zu den Gegenrednern gehörten die Rechtsanwälte Hans Ewers und Wittern; besonders die Rede des ersteren zeichnete sich durch Besonnenheit und Unvoreingenommenheit aus.

Imponierend durch Gelassenheit und Vornehmheit war die Verteidigungsrede des Bürgermeisters, der mit keinem Wort in die Debatte eingegriffen hatte, weil er die Entscheidung gegen ihn als von Anfang an für ausgemacht hielt. Die Abstimmung erfolgte am 2. Juni, unmittelbar am Vorabend der 700-Jahr-Feier. Sie war nicht mehr abzuwenden und musste das politische Klima der nächsten Tage vergiften. Freilich, die große breite Masse des bürgerlichen Volkes setzte sich darüber hinweg und ließ sich den lokalpatriotischen Freudentaumel nicht nehmen. War doch auch das weit gespannte Programm schon in das allgemeine Bewusstsein gedrungen.“[19]

Zwei Tage waren vergangen, seitdem der Lübecker Jahrhundertskandal geplatzt war. Das Sprachrohr des Lübecker Bürgertums, Senatspräsident Dr. Johann Neumann war tatsächlich gestürzt worden. Dieser völkische Aktivist war reichsweit nicht nur unter den Alldeutschen bekannt. Er wurde mit seinem Dienstantritt 1921 der erste völkische Regierungschef eines der 18 Weimarer Bundesstaaten nach der Revolution. Er war eine wesentliche Stütze des Putschisten und Vorsitzenden des alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß. Er hatte ihm 1912/13 assistiert bei den andauernden Versuchen, die deutschen Wirtschaftsverbände in der Vorkriegszeit zu einen und ideologisch auf die Kriegszielpolitik der Alldeutschen auszurichten.[20] Diese Bemühungen deckten sich mit den Zielsetzungen des seinerzeit mächtigsten Lübeckers, des Milliardärs Emil Possehl, ein Förderer der Karriere Neumanns. Neumann war ferner Vorsitzender des Verwaltungsrates des Berliner Scherl-Verlages, der Herzkammer des rassistischen Medienmoguls Alfred Hugenberg, und damit zugleich dessen rechte Hand. Julius Leber deckte diese Verbindung auf:

„... Und doch war e r (Hugenberg, MB) der eigentliche unsichtbare Herrscher dieser Stadt, die er selbst vielleicht nie gesehen. Den S t a a t hatte er in der Hand durch sein Oberhaupt, die Presse durch die größte Inseratenplantage. Sein Wille war maßgebend, beschränkt nur

---

19 Enns, Abram, Kunst und Bürgertum. Die kontroversen zwanziger Jahre in Lübeck, Hamburg 1978, S.98; aufschlussreich dessen Einschätzung der geistigen Lage der Stadt als bis in die zwanziger Jahre von der internationalen Entwicklung abgekapselter schläfriger Ort (Klappentext)

20 Stegmann, Dirk, „Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918“, S. 51; https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_24/Demokratische_Geschichte_Band_24_Essay_2_Stegmann.pdf

durch den leidenschaftlichen Widerstand der darob täglich beschimpften und begeisterten So z i a l d e m o k r a t i e (Sperrungen im Original, MB).“[21]

Lübeck war damals der Inbegriff eines in zwei Lager gespaltenen Staates: Arbeiter | Bürger, wie das Julius Leber 1921 auf den Begriff gebracht hatte,[22] der als Reichs- und Landtagsabgeordneter nach den vorangegangenen Geschehnissen zum Nationalfeiertag am 11. August 1926, den Geist der Weimarer Republik in Lübeck und im Reich bereits verloren sah.[23] Dazu bestand alle Veranlassung, nachdem sich der Regierende Bürgermeister bereits am 26.Mai 1924, ein Jahr nach der Exekution Schlageters in Frankreich, durch seine und seines Stellvertreters (Dr.Vermehren) Anwesenheit bei der Gedenkfeier im Lübecker Dom öffentlich auf seine Seite gestellt hatte. Schlageter war das Symbol für den völkischen Widerstand gegen die Republik.

Das öffentliche Auftreten Neumanns für Schlageter war also ein früher Kotau des Staatschefs vor den Lübecker Feinden der Republik und ein Affront des Senatspräsidenten gegen seine SPD-Kollegen im Senat und gegen die Mehrheitsfraktionen in der Bürgerschaft. Die Bürgerschaft hatte zuvor die Errichtung eines Denkmals für Schlageter abgelehnt.

Thomas Mann feierte, einen Tag nach der im Theater bejubelten Rede vom 5. Juni, am 6. Juni, im Burgtor, der an seine Freundin, die 74-jährige Schriftstellerin und Verlegerstochter Ida Boy-Ed vergebenen Ehrenwohnung der Stadt, in hoher Stimmung unter Freunden seinen 51. Geburtstag. Die Geburtstagsfeier stand ganz unter dem Eindruck der Jubelstimmung. Ida Boy-Ed brachte ihre ersten Eindrücke zum Festvortrag wie folgt zu Papier:

„Er wird gehalten am 5. Juni 1926 inmitten hoch schwingender Jubiläumsstimmung; zwischen Entfaltungen, deren Auswirken Zeit haben muß, das Ereignis dessen Bedeutung sogleich überzeugte. Vor allem war er von historischem Gewicht durch den sehr merkwürdigen Augenblick, wo diese Bekenntnisse zum freistädtischen Bürgertum gesprochen wurden, während der Boden von den Bemühungen bebte, die eben dies Bürgertum stürzen möchten. Hiervon noch ohne Kenntnis und ganz unpolitisch hatte sich dem Dichter die seelische Nötigung aufgedrängt, von dem zu sprechen, was ihm aus dem Wissen der Geschichte der Hansestadt und ihren einzig möglichen Lebensbedingungen sicher geworden war: von der Würde und dem geistigen Gehalt hansischer Bürgerlichkeit.“[24]

Bemerkenswert: Die Festgesellschaft interpretiert den vorangegangenen Sturz des in ihren Kreisen hochgeachteten Regierenden Bürgermeisters als Ergebnis eines rein parteipolitischen und damit aus ihrer Sicht haltlosen, unbegründeten Angriffes der Sozialisten in der Stadt auf das „freistädtische Bürgertum.“ Diese Einschätzung trifft wohl auch die vorherrschende Stimmung der Wähler:innen in der Stadt. Denn bei der fünf Monate später, am 14. November 1926 abgehaltenen Landtagswahl, erreichte der von Exbürgermeister Neumann mitgegründete Hanseatische Volksbund aus dem Stand

---

21 Lübecker Volksbote, 8.6.1926

22 Julius Leber., Lübecker Volksbote, 2.9.1921, S.1

23 Michael Bouteiller, Lübecks Weg in den Faschismus, Lübeck 2022, https://bouteiller.blog/wp-content/uploads/2022/06/lucc88becks-weg-in-den-faschismus-220607-1.pdf

24 Ida Boy-Ed, Essays und Autobiographisches, Berlin 2016, S.47

einen bedeutenden Wahlerfolg und wurde mit 44 % der Stimmen und 36 von 80 Sitzen noch vor der SPD (42,6 %; 35 Sitze) stärkste Fraktion.

Die trefflichste Analyse dieser Festrede, die unter dem zugkräftigen Titel „Lübeck als geistige Lebensform“ veröffentlicht worden ist,[25] stammt denn auch von einem anderen Lübecker Bürgersohn, dem Dichter und Anarchisten Erich Mühsam, maßgeblich beteiligt an der Münchner Räterepublik 1918 - 1920. Mühsam hatte bereits 1925 im Jahr der Neugründung der NSDAP im Reich und in Lübeck vor Adolf Hitlers Faschismus im Gedicht „Mignon“ gewarnt.[26] Zwei Lebenswege von Lübeckern, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Erich Mühsam schrieb im Fanal 1926[27] eine kluge Rezension zu Thomas Manns Rede. Sie sei hier ausführlich zitiert:

> *„Ist nicht, fragt Thomas Mann in seiner Festrede, „deutsches Wesen die Mitte, das Mittlere und Vermittelnde und der Deutsche der mittlere Mensch im großen Stile? Ja, wer Deutschtum sagt, der sagt Mitte; wer aber Mitte sagt, der sagt Bürgerlichkeit“ und weiter: „„Die Weltrevolution ist eine Tatsache. Sie leugnen hieße das Leben und die Entwicklung leugnen, sich konservativ gegen sie zu verstocken hieße sich selber ausschließen vom Leben und der Entwicklung."*
>
> *Diese Weltrevolution aber, so meint Thomas Mann, werde der deutschen Bürgerlichkeit im Ernste nichts anhaben können. Deren Lebensform sei viel zu eng »verbunden mit der Idee der Menschlichkeit, der Humanität und aller menschlichen Bildung selbst, um in irgendeiner Menschenwelt je fremd und entbehrlich sein zu können, und eine irreführende Überbetonung von Wirtschaftlich-Klassenmäßigem ist hier im Spiel, eine Verwechselung bourgegeoiser Klassenmitte mit deutsch-bürgerlicher Geistes- und Weltmitte liegt dem Irrtum zugrunde."*
>
> *Möglich, daß es eine „deutsche Bürgerlichkeit" mit anderm Wert und von anderer Erscheinung geben mag als die Bürgerlichkeiten andrer Nationen. Es sei auch nichts erwidert auf die Verwahrung gegen eine Gleichstellung der Begriffe Bürger und Bourgeois, denn es ist wahr, daß die deutsche Sprache auf den Bourgeois, den Vertreter der privilegierten Klasse im kapitalistischen Staat, einfach den Namen Bürger übertrug, der bis dahin ausschließlich die Bedeutung Citoyen hatte.*
>
> *Aber eben diese simple Übernahme des alten Wortes Bürger auf die neue Erscheinung Bourgeois in einem Lande mit spät entwickeltem Kapitalismus müßte Thomas Mann zeigen, daß derjenige, der die Unversehrbarkeit der Bürgerlichkeit, der deutschen oder einer andern, bestreitet, dabei durchaus keiner irreführenden Überbetonung von Wirtschaftlich-Klassenmäßigem schuldig wird, sondern in Rücksicht nimmt, was tatsächlich Wirklichkeit ist und was Thomas Mann, im Weben der Feierstunde und den schmerzvollen Tiefen des Daseinkampfes mit seinen sehr bürgerlichen Lebensformen zu weit entrückt, nicht gewahr wird:*

---

25 Thomas, Mann, Lübeck als geistige Lebensform, Lübeck 1993

26 Erich Mühsam, Mignon, 1925, http://culturmag.de/crimemag/krimigedicht-erich-muhsam-mignon-1925/59750

27 Erich Mühsam, Bürgerlichkeit als geistige Lebensform, in: Erich Mühsam -Thomas Mann - Heinrich Mann, Berührungspunkte dreier Lübecker, Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft, Heft 12, S.49 f.

die gepriesene Bürgerlichkeit ist Monopol des Wohlstands geworden; daher ist die Gesellschaft klassenmäßig geschieden, in Wohlstand und Armut, in Menschen, die arbeiten oder doch arbeiten wollen, und solche, die für sich arbeiten lassen, die die Arbeitskraft der Mehrzahl ausnutzen und diejenigen arbeits- und brotlos machen, die ihren Profit nicht steigern können. In einer Gesellschaft aber, in der nicht alle Menschen Citoyens sind, gibt es keine Citoyens, da ist, wer Bürger ist, Bourgeois.

Thomas Manns Zuhörer in Lübeck waren die Vertreter des Wohlstands; ihnen zu sagen, daß vor ihnen die Menschen nicht eingeteilt würden in Bürger und Sozialisten, daß in ihnen sich Bürgerlichkeit im Sinne von Weltbürgerlichkeit, Weltgewissen, Weltmitte, Weltbesonnenheit in der Idee der Menschlichkeit und der humanitären Bildung gegen alle Extremismen kritisch behaupte das hieß in der Tat bourgeoise Klassenmitte mit geistigen Lebensformen verwechseln. Die deutsch-bürgerliche Geisteswelt Goethes jedoch als eine ,,seelische Gegebenheit" zu nehmen, „an der kein Radikalismus etwas ändert", das heißt in diesen Tagen weltstürzender Veränderungen aller Beziehungen nichts andres, als sich eben doch gegen Leben und Entwicklung konservativ zu verstocken.

Thomas Mann ist einer der letzten und heute vielleicht der feinste und kulturvollste Repräsentant jener Bürgerlichkeit, die ihm aller Humanität, unbeachtet ihrer sozialen Grundlagen, immanent scheint. Er ist, abseits der Heerstraße und des Schlachtfeldes der Klassen, einer, der sein Menschliches gefestigt weiß gegen Extremismen von links und rechts, ein Weltbürger der Weltmitte von der Art, die ihm Deutschtum bedeutet. Aber er verkennt, daß dies eine vergangene Art ist, von der das Fundament der Zukunft keine Elemente mehr enthält. Wer in unsrer Epoche den Geist der Mitte proklamiert, der proklamiert, mag er selbst so hoch über allem Banalen stehn wie Thomas Mann, den Geist der Mittelmäßigkeit.

Wer aber, wie Thomas Mann, fragt:»Wo sind die großen Befreiungstaten des umwälzenden Geistes denn hergekommen," und wenn sie nicht vom Bürger gewesen wären?" dem sei geantwortet: Das Bürgertum hat seine Zeit der Befreiungstaten des umwaltenden Geistes vollbracht und hinter sich; die Befreiungstaten des umwälzenden Geistes, die bevorstehen, die werden von der Bürgerlichkeit der deutschen Mitte nichts übriglassen. Ihre Träger aber und Täter werden die verbündeten Proletarier aller Länder der Erde sein!“[28]

In der Tat: Thomas Mann hatte sich auch noch 1926 anders entschieden. Gegen den Citoyen. Gegen die SPD, gegen das arbeitende Volk, wie der Untertitel des „Lübecker Volksboten“ in seiner Heimatstadt lautete: „Tageszeitung für das arbeitende Volk“. Für das Wolkenkuckucksheim eines „Weltbürgertums“ der Bourgeoisie. Das verpflichtete - bekanntlich - zu nichts. Vielleicht zum öffentlichen Sprechen. Das war bis 1933 nicht lebensgefährlich. Und nicht einmal mutig.

---

28 Erich Mühsam, a.a.O. https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2022/06/Muehsam-zu-Th.Mann_.pdf

Es war 1926 einfach, die zivilisierte Kultur zu beschwören, während sich gerade der Abgrund auftat. Ida Boy-Ed erkannte den historischen Moment. „Vor allem war er (der Vortrag, MB) von historischem Gewicht durch den sehr merkwürdigen Augenblick, wo diese Bekenntnisse zum freistädtischen Bürgertum gesprochen wurden, während der Boden von den Bemühungen bebte, die eben dies Bürgertum stürzen möchten."

Der Verlegerstochter Wahrnehmungsfilter war verstellt. Als Angehörige eines bourgeoisen „Weltbürgertums" erkannte sie in Julius Leber und in den Sozialisten die Feinde des Bürgertums. Für die völkischen Machenschaften im Reich und im Freistaat ihres Repräsentanten, des Regierenden Bürgermeisters Johann Neumann, hatte sie hingegen weder Ohr noch Auge. Sie nahm die Barbarei des Völkischen, das für einen Augenblick in Lübeck an die Oberfläche brach, nicht wahr.

Ihrem langjährigen Zögling und Freund Thomas Mann unterstellte sie, er habe keine Kenntnis von den erschütternden Ereignissen gehabt und sei, wie man so sagt, „plötzlich und unerwartet" und gänzlich unpolitisch da hineingeraten, der Unschuldige. Das klingt köstlich und nach der allgegenwärtigen Ausrede verantwortlicher Politiker: „Ich hatte mit alldem nichts zu tun". Denn - wie oben erwähnt - hatte sich Thomas Mann über das Lübecker Geschehen genauestens informiert und saß als Münchner Einwohner und Intellektueller gewissermaßen „im Auge des Vulkans". Deshalb trifft die ironische Rezension seiner Lübecker Festrede aus Sicht des Lübecker Volksboten vom 8. Juni 1926 zu:

> *„Thomas Mann steht am Ende einer Epoche deutschen Geisteslebens, der bürgerlich-kapitalistischen. Das tut dem Range seiner Person so wenig Abbruch wie dem Range seines Werkes, das in aller Schönheit eben doch ein Werk des Abends, des Abschiednehmens ist. Von G o e t h e bis T h o m a s M a n n wird, so meinen wir, in späterer Zeit dieses Kapitel deutscher Geistesgeschichte überschrieben sein; und er mag dann wohl Anspruch haben auf den Ehrentitel des l e t z t e n B ü r g e r s, wie Kaiser M a x i m i l i a n sich den Namen des l e t z t e n R i t t e r s erwarb. Auf ihn folgte nur noch der allerletzte: D o n Q u i j o t e[29]; mehr kann in seiner Art auf Thomas Mann auch nicht mehr folgen.*

Der spätere Nobelpreisträger (1929) trat zwar nach ersten nationalistischen Tönen ab 1922 für die Weimarer Republik ein. Verständnis für den tiefen Graben zwischen Reich und Arm und wie er zu überwinden wäre, fand er nicht. Er hatte an derart „sozialistischen" Fragestellungen, wie er solche Überlegungen wohl sofort eingeordnet haben würde, noch kein Interesse. Seine Lösungsvorschläge verlieren sich in den Konstruktionen einer

29 vgl. den Vergleich Th.Manns mit Don Quijote aufgreifend auch Klaus Mann: Der Wendepunkt, Erstmals ähnlich erschienen 1942 auf Englisch in New York unter dem Titel »The Turning Point«; 1949 von Klaus Mann selbst ins Deutsche übersetzt und durch weitere Kapitel ergänzt., eBook Originalausgabe | © 03/2020 by eClassica, S.68

geistigen Welt, eines kulturellen Kosmos, der mit den bürgerlichen Revolutionen von 1848 und der Verfassung des Kaiserreiches 1871 seine Zukunft verloren hatte.[30]

Ein Beispiel für eine derartige Flucht ins Geistige ist dann seine erneute politische Wende, diesmal im Interview mit Fritz Solmitz am 4.12.1928. Nachdem Thomas Mann - wie oben dargestellt - von Erich Mühsam auf die Schwäche des Festvortrages vom Juni 1926 hingewiesen worden war, sah er sich offenbar zur Kehrtwende veranlasst. Nunmehr verblüffte er mit dem Eingeständnis, er sei Sozialist, wenn auch nicht so richtig, aber eben irgendwie doch, halt im geistigen Sinne, als Synthese aus Marx und Hölderlin.[31] Was man sich darunter auch immer vorzustellen hatte, wenn derartige luftige Bekenntnisse denn überhaupt ernst zu nehmen waren.[32]

Erich Mühsam hatte recht behalten. Thomas Mann war und blieb der Repräsentant des geistigen Bürgertums des 19. Jahrhunderts. Er liebte Richard Wagners Musik. 1933 standen die Völkischen in München auf gegen sein hohes Lied auf Wagners 50. Todestag. Wagner war der andere Künder des geistigen „Gesamtkunstwerks des Deutschen".[33] Adolf Hitler wollte sich diesen „großen Deutschen" nicht nehmen lassen. Denn der unterstützte mit seiner Musik und seiner antisemitischen Gedankenwelt den deutschen Mythos vom Sieg über die fremden Mächte.[34] Was für eine Verblendung![35]

Deshalb ist die Begegnung von Erich Mühsam und Thomas Mann, beides Lübecker Bürgersöhne, in Bezug auf die Festrede zur Reichsfreiheitsfeier 1926 eine seltene Gelegenheit, die beiden Weltsichten zu beschreiben. Da treffen sich zwei Welten,

---

30 vgl. den Überblick, in: Thomas Mann, Der Zauberer, Der Spiegel 1954, Heft 52, S. 32-45; https://www.spiegel.de/politik/der-zauberer-a-e05b8bd5-0002-0001-0000-000028958114; seine schwankende politische Gedankenwelt und auch die durchgängige Furcht vor der „Völkerwanderung von unten", d.h. letztlich vor dem Verlust des eigenen Besitzstandes, verhindern ein inneres Bekenntnis zum Sozialismus. In der abgehobenen Geisteswelt einer „deutschen Kultur" konnte er -ohne Festlegung- die Ideen wechseln, wie es ihm gerade passte. vgl. die gute Zusammenstellung in: Philipp Gut, Thomas Manns Idee einer deutschen Kultur, e-book, 2010

31 Fritz Solmitz Interview vom 4.12.1928 im Lübecker Volksboten vom 5.12.1928,: „…Und die Zukunft des geistigen Deutschland sieht er in der Verbindung sozialistischen Geistes mit den Schätzen deutsch-bürgerlicher Kultur: Die Synthese von Hölderlin und Marx.", schreibt Solmitz; https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2022/06/LBV-5.12.28-Mann-Solmitz.jpg; für Willy Brandt, der das Interview mit Solmitz als 15-jähriger gelesen hatte, war dies ein Beleg für ein Bekenntnis Thomas Manns zum Sozialismus, er schrieb": „Ein schreibender Bürger wird Sozialist" (Links und frei, Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982, S.22; vgl. differenzierter Wolf Lepenies, Kultur Politik, München 2006, S.71 ff.:

32 Für solcherart, durch keinen lebensweltlichen Bezug orientierte geistige Spekulation hatte Kurt Tucholsky seinerzeit nur Spott und Hohn: „Wegen ungünstiger Witterung fand die deutsche Revolution in der Musik statt." (Die Weltbühne, 30.12.1930, Nr. 53, S. 999); obgleich ab 1922 wohl eher „Vernunftrepublikaner" (Lepenies) bleibt sein altes Misstrauen gegenüber Politik, Demokratie und Republik: das deutsche Volk sei ein „nicht politisch, sondern moralisch orientiertes Volk" , ein „Volk der Metaphysik, der Pädagogik und der Musik". Dieses verquere, nur im eigenen gedanklichen Kosmos verankerte volatile Denken lässt ihn stets ein Türchen offen halten. Er legt sich - wie das Lepenies zu Recht erkennt - bis zuletzt persönlich nicht fest (a.a.O. S. 87). Thomas Mann war eben kein mutiger Charakter, vgl. dazu auch Volker Weidermann, Ostende, 1936, Sommer der Freundschaft, Köln 2014, S. 71. Das ist das eine. Wichtiger für seine volatile Weltsicht ist indes die von Lepenies beschriebene Hypersensibilität, die seine Wahrnehmung der Außenwelt bestimmte. Etwa der von Lepenies (Wolf Lepenies, Kultur und Politik, München 2006) beschriebene, auch in seiner Homoerotik begründete Einfluss Walt Whitmans auf die Konstruktion von Begriffen wie Demokratie, Republik, Volk usw., die ab 1922 Grundlage seiner politischen Reden wurden (a.a.O. S. 145 ff.).

33 Vgl. die völkischen Szenerie im Hause Richard Wagners bei Fritz Stern, Kulturpessimismus, S.133 (https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2022/07/Fritz-Stern-1.pdf)

34 Norman Domeier, Weltherrschaft und Völkermorden, Die „Lochner-Version" der Hitler-Rede vom 22. August 1939 als Schlüsseldokument nationalsozialistischer WeltanschauungDokumentation, Hitlers Rede vor der Wehrmachtführung auf dem Obersalzberg am 22. August 1939 („Lochner-Version" in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 70.Jahrgang 2022, Heft 6, S. 542, 564

35 Von einem entjudeten Deutschland träumte auch der Lübecker „Großinquisitor", der evangelische Bischof Erwin Balzer (Ordination 1934), der allen Ernstes 1955 die Weihen zurückerhielt.

oder zwei außergewöhnliche Narrative in Lübeck.[36] Thomas Mann und Erich Mühsam haben ein Recht darauf, ihre Sicht der Geschichte zu erzählen, und zwar als Teil einer neu zu verstehenden Erinnerungskultur, die Konflikte nicht scheut und gerade dadurch dichotome, einander ausschließende Narrative überwinden könnte.

36 MB, Thomas Mann, Citoyen oder Bourgeois, Lübeck 2022, https://michaelbouteiller.de/?p=5346&preview=true; Willy Brandt hebt diese Ereignisse in seiner Autobiographie unter der Überschrift „Ein schreibender Bürger wird Sozialist“ zu Thomas Mann hervor (Links und frei, Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982, S.22

C. Wer sind die wahren Feinde des freistädtischen Bürgertums?

Die Wahrnehmungsunterschiede[1] dreier Generationen zeitgenössischer Lübecker intellektueller Frauen und Männer in Bezug auf das politische Geschehen von 1919-1932 sind erstaunlich. Was sagen sie oder sagen sie nicht zu den sich radikalisierenden Ereignissen in der nachrevolutionären Weimarer Epoche (Bürgermeister Neumann, Julius Leber usw.) in ihrer Stadtrepublik?

Das beginnt mit Ida Boy-Ed (1852 - 1928), der großherzigen Förderin des jungen Thomas Mann. Sie bewohnt seit 1912 die Ehrenwohnung des Senats im Zöllnerhaus neben dem Burgtor. Mit Thomas Mann feiert sie in ihrer Wohnung dessen 51. Geburtstag am 6. Juni 1926. Sie genießt von oben, aus dem Fenster schauend, den Mahlau'schen Festumzug zur Jahrhundertfeier. Die illustren Gäste prosten sich zu und diskutieren angeregt die umstürzenden städtischen

Ereignisse des Bürgermeisterrücktritts. Aufschlussreich ist die Wahrnehmung des Dramas in der Deutung der Gastgeberin, der großbürgerlichen und freizügigen Verlegerstochter Boy-Ed. Zur

1 Vgl. unten S.46 - Wortmaschinen

Einordnung des berühmten Vortrages von Thomas Mann über „Lübeck als Geistesform“, wie sie ihn betitelt, schreibt sie u.a. Folgendes:

> *„Er wird gehalten am 5. Juni 1926 inmitten hoch schwingender Jubiläumsstimmung; zwischen Entfaltungen, deren Auswirken Zeit haben muss, das Ereignis, dessen Bedeutung sogleich überzeugte. Vor allem war er von historischem Gewicht durch den sehr merkwürdigen Augenblick, wo diese Bekenntnisse zum freistädtischen Bürgertum gesprochen wurden, während der Boden von den Bemühungen bebte, die eben dies Bürgertum stürzen möchten. Hiervon noch ohne Kenntnis und ganz unpolitisch hatte sich dem Dichter die seelische Nötigung aufgedrängt, von dem zu sprechen, was ihm aus dem Wissen der Geschichte der Hansestadt und ihren einzig möglichen Lebensbedingungen sicher geworden war: von der Würde und dem geistigen Gehalt hansischer Bürgerlichkeit.[2]“*

Die Festgesellschaft interpretiert den Sturz des hochgeachteten Regierenden Bürgermeisters, Dr. Johann Martin Andreas Neumann, als Ergebnis eines rein parteipolitisch begründeten, und damit aus ihrer Sicht haltlosen, unbegründeten Angriffes der Sozialisten in der Stadt auf das „freistädtische Bürgertum.“ Diese Einschätzung trifft wohl die vorherrschende Stimmung der Wähler:innen in der Stadt. Denn bei der fünf Monate später, am 14. November 1926 abgehaltenen Landtagswahl, erreichte der von Exbürgermeister Neumann gegründete *Hanseatische Volksbund* aus dem Stand einen bedeutenden Wahlerfolg und wurde mit 44 % der Stimmen und 36 von 80 Sitzen noch vor der SPD (42,6 %; 35 Sitze) stärkste Fraktion.

Abram Enns (1887-1993), als Angehöriger der zweiten Generation der Lübecker Intellektuellen, die die Jahrhundertfeier miterlebt hat, beurteilt den Skandal im Zusammenhang der von ihm miterlebten Jahrhundertfeierlichkeiten in seinem 1978 erschienen Buch ausführlich und mit ähnlicher Schlussfolgerung wie Ida Boy-Ed folgendermaßen:

> *„Mitten in die Vorbereitungen für die 700-Jahr-Feier platzte eine politische Bombe. Die SPD stellte in der Bürgerschaft einen Misstrauensantrag gegen den Regierenden Bürgermeister Dr. Neumann: man warf ihm vor, sich in verfassungswidriger, konspirativer Weise in Verhandlungen zum Sturz der Republik mit dem berüchtigten ultranationalen Justizrat Claß eingelassen zu haben. Das Stenogramm der damaligen Bürgerschaftsdebatte vermittelt eine lebhafte Vorstellung von der Leidenschaft der Angriffe und Erwiderungen. Wortführer des Angriffs war der im ersten Weltkrieges schwer verwundete August Haut, dessen Rede es an Hieben und Stichen und Injurien auf den bisher politisch wie moralisch vollkommen integren Bürgermeister nicht fehlen lies. Er wurde sekundiert vor allem durch Zwischenrufe von dem Hauptschriftleiter des Lübecker Volksboten, Dr. Julius Leber, der später zum Kreisauer Kreis und den Verschwörung gegen das Naziregime gehörte und sich dadurch verdient gemacht hat. Zu den Gegenrednern gehörten die Rechtsanwälte Hans Ewers und Wittern; besonders die Rede des ersteren zeichnete sich durch Besonnenheit und Unvoreingenommenheit aus. Imponierend durch Gelassenheit und Vornehmheit war die Verteidigungsrede des Bürgermeisters, der mit keinem Wort in die Debatte eingegriffen hatte, weil er die Entscheidung gegen ihn als von Anfang an für ausgemacht hielt. Die Abstimmung erfolgte am*

2 Ida Boy-Ed,, Essays und Autobiographisches, Berlin 2016, S.47

> *2. Juni, unmittelbar am Vorabend der 700-Jahr-Feier. Sie war nicht mehr abzuwenden und musste das politische Klima der nächsten Tage vergiften. Freilich, die große breite Masse des bürgerlichen Volkes setzte sich darüber hinweg und ließ sich den lokalpatriotischen Freudentaumel nicht nehmen. War doch auch das weit gespannte Programm schon in das allgemeine Bewusstsein gedrungen.*[3]“

Zu den führenden Intellektuellen der zweiten Generation der Stadt zählt auch der hellsichtige Heinrich Mann (1871-1950). Er wendet sich zwar früh (1915)[4] gegen die ins Nationalistische abrutschende krude politische Ideenwelt seines Bruders Thomas und dessen intellektuellen Dunstkreis, die *Konservative Revolution*, aber von Lübecks mutigem (1921) 30-jährigen politischen Aktivisten Julius Leber (1891-1945) oder den sozialistischen Arbeitergeschichten des Lübecker Volksboten erzählt Heinrich Mann nichts.

Er ist nur sieben Jahre älter als Gustav Radbruch (1878-1949) und Erich Mühsam (1878-1934). 14 Jahre trennen ihn von Arnold Brecht (1884-1977). Sie gehören also zu der gleichen Generation der Lübecker Intellektuellen der 20er Jahre. Alle kommen aus bürgerlichen bis hochbürgerlichen Lübecker Familien. Hervorragend schreiben, d.h., ihre Wahrnehmungen präzise benennen, konnten sie alle. Schreiben wurde oder war ihr Beruf.

Keiner von ihnen - mit Ausnahme von Abram Enns Darstellung 1978 - erwähnt und benennt detailliert den politischen Skandal. Thomas Mann (1875-1955) erkundigt sich allerdings brieflich vor seiner Anreise bei Ida Boy-Ed über Bürgermeister Neumann.[5] Keiner schreibt indes Genaueres zum 1921 hereingeschmeckten Julius Leber von „ungewisser Herkunft“ und zu den Hintergründen der aufwühlenden Vorgänge, die dieser vor Ort und im Reich aufdeckt oder die der Lübecker Volksbote aus Sicht der Werktätigen - auch unabhängig vom Skandaljahr 1926 - breit darstellt.

Radbruch und Thomas Mann waren bei der Reichsfreiheitsfeier (1926) in der Stadt. Sie fühlten sich dort ganz im Hochgefühl der Schönheit ihrer Vaterstadt mit der langen republikanischen Tradition. Kein öffentliches Wort zum politischen Skandal des Bürgermeistersturzes. Radbruch, Mühsam und Brecht sind ferner gute Kenner marxistischer Analyse der Herrschaftsverhältnisse. Mühsam geht darin wohl an weitesten. Er bewundert die russische Revolution und rechtfertigt sein Münchner revolutionäres Handeln gegenüber Lenin lang und breit.[6] Die erschütternden

---

3 Enns, Abram, Kunst und Bürgertum. Die kontroversen zwanziger Jahre in Lübeck, Hamburg 1978, S.98; aufschlussreich dessen Einschätzung der geistigen Lage der Stadt als bis in die zwanziger Jahre von der internationalen Entwicklung abgekapselter schläfriger Ort (Klappentext).

4 Eggerstedt, Michael, Heinrich Manns frühe politische Essays, Lübeckische Blätter 2021/11, S. 176ff., https://www.die-gemeinnuetzige.de/fileadmin/media/luebeckische-blaetter/2021/11_LB186.pdf

5 Thomas Mann, Briefe an Otto Grauthoff 1894-1991 und Ida Boy-Ed 1903-1928, Frankfurt 1975, 230 ff

6 Mühsam, Erich, Von Eisner bis Leviné, Die Entstehung der bayerischen Räterepublik, Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutionsereignisse in München vom 7.November 1918 bis zum 13.April 1919. Geschrieben im Festungsgefängnis zu Ansbach im September 1920, „zur Aufklärung an die Schöpfer der russischen Sowjetrepublik zu Händen des Genossen Lenin,“ Fanal-Verlag Erich Mühsam, Berlin-Britz 1929, https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb11126692?page=7; Lenin war seit 9. November 1917 russischer Premier.

Ereignisse um die Jahrhundertfeier sind indes nicht Gegenstand ihrer verschriftlichten Wahrnehmung. [7]

Radbruch wiederum ist und bleibt tief berührt von den Kieler Vorgängen um den zweiten der vier Putsche oder Putschversuche in der Weimarer Epoche, dem Kapp-Putsch (1920).[8] Dort wird er als Hochschullehrer in der Verteidigung der Republik zum todesmutigen Aktivisten. Seine Frau Lydia meint, er sei von den Republikfeinden zum Tode verurteilt worden. Auch unter kriminologischen Aspekten (also mit der psychologischen und sozialpsychologischen methodologischen Vorgehensweise) kennt er sich als Strafrechtler aus.

Radbruch war befreundet mit den Heidelberger Hochschullehrern um Max Weber, einem der Väter der modernen soziologischen Analyse. Zuvor in Kiel ist er eng befreundet und im Kapp-Putsch gemeinsam an der Front gegen die Republikfeinde mit seinem Fakultätskollegen, dem Staatstheoretiker und Verfassungsrechtler Hermann Heller (1891-1933). Heller wirbt er für die SPD. Beide kennen also auch das damalige sozialdemokratische Milieu gut. Heller ist darüber hinaus ein früher Verfechter der Volkshochschulbewegung und des sozialen Staates.

Bei Radbruch kommt noch hinzu, dass er 1921-1923 mit Unterbrechungen als Justizminister in der Reichsregierung saß. Dessen Ministerium hat das Republikschutzgesetz nach dem Rathenau - Mord (1922) verfasst. Es wurde zunächst als Notverordnung erlassen. Die völkischen Umtriebe, insbesondere diejenigen der Alldeutschen unter Justizrat Heinrich Claß, müssen ihm demnach bekannt gewesen sein. Mit Lübeck - seiner Heimatstadt - bringt er diese 1926 offensichtlich nicht in Verbindung. Gleiches gilt im Übrigen für den Lübecker Arnold Brecht, der die republikfeindlichen Vorgänge im gesamten Reich von hoher Stelle, zunächst als Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern (1921-1927), und später im preußischen Staatsministerium verfolgte und die Gegenwehr mitzuverantworten hatte.[9] Das Reich hatte ja keine eigene Bundespolizei und benötigte deshalb stete Amtshilfe von Preußen.

Willy Brandt (1913-1992) - die dritte Generation - zwar keine Person „von Familie“, sondern aus dem Arbeitermilieu - beschreibt später genau die soziale Lage seiner Heimatstadt Lübeck, in der er aufgewachsen ist. Er nimmt sich nach Kriegsende in Berlin Lebers Frau, Annedore Leber, an. Über Lebers Lübecker aufklärerische Zeit: zwar eine zutreffende Charakterisierung Lebers, aber keine Erwähnung dessen tiefgreifenden Auseinandersetzungen mit Bürgermeister Neumann oder genauere Details zu Lebers andauernden Kämpfen mit den Völkischen, wie sie uns Wolfgang Muth entdeckt.[10] Bei Brandt liegt der Fokus früh auf der internationalen Ebene. Er hat die Skandalfeier als 12-jähriger miterlebt und war 1933, als er floh 19 und danach in die Organisation des internationalen sozialistischen Widerstandes eingebunden.[11]

---

7 Erich Mühsam kritisiert allerdings Thomas Manns Festrede, vgl. oben S.31

8 Radbruch, Gustav, Biographische Schriften, Gesamtausgabe Band 16, Karlsruhe 1988, S.245f.

9 Brecht, Arnold, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen eines beteiligten Beobachters 1884-1927, Stuttgart 1965, 371; er erwähnt die Putsch-Vorgänge vom Mai 1926, die Severings Polizei aufgedeckt habe, ohne auf Lübeck einzugehen, Brecht, ebda. 463

10 https://michaelbouteiller.de/?p=2600 S.93f.; Wolfgang Muth, Dr. Julius Leber-Leben und Werk, Vortrag Julius Leber Schule am 19.8.2011: http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/06/MuthJulius-Leber-3.pdf.pdf

11 Dazu Gertrud Pickhan, http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/06/Willy-Brandt-1933.pdf; Brandt, Willy, Mein Weg nach Berlin, Aufgezeichnet von Leo Lania, München 1960, 55

Als er seine Erinnerungen schrieb, die 1960 bzw. 1989 erschienen sind, war über Bürgermeister Neumanns tiefe Verstrickungen in die völkischen Netzwerke (noch) nichts bekannt. Der aufklärende Artikel von Dirk Stegmann über die Radikalisierung des Lübecker Bürgertums erschien erst 2013. Wolfgang Muths Details über Lebers politische Vita in Lübeck sind Teil eines - bisher nicht veröffentlichten - Vortrags, gehalten 2011.

Wie steht es mit Annedore Leber (1904-1968)? Die Erlebnisse ihrer gemeinsamen Lübecker Zeit mit Julius Leber lägen für biographische Aufzeichnungen bei ihr ja am nächsten. Über die politische Lage in Lübeck und das frühe Widerstehen ihres späteren (1927) Mannes: wenig. Gleiches gilt übrigens von der Biographin Lebers, Dorothea Beck. Im Wesentlichen: Berlin, Berlin![12]

Hinsehen sollte man vielleicht noch bei Hans Blumenberg (1920-1996), der wiederum sieben Jahre jünger ist als Brandt. Hat er zu den Geschehnissen der 20er Jahren - außer den enttäuschenden späteren Erlebnissen mit seiner Klasse im Katharineum nach 1945 - aus seiner Lübecker Familiengeschichte etwas aufgeschrieben? Wie steht es ferner mit dem Leiter des St.Annen- Museums, Carl Georg Heise (1890-1978), der das Jubiläum mit organisierte, und mit der Tochter Neumanns und Ehefrau Heises, Hildegard Heise (1887-1979)? Haben Sie schriftliche Hinweise zu den Hintergründen des Bürgermeister-Rücktrittes hinterlassen?

Auch der Lübecker Journalist Rolf Winter (1927-2005) gehört schließlich zu dieser dritten Generation Lübecker Intellektueller. Er beschreibt in seinen Kindheitserinnerungen *Hitler kam aus der Dankwartsgrube (und kommt vielleicht mal wieder)* (1994) die desaströse soziale Lage der Arbeiter:innen gegenüber den Herrenmenschen in der Stadtrepublik. Von dem Aufbegehren Lebers gegen die Völkischen und den Machenschaften Bürgermeister Neumanns ist dort nichts zu lesen.

1. Erklärungsversuche

Warum diese Durchsicht der Wahrnehmungen der drei Generationen in Lübeck beheimateter Intellektueller der Weimarer Epoche? Sie soll Pars pro Toto klären, was an Wahrnehmungsfiltern bei der bürgerlichen Elite im Freistaat eingeschaltet war, um die realen Herrschaftsverhältnisse und völkischen Netzwerke vor Ort auszublenden.

12 Beck, Dorothea, Julius Leber, Goldmann Verlag 1994

Für sämtliche der Genannten gilt wohl: Entweder waren sie Kinder oder ihr geistiges Interesse lag - mit Ausnahme von Ida Boy-Ed, Abram Enns, Hildegard und Carl Georg Heise - 1926 deutlich auf anderen Orten der Politik. Lübeck - so scheint es - bleibt für sie (nachdem sie die Stadt verlassen hatten) in der Weimarer Zeit eine Provinzstadt in Norddeutschland, gewissermaßen ein unbedeutendes Loch im riesigen Freistaat Preußen, in dem die wahre Musik spielt, an der Grenze zu Mecklenburg-Schwerin, dem Freistaat Oldenburg[13] und an der Ostsee. Sie reflektieren Lübeck vielleicht als Ort hansischer republikanischer Tradition, mittelalterlicher und Architektur des Rokoko, kaufmännischen Niedergangs, Stadt von Marzipan und Rotspon, Heimatstadt.

Auch bis in die dritte Generation der Intellektuellen fehlt indes die genauere Analyse der völkischen Lübecker Machtstrukturen. Die in Lübeck Geborenen oder Aufgewachsenen suchten alsbald ihr Glück in Berlin, Kiel, München, Hamburg oder anderswo. Zum Studieren musste man traditionell nach Göttingen, Kiel und in andere Orte. Jedenfalls nicht in die Königin der Hanse, die übrigens bereits Ende des 15. Jahrhunderts es abgelehnt haben soll, die Universität Rostock mit ihren Unruhestiftern weiter zu beherbergen.
Abram Enns beschreibt das konfliktgeladene Lübecker Kunstleben der zwanziger Jahre gegenüber der vorangegangenen „in sich gekehrten Gründerzeit und Jahrhundertwende“ so:

> *„Im Brennpunkt des Geschehens stand der weltbekannte Museumsfachmann und Kunstgelehrte Carl Georg Heise. Seine Lübecker Zeit war die fruchtbarste und beglückendste seines Lebens, bekennt er selbst. Denn in Lübeck war Pionierarbeit zu leisten: «Die Lübecker unterhielten« um Gründerzeit und Jahrhundertwende »ein unglückliches Verhältnis…zu den bildenden Künsten. Nicht eine der zeitgenössischen Kunstbewegungen hat das in sich versunkene und abgeschlossene Lübeck auch nur leise berührt…» So Otto Krauthof, der Jugendfreund Thomas Manns. Aber mit Heise zogen 1920 «Lärm und Streit in die Stadt…Es bildeten sich Parteien im Kampf um den Expressionismus, der so leidenschaftlich geführt wurde, dass es…bis zur Zerstörung moderner Kunstwerke kam» (Harald Keller, ehemals Assistent Heises). Einem hölzernen Kruzifix wurde der Kopf abgeschlagen, es wurde an einen Stein gekettet und versenkt. Skandal aber waren auch die religiösen Bilder Noldes in der Katharinen Kirche, Skandal die «Zerschlagung» der alten Gemälde-Sammlung, Skandal schließlich Heises Idee, die Nischen der Katharinenfassade mit Figuren Barlachs zu schmücken.“*[14]

Während das Kunstleben Anfang der zwanziger Jahre offenbar im bürgerlichen Bewusstsein der Stadt erwachte und die völkischen Gegner der modernen (deutschfeindlichen) Kunst mobilisierte, erhielt die sich radikalisierende politische Landschaft mit ihren kriegstreibenden völkischen Netzwerken in der nachrevolutionären Stadtrepublik keine Aufmerksamkeit. Der Präfaschismus konnte sich - unbemerkt von der bürgerlichen Elite, die sich um ihren Besitzstand sorgte - (oder besser: mit ihrer Duldung) im Freistaat breit machen.

---

13 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Freistaat_Oldenburg, abgerufen 8.4.2022

14 Enns, Klappentext

2. Fazit

1. Lübeck war in der Weimarer Epoche für die Genannten in erster Linie Heimatstadt.
2. Die Stadt und ihre familiären Verflechtungen waren ferner anregendes Beispiel für Romane und soziologische Skripte über Vaterstadt, Gangbutscher, Provinz, Untertänigkeit, Niedergang des
   königlichen Kaufmannes usw..
3. Das Lübecker Bürgertum hielt sich als Tageszeitung den Generalanzeiger (44.000), nicht den Lübecker Volksboten (14.000). Daraus bezog es zusammen mit den Lübeckischen Blättern die Informationen.
4. Die Welt des Volksboten, also diejenige der werktätigen Bevölkerung, wurde kaum wahrgenommen.
5. Konflikte und ihre Darstellung entnahm man ebenfalls den bürgerlichen (nationalistischen, völkischen) Medien, die auf Hugenberg-Kurs segelten.
6. Die in gewissem Sinne Ausgewanderten (fremd Gewordenen) verloren rasch das Interesse an und den politischen Blick auf ihre Heimatstadt.
7. Deshalb führten etwa die Ereignisse um die Jahrhundert-Feier 1926 mit dem am Anfang stehenden Bürgermeisterwechsel zwar zum Aufmerken. Die Wahrnehmung: „Streit zwischen den Parteien mit nicht bewiesenen Inhalten“, die der Generalanzeiger dazu entfachte, entpolitisierte indes erfolgreich. Diese öffentliche (Nicht-)Wahrnehmung des bürgerlichen Lübeck bestätigen Ida Boy-Ed und Abram Enns.
8. Die damaligen Wahrnehmungs-Filter des gebildeten Bürgertums im Umgang mit der (sozialistischen) Sozialdemokratie und vice versa beschreibt der feinfühlige Gustav Radbruch in seinen biographischen Schriften.[15] Das Misstrauen der beiden Volksklassen gegeneinander, ihre tiefe gesellschaftliche Spaltung, ist in den literarischen Zeugnissen ablesbar.
9. Die von Radbruch beschriebene grundlegende Distanz von einerseits Bürgerlicher- und andererseits Arbeiter:innen-Welt als unterschiedlicher (Ein)Bindungen existenzieller (bei Arbeiter:innen) und ideeller (bei Akademiker:innen) Art, bestimmten seinerzeit die alltägliche Lebenswelt.
10. Verallgemeinert man dieses von Radbruch wahrgenommene Phänomen eines unterschiedlichen Wahrnehmungsfilters der politischen Realität von Sozialisten einerseits und des Bürgertums andererseits auf die sich radikalisierenden Geschehnisse im Lübeck der 20er Jahre, so findet sich ein weiterer Grund für das schnelle Vergessen der revolutionären Umtriebe in Lübeck: Die Welt des arbeitenden Volks,[16] der man die nachrevolutionäre Epoche der Weimarer Republik zuordnete, war für das Lübecker Bürgertum nicht oder nur von geringem Interesse. Es empfand eher die Sozialisten und nicht die Völkischen als die wirklich bedrohlichen Gefährder und Feinde des Bürgertums.

15 https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/08/Radbruch-und-SPD.pdf

16 Untertitel der Tageszeitung Lübecker Volksbote (1.2.1926), dem Amtsblatt des Freistaates: „Tageszeitung für das arbeitende Volk“.

D. Lübeck auf dem Weg in die Diktatur

Johann Neumann Emil Possehl

I. Präfaschismus

2. Der Begriff Präfaschismus

3. Zur Auseinandersetzung um den Begriff

II. Das völkische Netzwerk

1. Alldeutscher Verband: Thinktank der Konservativen Revolution

2. Das Konzept des Alldeutschen Verbandes

III. Emil Possehl und das völkische Netzwerk

1. Was wissen wir über Emil Possehl?

2. Emil Possehl - ein völkischer Herrenmensch

3. Possehls wirtschaftliche Dominanz

4. Possehl und Neumann

IV. Bürgermeister Neumann und das völkische Netzwerk

1. Neumanns politische Dominanz

2. Die Stellung des Bürgermeisters nach der Landesverfassung

3. Neumanns Doppelrolle Lübeck - Berlin

V. Vom Präfaschismus zum Faschismus

1. Die Putschpläne

b) 1917 Claß Anstiftung zum Militärputsch im Kaiserreich

b) 1920 Kapp-Lüttwitz-Putsch

c) 1923 Hitler-Ludendorff-Putsch

d) 1926 Claß-Hugenberg-Neumann-Putschplan

2. Die Vorbereitung des Umsturzes

VI. Pflänzchen oder Blumenstrauß : Arbeiterkultur versus Elitenkultur

VII. Possehl-Stiftung und ihr Umgang mit dem Gründer

Die Weimarer Epoche war entscheidend für Lübecks Absturz in den Nationalsozialismus und für die Nachkriegsgeschichte der Stadt. Kontinuität oder Bruch? Der folgende Text verfolgt die Entwicklungslinien anhand zweier seinerzeit entscheidender Persönlichkeiten Lübecks, Emil Possehl und Johann Martin Neumann.

„Die *Episode Neumann ist viel zu unbekannt und bisher nicht wirklich für Lübeck aufgearbeitet*." Diese Einschätzung des Stadtarchivars im März 2021 erklärt vielleicht, weshalb die folgende These Widerspruch erfährt: Mit dem Dienstantritt Bürgermeister Neumanns am 1. Januar 1921 beginnt eine 12 Jahre andauernden Periode, die den Faschismus in Lübeck vorbereitet.

War die führende Lübecker Gesellschaftsschicht ein Treiber Nazi-Deutschlands? Träfe zu, dass mit Neumanns Dienstantritt tatsächlich eine Vorstufe des rassistischen und völkischen Deutschen Reiches im kleinen Freistaat Lübeck eingeläutet worden wäre, so änderte diese Beurteilung fast alles in der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einordnung der Stadtrepublik der 1920er Jahre. Es läge dann nämlich nahe, sich als erstes zu fragen, wer oder was hat uns nach 1945 so lange daran gehindert, den Fokus auf die damaligen erschütternden Ereignisse der 20er Jahre zu werfen.

Diese Ereignisse waren erschütternd in Wort und Tat. Weder die völkische Ideologie, der darin lauernde eliminatorische Hass, noch die nationalistische Gewalt, die schon vor dem 31.1.1933 sich Bahn brachen, führten indes zur wirksamen Gegenwehr in der Lübecker Bürgerschaft, noch bewegte die erkennbare Gefahr des Faschismus die damals maßgeblichen städtischen Eliten zu gemeinsamem Widerstand.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Der Doppelbinderprozess aus Hass und Gewalt, von dem Norbert Elias in seinem Vortrag „Zivilisation und Gewalt: Über das Staatsmonopol der

körperlichen Gewalt und ihre Durchbrechungen“ 1980 spricht,[1] vertiefte den Graben zwischen den eh schon gespaltenen Lübecker Gesellschaftsteilen.[2] Ihre Wahrnehmungs-fähigkeit war blind geworden, die drohende Gefahr des Faschismus als das einzuschätzen, was sie war, konkret und brandgefährlich. Die führenden Eliten haben diesen Riss in der Gesellschaft erkannt, waren aber nicht in der Lage zu einem heilenden Kompromiss.

Rosa Luxemburg kritisierte 1901 auf dem Parteitag in Lübeck mit scharfen Worten das „Geldsack-Parlament“ in den Hansestädten:

> *„Ihnen hier in der großtuenden Bourgeoisie, der berühmten Republik gebrauche ich nicht viel darüber zu sagen, was wir heutigen Tages von dem Wert des bürgerlichen Parlamentarismus zu halten haben…- der allgewalten Bourgoisie in dem Geldsack-Parlament der Republik von Lübeck und Hamburg …In Lübeck erleben wir schon die Rückwärtsversion des Parlamentarismus…“?*[3]

Galt diese im Kaiserreich zutreffende Beurteilung auch noch für die Verhältnisse unter der Weimarer Verfassung?

Zwei Exponenten des sich in beispielhafter menschlichen Härte abzeichnenden damaligen Herrenmenschentums werden im Folgenden dargestellt: der eine fast allmächtig im Bereich des Lübecker Wirtschaftslebens, der andere fast allmächtig im Bereich des Lübecker Freistaates. Emil Possehl und Dr. Johann Martin Andreas Neumann. Beide beherrschten nicht nur Wirtschaft und Staat, sondern beide standen auch in Lübeck für so etwas wie die kulturelle Hegemonie. Diese kulturelle Herrschaft formte das Wahrnehmungsvermögen in der damaligen präfaschistischen Epoche. Die Hegemonie wirkt aber auch fort bis in unsere Gegenwart. Oder was sonst hat die Stadtmauern so hoch wiedererichten können, dass es ein Jahrhundert

---

1 Norbert Elias: J.Matthes (Hrsg.),Lebenswelt und soziale Probleme.Verhandlungen des 20.Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980 (S.98-122(https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135461)

2 vgl. die Arbeit über die verschiedenen Milieus in Lübeck von Freche, 332; s. unten 100f.

3 Gesammelte Werke, Band 6, S.678; und der Bericht in: https://vlga.de/file/zvlga_76_1996.pdf

brauchte, den falschen Wahrnehmungsfilter[4] „Rechtsstaat Weimar“ im öffentlichen Bewusstsein unserer Stadt wegzuräumen (Fake News)?

Oder sollte sich doch herausstellen, dass wir aufatmen können. Ist und bleibt Neumann und die Persönlichkeit Emil Possehls eine *Episode der Lübecker Geschichte*, von der eingangs die Rede war. Sind diese beiden Herrschernaturen gewissermaßen der *Fliegenschiss* im Bilde der alten und ehrwürdigen und über Generationen wehrhaften Hansestadt, die sich vom Blitz der Barbarei am 31. Januar 1933 - plötzlich und unerwartet - getroffen sah? Spricht für diese befreiende Sichtweise nicht doch das Bild vom *Roten Lübeck*[5] der 1920er Jahre? Und, waren nicht die durchgehenden Wahlerfolge des linken Lagers von 1919 bis 1932, angeführt ab 1921 von Julius Leber, der beste Gegenbeweis?[6]

Und schließlich, ist es nicht doch der Widerstand und die Zivilcourage der vielen Lübecker:innen, für die Willy Brandt, Arnold Brecht, Edmund Fülscher, Erich Klann , Erika Klann, Minna Klann, Hermann Lange, Julius Leber, Heinrich Mann, Erich Mühsam, Eduard Müller, Werner Puchmüller, Johannes Prassek, Gustav Radbruch, Karl Friedrich Stellbrink, Fritz Solmitz, stehen? Prägte deren Bild nicht auch zu Recht die Zwischenkriegszeit?[7] Dieser beispielhafte Widerstand der genannten Lübecker:innen, ihr Eintreten für die Republik realisierte sich im Wesentlichen zwischen 1918 und 1933. Deshalb kann man sich fragen, ob die These vom 1921 beginnenden Präfaschismus nicht ungeeignet ist, das nach der Revolution 1918 heranwachsende “*Pflänzchen Demokratie*“ im Freistaat hinreichend zu würdigen.

---

4 Wortmaschinen (Wahrnehmungsfilter) http://michaelbouteiller.de/archive/2749

5 Dieser Mythos (die „Rote Stadt“) erzählt die Geschichte von einer in den 1920er Jahren bestehenden kulturellen Dominanz oder Hegemonie der Arbeiterkultur gegenüber der traditionellen Elitenkultur des Lübecker Bürgertums; selbstverständlich gab es „das Rote Lübeck“, als in sich mehr oder weniger abgeschlossene Parallelwelt der Arbeiter:innen. Diese ausgeprägte Teilkultur in Lübeck ist nicht gemeint.

6 https://www.gonschior.de/weimar/Luebeck/Uebersicht_LTW.html

7 http://www.jugend-ins-museum.de/files/widerstand-und-verfolgung/Arbeitsblatt_2.3.pdf

Fünf Fragen:

1. Was versteht man unter Präfaschismus?
2. Was spricht dafür oder dagegen, dass die Indienststellung des Lübecker Senators Dr. Neumann als Bürgermeister der Beginn eines präfaschistischen Abschnitts in der Weimarer Epoche der Lübecker Stadtrepublik zum Ausdruck bringt?
3. War Neumann der politische Arm des 15 Jahre älteren Emil Possehl in Lübeck und Berlin, sind sie also in der Weimarer Epoche notwendiger Weise gemeinsam zu würdigen?
4. Warum hatte in den 1920er Jahren die Kultur der organisierten Lübecker Arbeitswelt keine Chance, sich gegen die Kultur der bürgerlichen Stadtelite durchzusetzen?
5. Was ist heute in Lübeck und anderswo zu tun, um aufkommenden Präfaschismus zu verhindern?

I. PRÄFASCHISMUS

1. DER BEGRIFF PRÄFASCHISMUS

Zunehmend gewinnt der Begriff „Präfaschismus“ in der politologischen, soziologischen und historischen Wissenschaft Gewicht. Der Begriff *Präfaschismus* eignet sich m.E. gut für die Analyse des Zustandes einer gesellschaftlichen Einheit (Stadt, Land, Staatenbund usw.). *Präfaschistisch* beschreibt eine konkrete Gefahrenlage: Ohne hinreichende Gegenwehr von Staat und Bürger:innen realisiert sich die Gefahr eines Umschlages in den Faschismus.

Demgegenüber benennt der zur Begründung für die damalige geistige Lage oft gebrauchte Begriff „*Konservative Revolution*“[8] eine bestimmte, durchaus heterogene - i.S. rechter und auch linker Orientierung - Gedankenwelt von Personen oder Personengruppen. Diese Ideenwelt kann handlungsrelevant werden, mündet aber nicht notwendig in Faschismus. Möglicherweise entsteht bei der Durchsetzung von Ideen der *Konservativen Revolution* stattdessen nämlich als

8 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution; aus der Vielzahl der dazu verfassten Literatur sei hingewiesen auf Raphael Gross

Herrschaftsform eine Meritokratie, d.h. eine Elitenherrschaft, die nicht, wie im Falle des völkischen Faschismus, in Mord und Totschlag, national und interna-tional, Bürgerkrieg und Staatenkrieg mündet, sondern in Milliardärs-herrschaft.[9]Es geht also bei diesem Versuch der Kennzeichnung einer Gebietskörperschaft als *präfaschistisch* um die Bekämpfung des Faschismus, der Aufklärung über seine Ursachen und Verursacher:innen und die Gegenwehr. Es geht um die frühzeitige Abwendung des Umsturzes in den Faschismus, so lange das noch möglich ist, d.h. so lange noch keine Massenbewegung organisiert ist. Deshalb kommt es für den Wortgebrauch *Präfaschismus* nicht darauf an, ob die Gefahrenlage sich bereits zu einer Massenbewegung entwickelt hat. Diesen Umschlag in die organisierte Massenbewegung gilt es gerade zu verhindern

2. ZUR AUSEINANDERSETZUNG UM DEN BEGRIFF

Eine methodische Auseinandersetzung um den Gebrauch des Begriffes „Präfaschismus“ findet sich als erstes wohl bei Dirk Stegmann.[10] Weitere Beispiele für die Verwendung des Begriffes in der Literatur sind in der Fußnote aufgeführt.

9 http://michaelbouteiller.de/milliardisierung-die-kaeuflichkeit-der-poiltik

10 Dirk Stegmann: Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII (1972), S. 351-432; Ders.: Vom Neokonservatismus zum Protofaschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 199-230.; Foroutan, https://m.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-ich-sehe-da-eine-emotionale-distanz/22830476-2.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com; Snyder, Timothy, https://www.perlentaucher.de/9punkt/2021-01-11.html

II. DAS VÖLKISCHE NETZWERK

Emil Possehls Todestag am 4.2.1919 war noch nicht zwei Jahre her, da begann mit der Wahl seines 15 Jahre jüngeren „Zöglings“, Senator Dr. Martin Johannes Neumann, zum Bürgermeister im Senat und mit dessen Dienstantritt am 1.1.1921 die präfaschistische Epoche im Freistaat.[11] Bürgermeister Neumann stand im nachrevolutionären Lübeck bei seinem Dienstantritt mitnichten für eine Kehrtwende in der Senatspolitik nach rechts. Denn auch sein Vorgänger, Emil Ferdinand Fehling, propagierte offen im Senat den nationalistischen „*Deutschen Frieden*“. Der *Deutsche Frieden*, wie ihn der in Berlin gegründete „Unabhängige Ausschuss für einen Deutschen Frieden“ unter Führung des alldeutschen Historikers Dietrich Schäfer forderte und hinter dem vor allem die Gelder der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie standen, wurde damals dem „*Verzichtfrieden*“ der SPD entgegengestellt.[12] Also auch Fehling stand den Völkischen ideologisch nahe.

Die Schlussfolgerung, der Präfaschismus beginne in Lübeck mit Amtsantritt Neumanns, leitet sich demnach nicht aus einer mit dieser Person etwa verbundenen reaktionären politischen Wende der Lübecker Regierungspolitik her. Mit der autoritären Persönlichkeit Neumanns wird vielmehr am 1.1.1921 der Exponent eines auf Putsch gegen die Republik ausgerichteten völkischen Netzwerks zum ersten Mal in der nachrevolutionären Ära in einem Bundesstaat des Deutschen Reiches Regierungschef. Neumann wurde durch diese hervorgehobene Stellung zu einer Zentralfigur bei den im Folgenden beschriebenen Putschversuchen.

---

11 Zu diesem Ergebnis kommt offenbar auch aus völkischer Sicht Max Knie, S.3, der allerdings mit dem Dienstantritt Julius Lebers im April 1921 den 2. Abschnitt seiner völkischen Geschichte Lübecks beginnt und mit dem Sturz Bürgermeister Neumanns enden lässt

12 https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_20/Demokratische_Geschichte_Band_20_Essay_3.pdf, 54; Schäfer wurde 1926 zu einem Vortrag eingeladen. Aus Anlaß des Jubiläums im Zusammenhang mit den Feiern Lübecks kennzeichnete er die historisch - politische Lage Lübecks. „Der Kampf der Hanse um die deutsche Seegeltung fand keine Unterstützung bei den deutschen Königen, oft sogar Gegnerschaft." Kroger, 244 https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/zvlga_74_1994.pdf

Die Machtstellung des Lübecker Regierungschefs und die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten ergaben sich zunächst institutionell aus der Lübecker Staatsverfassung. Die Landesverfassung stammt aus dem Kaiserreich und erhielt am 23.Mai 1920 die für Weimar geltende Fassung.[13] Die Lübecker Verfassung hob traditionell die Stellung des Senatspräsidenten hervor. Daran änderte die neue Verfassung nichts (D.). Die Dominanz seiner Persönlichkeit konnte sich erst richtig auf der Grundlage dieser politischen Stellung eines Regierenden Bürgermeisters des Freistaates entfalten. Sein autoritärer Charakter gepaart mit einem verführerischen geistigen Konzept, fand in den bürgerlichen Kreisen der Stadt breite Zustimmung. Hinzu kam der unterstützende gesellschaftspolitische Einflusses Emil Possehls zu dessen Lebzeiten vor Ort und im Deutschen Reich: Lübeck begriffen beide als Mittelpunkt vergangener und zukünftiger deutscher Weltgeltung![14]

Politische Wirkung konnte Bürgermeister Neumann in Lübeck und im Deutschen Reich nur entfalten über die Instrumentalisierung durch das im Deutschen Reich und in den Bundesstaaten wirksame, in der Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts begründete, völkische Netzwerk des Allgemeinen Deutschen Verbandes (AV). Einer Organisation, die zusammen mit ihren Lübecker Vertretern, insbesondere mit dem mächtigsten Vertreter dieses Netzwerkes in Lübeck, Senator Possehl (C.), weit über diese Organisation im engeren Sinne hinaus, tief in nationale bzw. nationalistische Vereine und Parteien des Deutschen Reiches hineinwirkte.[15] Diese Ideenwelt speiste sich ferner aus den politisch heterogenen Konzepten der *Konservativen Revolution.*[16]

---

13 http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm

14 Neben der alldeutschen Ideenwelt, in der sich Neumann politisch entwickelt hatte, kommt seine völkische Gedankenwelt in dem zentralen Ereignis Lübecks, der 700-Jahrfeier zum Ausdruck, die der Bürgermeister organisierte und deren Konzept Krogel inhaltlich beschrieben hat: Lübeck als Mittelpunkt vergangener und zukünftiger deutscher Weltgeltung!

15 Grundlegend: Stegmann, Dirk, „Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918“, https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_24/Demokratische_Geschichte_Band_24_Essay_2_Stegmann.pdf Stegmann Radikalisierung

16 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution, 24.4.21

Dieses Netzwerk (AV) wurde generalstabsmäßig organisiert (Claß, Hugenberg, Kirdorf) und geführt. Dessen Steuerung erfolgte zentral und die Durchsetzung medial über das Medienmonopol Hugenbergs, insbesondere über die Mitteilungsblätter des AV und ab 1917 zusätzlich über das Kampfblatt „Deutsche Zeitung." Als Frontorganisation dienten in den Reichs- und Bundesparlamenten die völkischen oder nationalistischen Parteien, ob sie Mitglieder des AV waren oder auch nur wesentliche Gesichtspunkte von den Alldeutschen übernahmen, wie etwa die Vaterlandspartei.[17]

Vor Ort wirkten die völkischen Nationalisten gemeinsam mit den Repräsentanten des AV. Für die finanzielle Ausstattung sorgten die Spenden der Wirtschaftsverbände und ihrer führenden Industriellen. Die polizeiliche und militärische Absicherung geschah immanent durch die im Kaiserreich erzogene Wehrmacht und Polizei. Die Richterschaft rekurrierte sich aus den ebenfalls im Kaiserreich ausgebildeten Juristen, für deren kollektive Haltung Tucholskys Gedicht „Nächtliche Unterhaltung" von 1926 stehen kann.[18] Die kulturelle Hegemonie nationalistischer Gedanken verbreitete sich, insbesondere nach dem gewonnenen Frankreichkrieg von 1870/1871, erfolgreich über Kindergarten, Schule, Universität und über die Eliten der Landeskirche.[19]

1. ALLDEUTSCHER VERBAND: THINKTANK DER KONSERVATIVEN REVOLUTION

Die Reichstagswahlen 1912 sind offenbar für einen Großteil des preußisch-deutschen Bürgertums im Deutschen Reich und im Bundesstaat Lübeck ein Schock. Denn die Sozialdemokraten werden

17 Stegmann Radikalisierung; Stegmann, Vaterlandspartei.

18 http://www.zeno.org/Literatur/M/Tucholsky,+Kurt/Werke/1926/N%C3%A4chtliche+Unterhaltung

19 Buss, Hansjörg „Entjudete" Kirche: Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918-1950), Paderborn 2011; die Zusammenfassung der Arbeit: http://universaar.uni-saarland.de/journals/index.php/tg/article/viewArticle/537/576; vgl. demgegenüber die vorsichtige Einschätzung von Wolf- Dieter Hauschild, Kirchengeschichte Lübecks, Christentum und Bürgertum in neun Jahrhunderten, Lübeck 1981, 494-509

mit 34,8% stärkste Fraktion im Reichstag. Sie gewinnen 5,9% hinzu.[20] Obgleich die Verhältnisse in Lübeck aufgrund des für die Wahlen für das Land Lübeck (Bürgerschaft) geltenden Zweiklassen-wahlrechts völlig anders ausfielen,[21] nehmen die führenden Kräfte der Konservativen das Ergebnis im Reich als Weckruf. In der Bürgerschaftswahl 1913 gewann die SPD zwar mit 4499 Stimmen die Mehrheit der abgegeben Stimmen, erhielt aber aufgrund des Zweiklassen-Wahlrechts dafür nur vier Mandate. Hingegen entfielen auf die Bürgerlichen 33 Mandate für nur 3451 Stimmen.[22]

Zusammen mit den Eliten in Militär, Staat, Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft suchen sie gleichwohl bei dieser - nach ihrem Selbstverständnis - bedrohlichen Lage von Staat und Gesellschaft die Gegenwehr in einem noch engeren Zusammenschluss ihrer Kräfte.[23] Im Mittelpunkt steht dabei (meist im Hintergrund die Fäden ziehend) ein Netzwerk aus national konservativen Organisationen, das sich geographisch über das gesamte Kaiserreich erstreckt. Die Kraftlinien gehen vom straff hierarchisch organisierten Alldeutschen Verband (AV) aus. Dessen über lange Zeit unbestrittene Führungsfigur ist ab 1908 (bis 1939) ihr Vorsitzender, Justizrat Heinrich Claß.[24]

Der AV war einer der wichtigen Ideengeber des konservativen und rechtsnationalen preußisch-deutschen Bürgertums vom Kaiserreich über die Weimarer Zeit bis hin zum Nationalsozialismus.

---

20 Reichstagswahl 1912 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen_in_Deutschland, 27.3.2021; zum Reichstagswahlrecht: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_im_Norddeutschen_Bund_und_im_Deutschen_Kaiserreich, 7.7.2021

21 1905 waren es vier SPD Abgeordnete: W. Bruhns, Peter Pape, Theodor Schwartz und Rudolf Wissell, der Arbeitersekretär und spätere Reichsarbeitsminister; 1907 folgten die Arbeitersekretäre Johannes Stelling und 1909 Paul Hoff; 1913 waren es vier SPD Abgeordnete, darunter Albert Henze vom Konsumverein und der spätere Senator Paul Löwigt; die SPD benötigte für vier Mandate 4499 Stimmen, die Bürgerlichen erhielten mit zusammen 3451 Stimmen 33 Mandate, vgl. Stegmann Radikalisierung, S.41; Franz Osterroth, Chronik der Lübecker Sozialdemokratie 1866-1972, Lübeck 1973,18,20

22 Das Verhältnis 1:10 in der Stimmgewichtung im Wahlrecht zwischen Arbeitern und Bürgerlichen, spiegelt und erklärt augenfällig die damalige Klassengesellschaft von Staats wegen auch vor dem Gesetz.

23 Zu der These vom Zusammenschluss s.auch Heinrich August Winkler, Die Einheitsfront von rechts, Zeit online, 25.2.1972.

24 Leicht, Johannes, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012; Lebendiges Museum Online (Lemo) https://www.dhm.de/lemo/biografie/heinrich-class

Zur Vorgeschichte: 17. Juni 1890 gab der Reichsanzeiger das Helgolandabkommen bekannt. Eine Woche später veröffentlichten vier in Zürich lebende Reichsdeutsche in großen deutschen Zeitungen einen viel beachteten Aufruf gegen den Abschluss dieses Vertrages, der in folgenden Worten endete:

> *„Wir sind bereit, auf den Ruf unseres Kaisers in Reih' und Glied zu treten und uns stumm und gehorsam den feindlichen Geschossen entgegen führen zu lassen; aber wir können dafür auch verlangen, dass uns ein Preis zufalle, der des Opfers wert ist, und dieser Preis ist: einem Herrenvolk anzugehören, das seinen Anteil an der Welt sich selber nimmt und nicht von der Gnade und dem Wohlwollen eines anderen Volkes zu empfangen sucht.*
> *D e u t s c h l a n d, w a c h a u f!"*

Der 25jährige Dr.Alfred Hugenberg aus Hannover übernahm diese Organisationsaufgabe und sammelte Persönlichkeiten für einen Nationalverein, zum ersten Mal in Frankfurt am 28.9.1890. Daraus entwickelte sich die Gründung des Alldeutschen Verbandes in Berlin am 8.April 1891.[25]

Der Historiker Gerd Fesser spricht von dem AV als der „Mutterlauge" des Nationalsozialismus".[26] Das gilt auch für Lübeck, dessen Ortsgruppe unter Neumanns Vorsitz besonders aktiv war.[27] 1917 hatte die Lübecker Ortsgruppe bei rund 100.000 Einwohnern immerhin 300 Mitglieder,[28] darunter viele Führungspersonen der Stadtelite. Im Vergleich zur größten Lokalgruppe des AV mit 640 Mitgliedern in der Hansestadt Hamburg mit damals rund 840.000 Einwohnern war das eine beachtliche Leistung, besonders ihres Vorsitzenden Neumann.[29]

Der AV war der Thinktank und nationalistische Vorläufer der „*Konservativen Revolution*"[30] und des Nationalsozialismus. Nach seinem Selbstverständnis war er zugleich die kulturelle Sammelstelle u.a. der folgenden tief im Bürgertum des Bismarckreiches und der Weimarer

---

25 Zum Vorgenannten Kruck, 7 f.

26 Gerd Fesser, Die Mutterlauge der Nazis, Zeit online vom 8.Juli 1994, https://www.zeit.de/1994/28/die-mutterlauge-der-nazis; die Bezeichnung des AV als Mutterlauge geht nach Fesser, (ebda.) auf Michael Freund zurück

27 Stegmann Radikalisierung, 47

28 Stegmann Radikalisierung, 49

29 Stegmann Radikalisierung, 49

30 Siehe: Konservative Revolution, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution, 16.10.2019

Republik[31] verwurzelten nationalen Fachvereine und Parteien mit großer gesellschaftlicher Breite:

Deutscher Flottenverein, Deutscher Kolonialverein, Deutscher Wehrverein, Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Hamburgischer Verband gegen die Sozialdemokratie, Unabhängiger Ausschuss für einen Deutschen Frieden, Hauptvermittlungsstelle der vaterländischen Vereine und Verbände, Deutsche Vaterlandspartei, Verein für das Deutschtum im Ausland, Deutscher Ostmarkenverein und Deutschbund.[32] Bereits 1901 hatte der AV ca. 22.000 Einzelmitglieder, ihm gehörten 93 Vereine als korporative Mitglieder an, mit ca.150.000 Personen.[33]

Die Intentionen des AV waren keineswegs rückwärtsgewandt. Claß schwebte eine Ordnung der Moderne nach rassischen Kriterien vor. Die „größere Zukunft“ sollte der Krieg erwirken als „Lösung aller europäischen Fragen“.[34] Gründungspaten dieses mächtigen Thinktanks waren ein 1891 noch nahezu unbekannter, äußerst begabter 25-jähriger Regierungsassessor, Alfred Hugenberg, und Carl Peters. Hugenberg war ein Spezialist für Aufbau- und Ablauforganisation von personellen Netzwer-ken. Peters war der später wegen seines grausamen Vorgehens gegen die Eingeborenen Ostafrikas „Hänge-Peters“ genannte Kolonialpolitiker Carl Peters.[35]

Seit dem 1. Juli 1894 hieß der Verband „Alldeutscher Verband“. Er gewann im Laufe der Zeit, zunächst unter seinem ersten Vorsitzenden Prof. Dr. Ernst Hasse (ab 1893) und ab 1908-1939 unter Justizrat Dr. Heinrich Claß erheblichen, wenn auch zeitweise durchaus umstrittenen Einfluß[36] auf die Politik von Reich und Bundesländern. Jedenfalls stand er fast 50 Jahre, d.h.

---

31 Uta Jungcurt, Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik, Oldenbourg Schulbuch Verlag, Berlin 2016, S.7 f. mit einem Überblick über die gegenwärtige Forschungslage

32 Alldeutscher Verband, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher_Verband, 16.10.2019

33 https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Alldeutscher_Verband_(AV),_1891-1939

34 Leicht, 185

35 Fesser

36 Zur Professorenschaft vgl. Klaus Schwabe, Ursprung und Verbreitung des Alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1966, S.105 ff.

annähernd zwei Generationen lang, immer wieder im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, wenn es um Kriegsziele, Kolonialpolitik, Außenpolitik, Innen- und Rechtspolitik, insbesondere, wenn es um die Stellung der Juden, von Ausländern, von Sozialdemokraten und Liberalen, der Medien- und Kirchenpolitik ging. Der Verein verstand sich auch als Wahrer des wirklichen Deutschtums und Hüter der wahren Deutschen Bildung. Der AV ist im März 1939 von Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei, aufgelöst worden mit dem m.E. zutreffenden Bemerken, er habe sein Programm erfüllt.[37]

Kriegsziele und Diktaturpläne: Die Verbandsleitung des AV gab ihrem Vorsitzenden Claß Ende August 1914 auf ihrer Sitzung in Berlin weitgehende Vollmachten. So konnte er z.B. die Vorlage zu den Kriegszielvorschlägen, die er zuvor u.a. mit Hugenberg abgestimmt hatte,[38] in Wort und Tat umsetzen.[39] Zu diesen Zielen gehörte u.a. das wohl erste Programm zur Vertreibung volksfremder Kräfte in Europa im 20. Jahrhundert. Johannes Leicht schreibt dazu in seiner Claß-Biographie:

> *„ Die militärische Eroberung von Siedlungsgebieten, vornehmlich in Ost- und Mitteleuropa sowie die politische Implementierung einer ethnisch homogenen Bevölkerung durch staatlich organisierte Umsiedlungsaktionen. Die Verbindung der geopolitischen Chiffre „Lebensraum" mit der biopolitischen Semantik vom „Volk" als organisch konzipiertem Kollektiv-körper in einem konkreten Vorschlag zur Wiederherstellung einer vermeintlich natürlichen Ordnung bildete den Kern alldeutscher Kriegszielforderungen. Der Nexus von territorialer Expansion nach außen und ethnischer Segregation nach Innen versprach die Realisierung der Vision einer ethnisch-kulturell homogenen, sozial pazifizierten und politisch konformen „Volksgemeinschaft".*[40]

37 Fesser

38 Leicht, 180f.; Schwabe

39 Dazu zählte die Gewinnung der Industriebarone der Rheinisch-Westfälischen Montanindustrie

40 Leicht, 181,186

Claß propagierte infolgedessen landauf, landab, mit erheblicher Wirkung auf die Meinungsbildung der Wirtschaftselite die alldeutschen Kriegsziel-Botschaften. Pomuelke[41] beschreibt deren Wirkung auf die versammelten Industriellen:

> *„Die Industriellengruppe um die Kriegsgetreidegesellschaft …erfuhr Anfang November 1914 Erweiterungen: zum einen thematisch, indem konkrete Kriegszielfragen diskutiert wurden; zum anderen personell, indem u.a. Männer wie Kirdorf, Stinnes, Beukenberg, Reusch und v. Borsig hinzustießen. Von den Teilnehmern gehörten Hugenberg, Hirsch, Rötger, Beukenberg und Stinnes (jedoch nicht Emil Kirdorf) zur flexibleren und konzilianteren Fraktion der Schwerindustrie. Gleichzeitig kristallisierte sich seit Ende Oktober 1914 in der Großindustrie und bei den extrem Konservativen eine Opposition gegen mögliche Reformen auf Staatsebene heraus, noch bevor sie regierungsseitig in Erwägung gezogen worden waren.*
>
> *Auf der wegweisenden Versammlung vom 7. November 1914 hielt Claß sein Referat über die aus alldeutscher Perspektive wünschenswerten Kriegsziele, welches sich eng an seine September-Denkschrift hielt und dessen Grundgedanken sich alle Anwesenden anschlossen. [..] Die Versammlung beschloss daher, Claß Vortrag als Grundlage für eine entsprechende Kundgebung aller Wirtschaftsverbände anzunehmen, die auch als Eingabe an den Reichskanzler verschickt werden sollte. Schon vorher, am 28. September 1914 war es in der Berliner Philharmonie zu einer Kundgebung der schaffenden Stände gekommen. Vertreten waren u. a. der Deutsche Handelstag, der Deutsche Landwirtschaftsrat, der CDI, der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag, sowie diverse Großbanken gekommen.“*

Adolf Hitler, so schreibt Gerd Fesser,[42] habe Claß bei einem Treffen 1920 in Berlin die Hände geküsst. Hitler habe dabei bemerkt, „als sein „treuer Schüler“ habe er (Hitler) mit „innerer Erregung“ die „Deutsche Geschichte“ von Einhart (Pseudonym für Heinrich Claß)[43] gelesen und bei der Lektüre des „Kaiserbuchs“ (Autor Heinrich Claß)[44] die Überzeugung gewonnen, darin sei alles enthalten, was für das deutsche Volk wichtig und notwendig sei.“[45] Die unermüdlichen sich über neun Jahre von 1917 bis 1926 hinziehenden nationalistischen Putschversuche des AV und ihres Vorsitzenden bestätigen mehr als alles andere dieses Urteil. Am Ende sahen sich Claß und Hugenberg am Ziel ihrer Wünsche. Sie traten 1933 als Hospitanten in die Reichstagsfraktion der

41 Pomuelke, 240

42 Fesser

43 Claß-Einhart

44 Claß-Fryman

45 Fesser; Hitler bezieht sich auf die Bücher von Heinrich Claß, Deutsche Geschichte von Einhart, Leipzig 1909; Wenn ich Kaiser wär, Leipzig 1912, von Daniel Frymann (Pseudonym für Heinrich Claß),

NSDAP ein. Hugenberg (DNVP) wurde vom 30.1.1933 bis 29.6.1933 Wirtschaftsminister im Kabinett Hitler.

2. DAS KONZEPT DES ALLDEUTSCHEN VERBANDES

Die ideologischen Wurzeln des AV reichen tief in die reaktionäre Gedankenwelt der Gegenaufklärung und Romantik des 18. und 19. Jahrhunderts. Geistiger Ahnherr dieses Verbandes war ein scharfzüngiger Gelehrter, der sich beruflich einer kritischen Rekonstruktion des Alten- und Neuen Testaments auf der Grundlage der ersten, auch orientalischen Texte verschrieben hatte, Paul de Lagarde (1827-1891).[46]

Der spätere Lübecker Nobelpreisträger Thomas Mann zählte Lagarde auch noch im Alter von 41 Jahren in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ (1918) neben Nietzsche und Wagner zu „den Großen dieses Volkes“[47] und bezeichnete ihn als „Praeceptor Germaniae“ (Lehrmeister Deutschlands).[48] Lagarde gab dem traditionellen Kulturpessimismus der geistigen und ökonomischen Elite des Kaiserreiches Ende des 19. Jahrhunderts ganz im Sinne Fritz Sterns[49] mit folgenden vier Überlegungen die bündige Fassung[50]:

1. Angesichts des drohenden geistigen und wirtschaftlichen Niederganges des Deutschen Reiches und für den Fortbestand des Deutschen Volkes unerlässlich sei eine einende nationale Erhebung und eine neue nationale Religion. Um den unfruchtbaren Streit der alten Religionsgemeinschaften, die die Nation spalten, zu überwinden, wird eine neue politische

---

46 Stern, 37

47 Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, in der Textfassung der Großen kommentierten Frankfurter Ausgabe (GKFA) Thomas Mann, E-Books, S. 691; zu den wechselnden politischen Einstellungen Thomas Manns: Manfred Görtemaker, Thomas Mann und die Politik, Frankfurt 2005; vielleicht kannte Thomas Mann die betreffenden Hetzschriften Lagardes auch nur vom Hörensagen?

48 Mann Betrachtungen,S. 545, s.zu Thomas und Heinrich Manns Ambivalenz und Entwicklung in der Judenfrage, Jaques Darmaun, Thomas Mann, Deutschland und die Juden, Tübingen 2003, S.14ff.;

49 Stern

50 Stern, 27 ff.

Glaubensgemeinschaft zu gründen sein. Nur eine solche führt zur Wiedergeburt des Deutschen Reiches. Das Entstehen dieser nationalen Religion bedarf allerdings eines heldischen Führers. “Nur eines Mannes großer, fester, reiner Wille kann uns helfen, eines Königs-Wille, nicht Parlamente, nicht Gesetze, nicht das Streben machtloser Einzelner“.[51]

2. Für den Neuaufbau dieses Deutschen Reiches sind die Begriffe „Staat“ und „Nation“ neu zu bestimmen. Anders als nach der überkommenen hegelschen Definition ist der „Staat“ nichts als eine Maschine, die bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat. Demgegen-über ist die „Nation“ die eigentliche (mystische) Verkörperung des Volkes. Ein Volk kann nur dann zur Nation werden, wenn es in seiner Gesamtheit die ihm von Gott bestimmte Sendung annimmt. Die so gebildete Nation kennt keine Schranken (und Gesetze). Sie hat nur einen Willen und kennt keinen Zwist. Sie verkörpert die immanente Einheit artgleicher Menschen. Ihr Wille kann nicht angefochten werden.[52]

3. Den Juden, die neben der Arbeiterbewegung und dem um sich greifenden Liberalismus in Politik und Kultur Grund für Deutschlands Zwietracht und Niedergang sind, müssen ihre Existenzmittel genommen werden (Banken). Sie haben als Artfremde keinen Platz in dem geeinten Deutschen Volk. Mit diesem „wuchernden Ungeziefer“ könne es „keinen Kompromiss geben“. Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt. Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen. Sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet“.[53] Fritz Stern schreibt dazu: „Nur wenige Menschen haben Hitlers Vernichtungswerk so genau vorhergesagt - und so entschieden im voraus gebilligt“.[54]

---

51 Stern, 86

52 Stern, 94; diese Konstruktionen des Verhältnisses der Begriffe Staat und Nation wurden von Carl Schmitt aufgenommen und in seinem völkischen Staatsrecht verarbeitet. Sie finden sich auch noch in seiner Verfassungslehre (1929), deren Lehrstoff heute weit verbreitet ist; vgl. zu derartigen Wortmaschinen http://michaelbouteiller.de/archive/2518

53 Siehe auch Nachweise bei Stern, S.102.; Wilhelm II. benutzte 1919 ähnliche Worte zur Beschreibung der Juden in seinem Brief an Generalfeldmarschall Mackensen und als er im Sommer 1929 vorschlug, sie mit Gas zu vernichten (John C.G. Röhl, Zeitläufte: Das Beste wäre Gas!: in Zeit online, 25.11,1994, zeit.de). Der Antisemitismus des Kaisers war offenbar auf den Einfluss des besessenen Judenhassers und Ersatzvaters Wilhelms, des Generals Graf Waldersee zurückzuführen (so Röhl a.a.O.), an dessen Namen in Lübeck übrigens eine Straße erinnert.

54 Stern

4. Das Deutsche Reich, das durch seine geografische Lage in Europa ungeschützt seinen Feinden (den Großmächten Russland, Frankreich, England) ausgesetzt sei, muss in „Mitteleuropa“ unbesiegbar werden. Deshalb ist die Kolonisierung Polens unabdingbar. Als erster Schritt ist dazu die Austreibung aller polnischen Juden erforderlich. Dann sollten den Slowenen, Tschechen, Ungarn und allen nicht deutschen Völkern innerhalb der österreichischen Monarchie Gebiete zugewiesen werden, in denen sie leben, sterben und vergessen werden könnten. Damit beherrschten die Deutschen ganz Mitteleuropa und könnten darüber hinaus im Osten Kolonialgebiete erobern.[55] Zu einer wirksamen Verteidigung des Deutschen Reichs solle ferner im Westen des Reiches Elsaß und Lothringen östlich „von den Argonnen“ zu Deutschland gezogen werden.

55 Stern, 109

III. EMIL POSSEHL UND DAS VÖLKISCHE NETZWERK

1. Was wissen wir über Emil Possehl?

Die Quellenlage zu Possehls Persönlichkeit ist dürftig. Es fehlen verlässliche Quellen.[56] In der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ist Possehl mit seinem wirtschaftlichen Aufstieg nahezu unbekannt.[57] In wirtschaftsgeschichtlichen Darstellungen werden Hinweise auf das einstmals bedeutende Handelshaus vermisst, obwohl dessen Aktivitäten nicht nur der europäischen Schwerindustrie den schwedischen Erzmarkt erschlossen, sondern auch der deutschen Rüstungsindustrie während des Ersten Weltkriegs den Bezug schwedischer Erze und Halbfabrikate sicherten.[58]

Possehls eigentliche Begabung lag m.E. auf dem Felde der Geostrategie.[59] Wenn man liest, welche diesbezüglichen Fragen er mit seinem Freund Paul Curtius (1849-1932), dem Sohn des früheren Lübecker Bürgermeisters Theodor C. Curtius (1811-1889), erörtert[60], und mit welcher

---

56 Jürgen-Wolfgang Goette, Unser Lübeck, 8.7.2016 https://www.unser-luebeck.de/magazin/stadt/5845-emil-possehl-nationalist-und-maezen; das gilt auch für die immer noch ungeklärten Hintergründe zu der Anklage wegen Hochverrats, vgl. dazu Anmerkung 146 in Kreutzfeldt, Der Lübecker Industrieverein, 48; er wurde allerdings nach Kreutzfeldt in zahlreichen Beiträgen gewürdigt, vgl. Kreutzfeldt, 47, Anm.142 m.w.N., Abdruck:http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/E.Possehl.pdf; https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl, 14.4.2021 ; zu den Hintergründen derAnklage aber Fast, 167.

57 Aufschlussreich die Studie über Heinrich Wilhelm Beukenberg (1858-1923), Generaldirektor der Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb und Preußischer Staatsrat von 1921-1923, und dessen Firmen-Verflechtungen auch mit der L. Possehl & Co. bei Pomiluek

58 Zu den Verflechtungen mit der Industrie Westfalens und des Des Rheinlandes vgl. Pomiluek; https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl, 2.4.2021 https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-3646/1646.pdf

59 Beispiele finden sich bei Fast, 103 -132, insbesondere 117: über die Entwicklung neuer Perspektiven in der Verkehrspolitik, hier zur Revolutionierung des Ostseeverkehrs: „Was für die Vereinigten Staaten Hamburg, ist das Russische Reich für Lübeck.“

60 Curtius Briefe 183-197: http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/Curtius-183-187.pdf, und Briefe 198-214: http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/Curtius-198-214.pdf;

Weitsicht und praktischer Vorstellungskraft, liegen hier bisher unausgeschöpfte Perspektiven.[61] Darin öffnet sich ein nicht bestelltes spannendes historisches Kapital für Stadt und Land des ausgehenden 19. und beginnenden 20.Jahrhunderts.[62]

Possehl wollte Lübecks Staatsverwaltung modernisieren[63] und sie befähigen, zum Ausgangspunkt weltweiter Aktivitäten zu werden, nicht nur wirtschaftlicher Natur. Das in Lübeck „grassierende Klickenwesen" war ihm verhasst.[64] Er wollte das Deutsche Reich stark und groß sehen, eine Weltmacht - wie England - und dafür alles in seinen Kräften stehende tun, komme, was da wolle. Sein Urinstinkt nach Macht und die Kombination aus Wille und Vorstellungskraft ließen ihn unternehmerisch zum Milliardär werden. Er verdoppelte z.B.in 9 Jahren seiner Senatsangehörigkeit von Dezember 1901 bis 1910 die Geschäfte seines Welthauses.[65]

Über Possehl und seine Verbindung zu den Völkischen gibt es einiges an Forschung, befördert auch von der Possehl-Stiftung. Erste Annäherungen hat hier Dirk Stegmann mit seinem Aufsatz[66] *„Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918*" geleistet. Darauf aufbauend ergibt sich Stück für Stück ein - sicher ergänzungsbedürftiges - Mosaik, das helfen soll, die Mythen der Nachkriegszeit in Lübeck etwas aufzuhellen:

Vom *Roten Lübeck* der 1920er Jahre, vom *plötzlich und unerwarteten Einbruch des Nationalsozialismus* ins Lübeck der 1933er Jahre, vom *Lübeck als der Stadt des frühen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus,* von *der Hanse ohne die nationalsozialistischen Tagungen Alfred Rosenbergs in der Possehl-Villa in Travemünde* und schließlich vom Fokus auf

---

61 Eine gute Grundlage bildet die Arbeit von Fast, die auf die internationalen wirtschaftlichen Aktivitäten Possehls tiefer eingeht.

62 Curtius, 183 f.

63 Curtius, 199

64 Curtius, 186

65 Curtius, 185

66 https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_24/Demokratische_Geschichte_Band_24_Essay_2_Stegmann.pdf

Julius Leber als der Widerstandskämpfer in seiner Berliner Zeit. Lebers beispielhafter und mutiger Aufstand gegen den frühen völkischen Nationalismus Neumanns und seines Kreises in Lübeck in den 1920er Jahren gerät dabei aus dem Blick.

2. EMIL POSSEHL - EIN VÖLKISCHER HERRENMENSCH

Possehl (1850-1919)[67] war ein Lübecker Milliardär.[68] Die Meinung anderer über seine autoritäre Persönlichkeit, Charakter, Vorgehensweise und politische Einstellung war ihm „wurscht“.[69] Er war ein völkischer Herrenmensch.[70] Dieser Umstand ist wohl unumstritten. Zum Beleg sei hier zunächst nur auf die Spende von 50.000 Mark zum Ankauf und Aufbau des streng

Possehl als Bonner Husar

67 Er wohnte in der Winterwohnung, Lübeck, Musterbahn 19 und in der Sommerwohnung, Travemünde, Kaiserallee 6, Adressbuch

68 Umrechnungskurs: 1 Mark 1900 : entspräche heute 6,70 € (https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutsche_W%C3%A4hrungsgeschichte#Mark_(1871%E2%80%931923). Nach Kreuzfeld, S.137 f. hatte die Firma vor dem 1.Weltkrieg einen jährlichen Umsatz von 68 Mio. Mark, d.h. nach heutiger Währung etwa 500 Mio €. Die Hochrechnung auf 1 Milliarde € geht von einer Schätzung des Privat + Betriebsvermögen Possehls Anfang des 20. Jahrhunderts aus. Grundlage ist eine Umsatzrendite von mindestens 20%, das ist in 10 Jahren ein Gewinn von 1 Mrd.€. Vgl. zur Umsatzrendite der preußischen Staatsgruben in der Saarregion, https://bit.ly/3mW9TyN

69 Curtius spricht von einer beneidenswerten „Wurschtigkeit“, 195

70 Goette; Stegmann, Radikalisierung, 47

antisemitischen, völkischen Kampfblattes der Hugenbergpresse und des AV, der *Deutschen Zeitung,*[71] hingewiesen. Senator Neumann brachte 1916 ebenfalls 50.000 Mark ein.[72]

Dieses völkische Kampfblatt des „Radau-Journalismus“,[73] wie die Hugenberg-Presse von der konkurrierenden *Kreuzzeitung* genannt wurde, hatte übrigens 1918 eine über diese altpreußische, erzkonservative und nationalistische *Kreuzzeitung*[74] hinausgehende Auflage von insgesamt 37.000 Exemplaren.[75] Sie erschien mehrmals täglich, einmal am Sonntagmorgen, und war ebenso wie die Mitgliederzeitung des AV, die *Alldeutschen Blätter*,[76] ein Propagandablatt, um die einschlägigen Netzwerke im Sinne der Ideologie des AV zu mobilisieren.

Possehl war zu seiner Zeit der reichste und wohl politisch dominante Lübecker Bürger - auch durch sein Wirken in Bürgerschaft (1891), Senat (seit 1901), in der Handelskammer und in den bekannten reichsweit tätigen deutsch-völkischen Vereinen und Verbänden. Er war Mitglied des

---

71 Diese Zeitung, die 1917 für ca. 1,9 Mio. Mark von Hugenberg-Claß übernommen worden ist, baute Claß mit dem Versprechen aus, es werde „zum geistigen und völkischen Mittelpunkt aller nationalen Kreise unseres Volkes“, vgl. zur Gründung und politischen und wirtschaftlichen Werdegang, Leicht, 229 f.; Lemo: Februar 1917: Ein Konsortium unter der Führung von Claß übernimmt die "Deutsche Zeitung". Er kontrolliert als Aufsichtsratsvorsitzender und Herausgeber deren Berichterstattung, die mit brachialer antisemitischer Rhetorik Juden die Schuld an den von ihm abgelehnten innenpolitischen Demokratisierungsprozessen und der militärischen Erfolglosigkeit gibt.

72 http://michaelbouteiller.de/praefaschismus-in-luebeck; Leicht, 231

73 „Radau-Journalsmus“ nannte die Neue Kreuzzeitung die Hugenberg-Presse https://de.m.wikipedia.org/wiki/Neue_Preu%C3%9Fische_Zeitung_(Kreuzzeitung)

74 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Neue_Preu%C3%9Fische_Zeitung_(Kreuzzeitung) ; ihre Auflage lag bei 7.200 Exemplaren. Ihre Haltung richtete sich gegen die Weimarer Republik, aber auch gegen eine Diktatur.

75 Zur Bedeutung der *Deutschen Zeitung* als ideologisches Kampfinstrument des AV und der Vaterlandspartei, vgl. Dirk Stegmann, Die „Deutsche Zeitung“, 1917-1918, Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreichs, in: Kasseler Personalschriften Band 7, hrsg. von Dagmar Bussiek, Simona Göbel, Kultur, Politik und Öffentlichkeit, Festschrift für Jens Flemming, Kassel 2009, 266-288, (978-3-89958-688-6.volltext.frei, PDF Dokument), die Auflage der Deutschen Zeitung betrug 1918 37.000 Exemplare und hatte damit die Auflage u.a. der „Kreuzzeitung“ weit überflügelt. Sie erschien werktags zweimal, morgens und abends und einmal am Sonntagmorgen (273)

76 https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/antisemitismus/

AV,[77] bzw. dessen Gründungsmitglied.[78] In den Vorkriegsjahren eng[79] mit Justizrat Claß verbunden, glaubte er wie Claß und der 15 Jahre jüngere Neumann an den „volklich höheren Rang der germanischen Völker und an ihre Berufung zu ordnen und zu führen."[80] Er war der Prototyp des patriarchalisch-autoritären Unternehmers ebenso wie die mit ihm gut bekannten Alfred Hugenberg (Krupp-Konzern) und Emil Kirdorf (Rheinisch-Westfälisches-Kohlensynikat), beide ebenfalls mit großem Einfluß im AV.

Anlässlich einer Ansprache bei der Einweihung der Possehl-Büste von Otto Mantzel im Possehl-Haus in Travemünde erzählt der Arzt Helmut Dennig[81] von seinen Eindrücken aus mehrfachen Besuchen und Ferienaufenthalten im Hause seines Onkels Emil Possehl als Kind und Jugendlicher 1912 und 1916. Er habe seinen Onkel als leidenschaftlichen Menschen erfahren, der das Risiko nicht scheute. So sei er nach dem Dienst bei den Bonner Husaren, im erfolgreichen 70er Krieg als Rittmeister[82] zurückgekehrt und als erster hoch zu Ross „durchs Holstentor gesprengt", was damals verboten gewesen sei.

Ein wichtiger Teil seines immensen kaufmännischen und industriellen, weltumspannenden Erfolges beruhe auf Menschenkenntnis, mit der er sich hervorragende Mitarbeiter herausgesucht und herangezogen habe. Die Hauptsache sei aber gewesen, dass er selber die Fäden seines Werkes immer in der Hand behalten habe. „In jeder Ecke" habe man seinen „tatkräftigen und klaren Willen" verspürt.[83] 1916 habe er, Dennig, den Urlaub als Kriegsverwundeter im Hause Possehl verbracht.

---

77 Seit 1911, so Axel Schildt, in Gut & Schön, Die Possehl Stiftung Lübeck, 12

78 So Kruck, 68 („Mitbegründer"); auch Fast, 125: Gründungsmitglied zusammen mit Lange und in der Darstellung von Emil Possehl bei Wikipedia:https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl, 16.10.2019

79 Fast, 129,130 berichtet von einem Gespräch mit Claß im Schabbelhaus Lübeck 1904, um das Possehl gebeten habe, um den damals stellvertretenden Vorsitzenden des AV, Claß, für seine Idee des wirtschaftlichen Generalstabes zu gewinnen."Der zähe Hanseat ließ nicht locker; er schäumte vor Wut über die Berliner Bürokraten, aber er trieb seine Sache voran, und im April 1914 erhielt er einen gnädigen Bescheid Delbrücks, dass er einen engen Kreis einberufen habe, zu dessen Aussprache er Possehl einlud," schreibe Claß in seinen Erinnerungen.

80 Nachweis bei Stegmann Radikalisierung, 47

81 Dennig, 134; anders Fast, 35: Seconde-Lieutenand am Kriegsende und erst später im Hanseatischen Landwehrregiment Nr.76 zum Rittmeister hochgedient.

82 Dienstrang der Kavallerie, bei den Fußtruppen: Hauptmann

83 Dennig, 134

Possehl hatte das furchtbarste Erlebnis seines Lebens gerade hinter sich, Anklage und die rund einjährige[84] Untersuchungshaft (wohl wegen Verdunklungsgefahr im Untersuchungsgefängnis in Hamburg[85]) wegen Landesverrats vor dem Reichsgericht in Leipzig.[86] Er sei zwar frei- und schuldlos gesprochen worden. Aber dass er, der Patriot, der „Überpatriot“, überhaupt verdächtigt habe werden können, das habe ihn schwer angegriffen.

Man habe damals über Geld gesprochen. Was er - Possehl - denn davon habe? Etwa Gutes zu tun? Nein, was das Geld ihm biete, sei etwas anderes, nämlich Macht. Die Macht, Gutes oder auch Böses zu tun, nach rein eigener Willkür. Genau das habe seinen Onkel Emil Possehl ausgemacht: eine „machtvolle Persönlichkeit“ aus „Machthunger“. Machthunger sei sein eigentlicher innerer Antrieb gewesen, sein „Urinstinkt“.[87] Dennigs Charakterisierung seines Onkels, dessen leidenschaftlicher Machthunger gepaart mit Risikofreude, erklärt die rastlosen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten des umtriebigen Lübecker Milliardärs. Des „Überpatrioten“!

Nachdem der Gesamtverband des AV 1911 in Lübeck getagt hatte, verfasste Possehl 1912 im Auftrag des AV eine Denkschrift an das Reichsamt des Inneren, in der ein wirtschaftlicher Generalstab zur Sicherstellung der Versorgung des Deutschen Reiches im vom AV erwünschten und erwarteten „großen Krieg“ vorgeschlagen wurde.[88] Possehl und Neumann waren auch Gründungsmitglieder des 1912 in Berlin auf Anstoß des AV gegründeten Deutschen Wehrvereins. Aus Anlass der Niederlage des Deutschen Reiches in der Zweiten Marokkokrise 1911 setzte sich der Wehrverein für die unverzügliche Aufrüs-tung der kaiserlichen Armee ein, ganz im Sinne der geschäftlichen Interessen Possehls im Erz- und Stahlhandel.

---

84 Fast, 172

85 Fast, 169

86 Ihm war vorgeworfen worden auch noch nach Kriegsausbruch, aus zwei russischen Werken, die Hufnägel und Sensen produzierten, die russische Regierung zu beliefern, vgl. Kreutzfeldt, 48, Anm.146; Fast, 166-177, mit weiteren Nachweisen und Schilderung der Zusammen-hänge. Den Tatverdacht habe ein *Fagersta*-Mitarbeiter geweckt, mit der Behauptung Possehl habe nach Kriegsausbruch von diesem schwedischen Stahlwerk, dessen Hauptaktionär Possehl gewesen sei, Stahl an die japanische Rüstungsindustrie geliefert (167).

87 Dennig, 135

88 Stegmann Radikalisierung, 48 f.

Gleich nach seiner Gründung begann der Verein mit seiner regen publizistischen Arbeit. Das Vorstandsmitglied des Wehrvereins, Generalleutnant Alfred Wrochem, äußerte im März 1913 auf einer Sitzung des Alldeutschen Verbandes über die Aufgabe des Wehrvereins:

> *„Ein vorwärtsstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg. Dieses Erkennen zu wecken, sei der Wehrverein berufen.“*[89]

Die Kriegsziele des Wehrvereins und des AV unterstützte Possehl nicht nur aus Profitinteresse. An Curtius schreibt er 1912, voll Unzufriedenheit mit dem strategischen Kleinmut der Reichsregierung und der bürokratischen Verzettelung in seinem Heimatstaat:

> *„Im übrigen bin ich so unzufrieden wie Du. Es scheint als wenn wir in Deutschland durch ein großes Blutbad gehen müssen, um wieder gesunde Verhältnisse und gesunde menschliche Anschauungen zu bekommen, wie sie die Folge der Erziehung des preußischen Volkes von 1807 - 1815 waren.“ - „Politisch sehe ich die Lage düster an. In England allgemeine Meinung (täglich an den großen englischen Börsen), Germaniam esse delendam ´*[90]*(Deutschland muss zerstört werden, MB)‘. Es wird terrible. Sei es nun jetzt oder in einigen Jahren, wir sind nicht in dem Verhältnis gerüstet wie anno 70 und wirtschaftlich nicht organisiert und deshalb nicht stark und das trifft das Leben unseres Volkes.“*[91]

Als Angehöriger der germanischen Herrenrasse, wie er sich selbst sah, lag Emil Possehl die Reinhaltung der germanischen Rasse am Herzen, d.h. er war Antisemit,[92] sicherlich nicht von eliminatorischer Art, wie das bei Claß, Hugenberg und Wilhelm II. 1919[93] der Fall war. Dazu war er zu sehr der klug kalkulierende Kaufmann. Sein „patriotischer Antisemitis-mus“ deckt sich

---

89 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Wehrverein

90 s.dazu https://www.geocities.ws/dikigoros2/germaniaesse.htm

91 Curtius, 199

92 vgl. auch Goette unter Hinweis auf den Vortrag von Stegmann, Possehl. Nationalist und Mäzen

93 Siehe auch Nachweise bei Stern,, S.102.; Wilhelm II. benutzte 1919 ähnliche Worte wie Lagarde (s.o)zur Beschreibung der Juden in seinem Brief an Generalfeldmarschall Mackensen und als er im Sommer 1929 vorschlug, sie mit Gas zu vernichten (John C.G. Röhl, Zeitläufte: Das Beste wäre Gas!: in Zeit online, 25.11,1994, zeit.de). Der Antisemitismus des Kaisers war offenbar auf den Einfluss des besessenen Judenhassers und Ersatzvaters Wilhelms, des Generals Graf Waldersee zu- rückzuführen (so Röhl a.a.O.), an dessen Namen in Lübeck übrigens eine Straße erinnert.

indes mit den Aktivitäten und expliziten Zielsetzungen in den genannten völkischen Vereinen und der *Deutschen Zeitung*, die wegen ihrer rassistischen Radikalität berüchtigt war. [94]

Da ändert die Benennung des Vorstandsmitgliedes des Hochofenwerkes Lübeck-Herrenwyk und Juden Dr. Moritz Neumark 1905 als „Gegenbeweis“ nichts. Neumark unterstützte übrigens Bürgermeister Neumann parteipolitisch. Nach dessen Sturz 1926 wurde er für die nationalistische Sammlungsbewegung *Hanseatischer Volksbund* in der Bürgerschaft Abgeordneter.[95]

Das Hochofenwerk mit Anbindung an die Ostsee, das aus Geschäftsinteresse Possehls im von ihm dominierten Industrieverein angeschoben und mitfinanziert worden ist,[96] brauchte einen exzellenten Fachmann, das war Moritz Neumark. Das Werk war hochmodern und komplex. Ebenso wie die Idee, Kohle zum Stahl zu bringen und nicht umgekehrt, in der Realisierung an der norddeutschen Küste (mit Ausnahme von Stettin) einzigartig war.
Es stand mit dem Einsatz der von Possehl gelieferten hochwertigen Schweden-Erze in erbitterter Konkurrenz zu den minderwertigen Minette-Erzen, die die Ruhr- und Saarbarone nutzten.[97] Da durfte nichts schiefgehen. Jude hin oder her. Von primitivem Rassismus hielt Possehl demnach nichts und vom öffentlich darüber Reden selbstver-ständlich noch weniger.

---

94 Lemo

95 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund

96 Dazu Kreutzfeld, Bernd, Der Lübecker Industrie-Verein, Eine Selbsthilfeeinrichtung Lübeckischer Bürger 1889-1914, Lübeck 1969 S.137f. mit Hinweis auf das in Stettin bereits 1896 gebaute Eisenwerk “Kraft“

97 Vgl. auch Possehl an Curtius, Curtius, 204; zur politischen Lage der Minette-Produktion und Kohle- und Stahlindustrie 1917/18 vgl. Pomiluek, 135

3. POSSEHLS WIRTSCHAFTLICHE DOMINANZ

Zur Einschätzung seiner unternehmerischen Persönlichkeit sei hier die Darstellung von Bernd Kreutzfeldt zitiert:

> *„Als Reserveoffizier nach Lübeck zurückgekehrt, fiel es ihm zunächst offenbar sehr schwer, wieder in das Kaufmanns Leben zurück zu finden. Im Jahre 1873 (1.Mai,MB)[98]übernahm er dann gemeinsam mit seinem Bruder Adolf die Leitung der väterlichen Firma. Nach Adolfs Ausscheiden im Jahre 1898 blieb Emil Possehl alleiniger Inhaber. Wenn er sich in der Folgezeit allmählich auch immer mehr dem Handel mit schwedischen Eisen und Stahl zuwandte, gab er doch das solide Lübecker Platzgeschäft nicht auf.*
>
> *Mit großem Geschick, insbesondere durch den Aufbau eines breit angelegten Vertreter Netzes wurde nun die Abteilung Eisen und Stahl ausgebaut. Auch die Versuche Possehls, Einfluss auf die Schwerindustrie Schwedens zu nehmen, blieben nicht ohne Erfolg. Er kaufte dort eine Reihe kleinerer und mittlere Hütten - und Stahlwerke. Die Umsätze der Abteilung Eisen und Stahl erreichten in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg schließlich die beachtliche Summe von 68 Mio. Mark jährlich.*
>
> *Mit der steigenden Erznachfrage in Deutschland erkannte Possehl seine Chance, als Mittler zwischen den aufstrebende Industrie des Ruhe - und Siegerlandgebietes und den Eisenerzfeldern Schwedens und schaltete sich demgemäß auch in den schwedischen Erzhandel ein. Dieser Geschäftszweig erlangte in seiner Firma schließlich eine beherrschende Stellung. 1895 gelang es ihm, das alleinige Recht für die Belieferung des europäischen Kontinents (außer Frankreich und Belgien) mit Lappländischen Erzen zu erlangen, wobei er sich verpflichtet, jährlich bestimmte Mindestmengen zu verkaufen.*
>
> *Hierdurch erst dürfte die Erschließung der Erzvorkommen in Lappland letztlich ermöglicht worden sein. Possehl erwarb auch selbst Anteile an diesen Gruben und kaufte eine Anzahl weiterer schwedischer und norwegischer Erzminen dazu. Auch die Kalksteinbrüche der Insel Furillen gingen in sein Eigentum über. Den Transport der Erze übernahm die Firma in eigene Regie, und bis zum Jahre 1914 war die Flotte auf 25 Frachter angewachsen. Possehl schaltete er sich jedoch auch in die Erzverarbeitung in Deutschland ein. ...Er beteiligte sich an Metallhütten in Bochum und Magdeburg. - Schon 1884 übernahm die Firma ferner eine Hufnagelfabrik in Wilejka bei Wilna, der eine Abteilung zur Herstellung von Sensen angegliedert wurde.*
>
> *Nachdem eine weitere Hufnagelfabrik in St. Petersburg dazu erworben worden war, besaß Possehl schließlich das Monopol der Hufnagelproduktion in Russland. - Nach Keibel war das Possehl'sche Unternehmen zu Beginn des ersten Weltkrieges „alleine in seiner*

98 Curtius, 183

> *Handelsabteilung wahrscheinlich das größte deutsche Einfuhrhaus in der Hand eines einzigen Kaufmanns". Auch die Tatsache, dass Possehl viele Jahre im Aufsichtsrat der Deutschen Bank angehörte, unterstreicht, welche Stellung er sich im deutschen Wirtschaftsleben schließlich erworben hatte."*

Die bedeutende Rolle der Rheinisch-Westfälischen Montanindustrie und des Erz- und Stahlhandels der Firma L. Possehl & Co., Lübeck und Stockholm, Abt. Erze, für die Industrie- und Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches, erschließt sich auch aus Klaus-Dieter Walter Pomilueks Arbeit über den einflussreichen Montanindustrie-Manager Wilhelm Beukenberg (DVP) (1858-1923).[99] Dort wird am Beispiel Beukenbergs unter anderem die politische Rolle dieser Vertreter der Schwerindustrie, einschließlich deren finanzieller, verdeckter Förderung der nationalistischen Vereine und der Presseorgane beschrieben.[100]

Die Montanindustrie war seinerzeit das Herzstück des militärisch-industriellen-Komplexes des Deutschen Reiches. Emil Possehl hatte sich mit seinem Welthaus[101] in diesem Beziehungs-Netzwerk strategisch optimal platziert. 1912 stand er 20 Betrieben vor und war - nach eigener Einschätzung - der „stärkste" und „tatkräftigste" private Unternehmer in den drei Hansestädten.[102] Hinzu kam - wie dargestellt - sein großer Einfluss auf die Logistikbranche, sein beharrliches Werben für die großen Verkehrsinfrastrukturprojekte im Norden des Deutschen Reiches, um das Deutsche Reich, aber auch um sein „Welthaus" selbst zu globalisieren.

Dazu zählten der Elbe-Lübeck (Trave)-Kanal, den er am 16.6.1900 mit einweihte, der Kaiser-Wilhelm-Kanal, weitgespannte Bahnprojekte in Schweden und Russland und die Fehmarn-Sund-Verbindung: die Vogelfluglinie.[103] Der Aufbau seiner Frachtschifffflotte sei hier nochmals erwähnt. Er setzte Himmel und Hölle für seine Projekte in Bewegung. Possehl war mit seinen globalen geostrategischen Visionen ununterbrochen auf Geschäfts- und Werbetouren in

---

99 Pomiluek

100 Pomiluek, 292-310

101 Curtius, 183

102 Curtius, 196

103 Curtius, 206

Hamburg, Bremen, Düsseldorf, London, Berlin, Stockholm, Kopenhagen, St.Petersburg. Er suchte überall ihm nützlich erscheinende Entscheidungs-träger auf, die „Captains of industry“, wie er sie nannte.[104]

So beim Besuch des Kaisers in Lübeck 1913. Der Kaiser war mit ihm befreundet.[105] Er traf sich mit industriellen und politischen Entscheidern. In Berlin frühstückte er mit dem bekannten und immer wohl informierten Publizisten Maximilian Harden (1861-1926). Possehl lud ihn nach dem anregenden Gespräch auf vier Wochen zu sich nach Hause ein.

Hotel Bristol, Berlin, Unter den Linden

Den Grafen Waldersee begleitete er ins Preußische Herrenhaus. Ende April 1894 wurde dort über den Elbe-Trave-Kanal entschieden. Anschließend feierte er die erfolgreiche Entscheidung zum Ausbau bei einem „opulenten Mahl“ mit Geschäftsfreunden im Luxus- Hotel Bristol, Unter den Linden.[106]

Sein energisches Wirken in Handelskammer, Bürgerschaft (1891) und Senat (1901) galt vor allem den wirtschafts- und verkehrspolitischen Interessen Lübecks. Er war Mitgründer des lokalen Industrievereins,[107] und - wie erwähnt - tatkräftiger Befürworter des 1900 fertiggestellten Elbe-Trave-Kanals und Vorkämpfer der erst 1963 verwirklichten Vogelfluglinie.[108]

---

104 Curtius, 185

105 Curtius, 202; Fast, 173

106 Curtius, 188

107 Kreutzfeldt, 137f.

108 Curtius, 208

Schon zu Lebzeiten machte sich Possehl als Stifter verdient. Er beschenkte Lübeck mit Millionenwerten,[109] u.a. das Stadttheater-Grundstück an der Beckergrube.[110] Auf Anregung seines Anwalts Ernst Wittern engagierte Possehl 1903 den belgischen Architekten Henry van de Velde für den Umbau seines Sommerhauses an der Travemünder Strandprome-nade. [111] Im *Lübecker Volksboten* vom 5.2.1919 heißt es in einem Nachruf: [112]

"Sein großer Reichtum gestattete Emil Possehl für gemeinnützige Zwecke erhebliche Summen zu stiften. So setzte er für die Errichtung eines Kaiser-Wilhelm-Volkshauses (Holstentor-Halle, MB)[113], für die Schaffung eines Hallenschwimmbades,[114] für kriegsbeschädigte Angehörige des Regiments Lübeck Millionen aus."

4. POSSEHL UND NEUMANN

Da sonstige (etwa schriftliche) verwertbare Zeugnisse der engen Kooperation Possehls mit Neumann bisher fehlen, bieten sich Indizien an, etwa die beiderseitigen Mitgliedschaften und Aktivitäten in Bürgerschaft und Senat. Für diesen Staatsdienst (1901-1919) „opferte" Possehl zwei Tage in der Woche, das sind 100 Tage im Jahr.[115] Zeit genug also für intensive Begegnungen mit seinem Senatskollegen Neumann (1904-1926).

---

109 Curtius, 198; LVB 5.2.1919, Nachruf

110 500.000 Mark (Curtius, S.193)

111 Wittern versuchte angeblich auch, van de Velde in den Architekturwettbewerb für den Neubau des Stadttheaters mit einzubeziehen, der allerdings von Martin Dülfer gewonnen wurde. 1905 hatten sich van de Velde und Possehl wegen der von Possehl vorgenommenen Veränderungen des Sommerhauses zerstritten. Zwei getäfelte, teilmöblierte Kabinette aus dessen Einrichtung befinden sich heute im Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl, 12.3.2021

112 Nachruf im Volksboten v. 5.2.1919

113 Curtius, 192

114 1.000.000 Mark, Curtius, 193

115 Curtius, 198

Hinzu kommen Begegnungen im AV, im Wehrverein, Aktivitäten im Lübecker Kulturleben, im Bereich der Landeskirche und bei sonstigen Gelegenheiten des Stadtgeschehens, die die These belegen könnten, der 15 Jahre jüngere Neumann sei frühzeitig in die Rolle des politischen Arms des in Lübeck wirtschaftlich und politisch so mächtigen Mannes hineingewachsen.

Possehl wiederum, der für sein Geschick bei der Auswahl seiner Mitarbeiter bekannt war,[116] erkannte wohl früh - ebenso wie Heinrich Claß - die Eignung und das Führungspotential des ehrgeizigen Lübecker Aktivisten. Aufzeichnungen des einen oder anderen dazu gibt es (bisher) nicht. Das ist kein Wunder.

Das Bekanntwerden, mit dem immer gerechnet werden musste, fiel einem vor die Füße.[117] Das hatten beide so gelernt. Possehl etwa aus den politischen Folgen seiner Äußerungen zum wirtschaftlichen Generalstab.[118] Neumann per se als Teil der politischen Grammatik, die er beherrschte.

Andererseits liegen für die These der Kooperation und wechselseitigen Abhängigkeit beider - auch ohne schriftliche Quellen - hinreichend Indizien vor. Schon nach der allgemeinen Lebenserfahrung bestand zu Lebzeiten Possehls ein offenkundiges Abhängigkeitsverhältnis des vor Ort dominanten Milliardärs und des umtriebigen Senators. Beider Interessen im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung des übersichtlichen Gemeinwesens waren identisch.

Possehl kam die Hilfe zur Durchsetzung seiner weitgreifenden wirtschaftlichen und geopolitischen Vorstellungen der sowohl in Lübeck als auch in Berlin im AV gut vernetzte Neumann gerade recht. Der viel beschäftigte Possehl, der sich immer wieder darüber beklagte, dass er unter Last seiner beruflichen Aufgaben keine Zeit für andere Aktivitäten finde[119], konnte über den Lübecker politischen Aktivisten mit den identischen Zielen und dem ebenfalls autoritären Charakter froh sein.

---

116 Dennig, 134

117 Fast, 129, vermutet, dass Possehl wegen seiner im nordwestdeutschen Raum hervorgehobenen Stellung eine gewisse Distanz zu den Ideologen gehalten habe.

118 zur Frage der öffentlichen Wirkung seiner Äußerungen in der Frage eines wirtschaftlichen Generalstabs, Curtius, 201

119 Curtius, 197

Beide sind im übrigen in Lübeck geborene Söhne aus dem gehobenen Lübecker Bürgertum, hatten dort gemeinsame Orte der Begegnung. Neumann wuchs gewissermaßen in der von Ludwig und Emil Possehl mitgeprägten Lebenswelt der überschaubaren Lübecker Stadtrepublik auf. Jedenfalls waren beider Zielsetzungen - soweit ersichtlich - im Bereich von Wirtschaft und Politik, bei aller Unterschiedlichkeit der persönlichen jeweiligen beruflichen Interessen, deckungsgleich.

Das gilt sowohl für die zugrundeliegende Geisteshaltung als auch für die Aktivitäten in den einschlägigen patriotisch ausgerichteten Vereinigungen und auf medialer Ebene: dem AV, Wehrverein und der Hugenbergpresse, des *Lübecker Generalanzeigers* und der *Lübeckischen Blätter*.

Die enge Verbindung beider zu dem langjährigen Vorsitzenden des AV, Heinrich Claß und zu einem der Mitbegründer des AV, Alfred Hugenberg, zur Industrieelite des Rheinlandes und Westfalens (Hugo Stinnes, Emil Kirdorf) und ihre spätere Unterstützung beim Ankauf und Aufbau des antisemitischen Hetzblattes, *Deutsche Zeitung*, sowie die hervorgehobene Position Neumanns als Vorsitzender des Scherl-Verlages und beider Nähe zu *Lübecker Generalanzeiger* und *Lübeckischen Blättern* belegen und unterstreichen das Einvernehmen.

An keiner Stelle jedenfalls gibt es Hinweise auf eine - wie auch immer geartete - Distanzierung des einen oder des anderen zu der auf die „Deutsche Weltmacht“, unter Einschluss von Vertreibung und Völkermord, ausgerichteten Kriegsziele in der 1914 reichsweit bekannten und im AV beschlossenen Denkschrift von Heinrich Claß.[120]

Dabei lag der Völkermord des Kaiserreiches an den Herero und Nama 1914 in Westafrika gerade einmal 10 Jahre zurück.[121] Der für seine Grausamkeit gegen Eingeborene in Ostafrika bekannte Kolonialpolitiker Carl Peters gehörte denn auch zu den ideologisch maßgeblichen Gründungsmitgliedern des AV (1891).

Auch der türkische Völkermord an den Armeniern war 1915 im Kaiserreich in aller Munde. Das im Krieg befindliche Kaiserreich sah bei seinem Verbündeten, dem Osmanische Reich, darüber

---

120 Leicht, 180

121 https://de.m.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkermord_an_den_Herero_und_Nama, 2.4.2021

hinweg.[122] Ebensowenig reagierten Neumann und Possehl auf die 1915 beginnende Vertreibung der Griechen von der Westküste Kleinasiens, der sogenannten Griechen-Katastrophe.[123] Man mag einwenden, diese humanitären Katastrophen hätten im öffentlichen Bewußtsein des Kaiserreiches keine Rolle gespielt. Gegen eine derartige Absenkung des moralischen Standards steht indes die hohe moralische Einschätzung[124] der beiden *Lübecker Weltbürger*, die aktiv und auf hoher Ebene in die Politik des Deutschen Reiches eingebunden waren.

Kein Wort der Distanzierung - etwa auch nur von derartigen Vertreibungszielen, die sie als Mitglieder des AV 1914 in der Denkschrift zu den Kriegszielen gerade selbst beschlossen hatten. Von Emil Possehl wissen wir, dass er sich für moralisch absolut integer hielt.

An seinen Freund Curtius schreibt er:

> *„Wenn Leute hier über meine Person häufig in unliebsame Weise reden, so kann ich nur sagen, fachlich können Sie mir nichts anhängen. Meine Handlungen vertrete ich gegen jedermann, auch als Senator. Ich wüsste nicht, was man mir da vorzuwerfen hätte. Mein Leben ist einwandfrei und vielleicht mehr als bei manchem anderen! Einzwängen in antiquierte Anschauungen lasse ich mich nicht. Dazu ist meine Stellung eine viel zu unabhängige und auch eine viel zu angesehene, weit über die Mauern dieser Stadt hinaus. Wenn man der Chef eines Hauses ist, das unbestritten das stärkste und tatkräftigste heute in den drei Hansestädten - ich lasse die großen Aktien Gesellschaft beiseite- und dies aus eigener Kraft geworden ist, so hat man ein Recht, das zu sagen. Für unsere Stadt ist es eine Ehre und ein großer Vorteil, dieses Haus in seinen Mauern zu haben!“*[125]

Beide Männer stimmten - anders als der Bremer Milliardär (Kaffee-Haag) und Stifter Ludwig Roselius (1874-1943)[126] - fraglos überein auch in der Abneigung gegenüber der Arbeiterbewegung[127] und insbesondere gegenüber der Sozialdemokratie.[128] Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie im AV war eines der sinnfälligen Symbole für die erschreckende Kompromisslosigkeit der gesamten bürgerlichen Elite gegenüber der organisierten

---

122 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Völkermord_an_den_Armeniern, 4.4.2019

123 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Griechenverfolgungen_im_Osmanischen_Reich_1914%E2%80%931923,2.4.2021

124 Zu Neumann vgl. Düesberg, 12

125 Curtius, 195,196

126 Wollenberg, Von den Ideen, http://michaelbouteiller.de/bzg_2020_04_wollenberg_volksgemeinschaft-seite-3-66

127 Curtius lässt diese Einstellung zur Arbeiterschaft bei Possehl offen: 196

128 Für Possehl: Volksbote 5.2.1919, http://library.fes.de/luebeck/pdf/1919/1919-030.pdf

Arbeiterbewegung unter den Mitglieds-organisationen des AV im Reich und vor Ort in der Johannisstraße 46-48 (Gewerkschaftshaus mit Redaktionsräumen des *Lübecker Volksboten*).

Der darin zum Ausdruck kommende, sich in der Weimarer Zeit verschärfende, tiefe, ins 19. Jahrhundert reichende Graben in der deutschen Gesellschaft, hatte noch erhebliche Folgen für die Verhärtung von Staat und Gesellschaft bis in die Nachkriegszeit der BRD. Erst 1966, in der Großen Koalition zwischen CDU und SPD, den damaligen Frontorganisationen von Kapital und Arbeit, begann sich das Verhältnis von bürgerlicher Elite und Arbeiterwelt langsam in nach vorn gerichteten Kompromissen zu verflüssigen.

Man mag trotz der Vorarbeiten von Dirk Stegmann einwenden, dass für derartig zugespitzte Thesen einer Interessenidentität und eines Abhängigkeitsverhältnisses beider Persönlichkeiten, des Bürgermeisters und seines ersten Wirtschaftsführers voneinander, nähere Belege erforderlich seien. Dass auch insgesamt die Präfaschismus-These über die dargelegten Indizien hinaus, zeitlich nach hinten (vor 1921) und nach vorne (1921 bis 1933), intensiver bearbeitet werden müsse. Das ist richtig.

Notwendig wird es auch sein, die beteiligten Personenkreise der bürgerlichen Lübecker Elite und der Arbeiterbewegung genauer durch Archivmaterial und Familiengeschichte auf die genannte Fragestellungen des *Präfaschismus* und der Ideenwelt der *Konservativen Revolution* hin zu erschließen. Ein profunder Ansatz findet sich allerdings in dem hier immer wieder zitierten, einschlägigen Aufsatz des Fritz Fischer Schülers, Dirk Stegmann. Gleichwohl bleibt die eingehendere historische Untersuchung ein bisher unerledigter Auftrag an die Stadtgeschichte, der indes gerade in dankenswerter Weise angegangen wird.

IV. BÜRGERMEISTER NEUMANN UND DAS VÖLKISCHE NETZWERK

1. NEUMANNS POLITISCHE DOMINANZ

Der 1865 in Lübeck geborene Dr. Johann Andreas Martin Neumann[129] besuchte das Katharineum und studierte in Freiburg, Leipzig und Kiel Rechtswissenschaften und Nationalökonomie. 1889 wurde er, zurück in Lübeck, Referendar, nach drei Jahren Assessor und ein Jahr später Richter am Landgericht. 1899 wählte man ihn in die Bürgerschaft und 1904 zum Senator. 1921 wurde er, als Parteiloser, Nachfolger von Bürgermeister Emil Ferdinand Fehling, der am 31.12.1920 ausschied.[130]

Neumann war im Kleinstaat Lübeck mit damals ca. 50.000 Einwohnern (1867) aufgewachsen. Jeder kannte jeden. Das galt besonders für die 100 ha große Altstadtinsel mit ihren engen Gassen, die „Großvaterstadt“ Ludwig Ewers,[131] auf die sich die Einwohnerentwicklung bis zur Aufhebung der Torsperre, 1864, beschränken musste.[132] Dessen Freund, Heinrich Mann, hat sie im Roman „*Der Untertan*“ geistreich und präzise sozialpsychologisch analysiert.[133] Dort wurde

129 Johann Andreas Martin Neumann, https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann, 16.10.2019; Adresse: Ratzeburger Allee 8a, Adressbuch 1918 ; Grassmann, 692;

130 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Ferdinand_Fehling; eine mit Neumann gleichgerichtete politische Haltung des Vorgängers im Bürgermeisteramt, Fehling, bringt das Zitat aus 1917 auf den Punkt: „Nicht von ungefähr plädierte bereits am 3. Januar 1917 der Lübecker Bürgermeister Ferdinand Fehling anlässlich der Übernahme seines neuen Amtes in seiner Ansprache an den Senat öffentlich pointiert für einen „deutschen Frieden“: Stegmann Radikalisierung

131 So der bekannte Roman von Ludwig Ewers, Die Großvaterstadt, Lübeck 1926, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Ewers

132 https://de.m.wikipedia.org/wiki/St%C3%A4dtebauliche_Entwicklung_L%C3%BCbecks_seit_1864

133 Heinrich Mann, Der Untertan, 1918, https://www.reclam.de/data/media/978-3-15-011326-4.pdf

Neumann - wie es dem damaligen Erziehungsbild eines Katharineers entsprach -, preußisch-national erzogen, erfolgs- und führungsorientiert, willensstark, ehrgeizig, und absolut loyal nach oben, arrogant und herablassend nach unten.[134] Ein beispielhafter Exponent des preußisch-deutschen und Lübecker Bürgertums des ausgehenden 19. Jahrhunderts.[135] Diese Eigenschaften teilte er mit seinem Vorbild Emil Possehl.[136] Possehl wusste sich indessen auf seine Berufsrolle als Kaufmann und international tätiger Industrieller zu beschränken. Er trat mit seinen politischen Aktivitäten im allgemeinen öffentlich nicht hervor[137], sondern blieb im Hintergrund.[138]

Neumann machte - wie das für die damalige Stadtelite nach dem gewonnen Frankreichkrieg üblich war - aus seiner nationalistischen, antirepublikanischen und antidemokratischen Gesinnung kein Hehl.[139] Frühzeitig hatte er sich dem AV verschrieben. Hier fand der Jurist aus Lübeck Gleichgesinnte, Orientierung, seine politische Heimat, Förderer und politische Gefährten. Er wurde 1901 mit 36 Jahren Vorsitzender der Ortsgruppe Lübeck,[140] richtete mit großem Erfolg „Deutsche Abende“[141] aus und propagierte dort und im Reich die Ziele seines Verbandes.

> *„Ein genaueres Sozialprofil der Lübecker Alldeutschen vermittelt die Selbstangabe der alldeutschen Ortsgruppe für das Kriegs-jahr 1917: Neben Grube als Vorsitzendem amtierte als Schrift-führer der Rat am Stadt- und Landamt, Dr. jur. Storck, als Kassenführer der selbständige Kaufmann Johann Zaeckel. Als Vorstandsmitglieder firmierten zwei Senatoren, Neumann und Cay Diedrich Lienau (1867-1953), Senator seit 1908, dann der Wortführer der Bürgerschaft 1917-1919 und Präses der Handelskammer, Konsul C. F. Dimpker, zwei Ärzte, ein weiterer Oberlehrer, ein Bürovorsteher, ein Pastor, ein Bürgermeister a. D., mehrere höhere Beamte in Verwaltung und Justiz -, am prominentesten war hier der Landgerichtsprä-sident Dr. Richard Oemler, der Nachfolger Hoppenstedts, von 1913-1930 im Amt, zwei Rechtsanwälte,*

134 Mann, Heinrich, Unrat

135 Elias, 22

136 C.2.

137 Das galt nicht in seiner Werbung für einen wirtschaftlichen Generalstab.

138 Stegmann, 49

139 z.B.auf den von ihm moderierten Deutschen Abend.

140 Alldeutsche Blätter 1901,S.60, https://daten.digitale-sammlungen.de/0007/bsb00077486/images/index.html?id=00077486&groesser=&fip=yztswyztsenxdsydsdaseayaxsqrs&no=26&seite=69

141 Ihre Bedeutung schildert Buss, 47

> *ein Buchdruckereibesitzer und ein selbständiger Kaufmann. Einfache Mitglieder blieben die Senatoren Possehl und Evers, sie traten öffentlich nicht hervor.“*[142]

Auch in der Justiz fand Neumann Gesinnungsgefährten, hier waren beispielsweise - wie im Zitat genannt - die Landgerichtspräsidenten Hoppenstedt (1834-1910) und Dr. Richard Oemler (1913-1930) Mitglieder des AV.[143] In der Stadtregierung waren es neben Neumann, den genannten Senatoren Possehl, Lienau und Evers, Senator Dr. Georg Kalkbrenner (1875-1956).[144]

Dabei muss man sich vor Augen führen, dass das von Heinrich Mann beschriebene Gesellschaftsmodell nicht allein auf den alles überdeckenden Klassenkonflikt zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zurückgeführt werden kann. Norbert Elias deutet den Hohenzollernstaat in seinen gesellschaftlichen Wirkungen auf das Bürgertum nach 1871 vielmehr einleuchtend folgendermaßen:

> *„... bürgerliche Industrielle und Kapitalbesitzer bildeten nicht die herrschende, die Oberschicht des Landes. Die Stellung des Kriegs-und Beamtenadels als höchstrangige und mächtigste Schicht der Gesellschaft wurde durch den Sieg von 1871 nicht nur gewahrt, sondern verstärkt. Nicht das gesamte, aber doch ein guter Teil des Bürgertums passte sich verhältnismäßig rasch diesen Gegebenheiten an. Sie fügten sich als Vertreter einer zweitrangigen Klasse, als Untertanen, in die Gesellschaftsordnung des Kaiserreichs ein.“*[145]

Die Verhaltensweisen des Kriegs- und Beamtenadels waren es also, die die Haltung der bürgerlichen Elite prägten. Ein klassisches Beispiel ist wiederum der wegen seines autoritären Verhaltens seinerzeit von vielen in Lübeck gehasste Herrenmensch,[146] Rittmeister der Reserve, Emil Possehl.[147]

---

142 Stegmann Radikalisierung, 49

143 Stegmann Radikalisierung, 49

144 Stegmann Radikalisierung, 59

145 Zitiert nach: Elias Studien, S.22

146 vgl.auch die Charakterisierung durch seinen Freund Curtius als nach außen „schroff und abweisen“, Curtius, 196

147 Vgl. Stegmann Radikalisierung, 47

Die „*werktätige Bevölkerung*“ hatte in dem nachrevolutionären Lübeck kaum etwas mit den Kreisen des bürgerlichen Lübeck zu tun. Denn die Kulturen überschnitten sich wenig bis überhaupt nicht. Die Lebenswelten waren getrennt. Man verkehrte in je unterschiedlichen Gaststätten, Sportvereinen, Kulturveranstaltungen, Wohnwelten, Arbeitswelten, hatte andere Lesetraditionen, Erziehungsstile, Bildungsinstitute, politische Einstellungen usw. Am Beispiel Willy Brandts ist diese Lübecker Parallelwelt vom Kindergarten im Kaiserreich, über die Jugend in der Republik, bis zur Flucht aus dem faschistischen Lübeck 1933 über Dänemark nach Norwegen nachzuverfolgen.[148]

Neumann wiederum - der frühe Weggefährte seines Förderers Possehl - baute seine elitäre politische und kulturelle Machtstellung in Lübeck und im Reich konsequent aus. Von 1907 bis 1909 wurde er in Lübeck, wie schon sein Vorgänger Fehling 1895-1897,[149] Direktor der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeiten (Gemeinnützige). Die Gemeinnützige spielte im kulturellen und gesellschaftlichen Leben des Kleinstaates im Kaiserreiches und in der Weimarer Republik eine prägende Rolle, die mit ihrer heutigen Bedeutung nicht zu vergleichen ist.[150] Ab 1921 war Neumann, wie schon Fehling 1903, auch Vorsitzender des Hansischen Geschichtsvereins. Die kulturelle Dominanz Neumanns in Lübeck wurde noch verstärkt durch die Ehe seiner Tochter Hildegard Heise, mit dem bedeutenden Lübecker Museumsdirektor und Behnhausgründer Carl Georg Heise. Hildegard Heise war eine bekannte Fotografin.[151]

Die Mitgliederzeitung der Gemeinnützigen, die „*Lübeckischen Blätter*“, war damals für die Meinungsbildung des Bürgertums in der Stadt nicht zu überschätzen.[152] Maßgeblich für dieses Meinungsmedium wurde 1922 deren Schriftleiter (von 1922 bis1951) Paul Brockhaus (1879-1965).[153] Er war von 1919-1965 auch Gründer und Herausgeber der Publikation „*Der*

148 Schölgen, 27

149 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Ferdinand_Fehling, 6.4.2021

150 Thoemmes, 202; Freche, 303

151 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard_Heise, 1.4.2021

152 Thoemmes

153 Eickhölter, Höllenfahrt und Zwangsbekehrung, Lübeckische Blätter 2014, 247

Wagen“.[154] Brockhaus verkörperte - wie das Manfred Eickhölter 2014 sagt - ganz im Sinne Neumanns - „wie kein zweiter Kulturschaffender Lübecks den Typus eines Deutsch-nationalen Bildungsbürgers, Antidemokrat von Herzen, Wegbereiter und treuer Anhänger einer nationalsozialistischen Erneuerung schon vor 1933.“[155]

Er war Aktivist der „Niederdeutschen Bewegung“ und führendes Mitglied deren „Fehrs-Gilde“.[156] Spätestens in den 20er Jahren vertrat diese Gilde rassistische Positionen bis hin zu offenem Antisemitismus. Brockhaus hatte schon früh den Gedanken eines „nieder-deutschen Kulturraumes von Flandern bis zum Baltikum“ auch in die „Nordische Gesellschaft“ in Lübeck eingebracht. Als Teil der völkischen Bewegung trat die Gilde offen für den Anschluss aller „niederdeutschen“ Länder an das Deutsche Reich ein.[157] Sie vertrat sozialdarwinistische und rassisch-arische Ziele.[158] Brockhaus war als Mitglied des „Ehrenrates“ führendes Mitglied dieser Gilde.[159] Was die innere Einstellung anging, lag er mit dem früheren Direktor der Gemeinnützigen Bürgermeister Neumann auf einer Linie.

Die Auseinandersetzung zwischen der Elite des preußisch-deutschen Bürgertums in Lübeck einerseits und der organisierten Arbeiterschaft andererseits spiegelt sich auch in den beiden größten Tageszeitungen der Stadt wider: dem „*Lübecker Generalanzeiger*“ in der Königstraße mit 1929 45.000 Exemplaren und dem „*Lübecker Volksboten*, Organ für die Interessen der

154 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Der_Wagen, 16.4.2021

155 Eickhölter

156 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Fehrs-Gilde,12.4.2021

157 Vgl. dazu Stern, 231

158 Birte Arendt, Niederdeutschdiskurse. Spracheinstellungen im Kontext von Laien, Printmedien und Politik, Berlin 2012, 100

159 Paul Brockhaus, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Paul_Brockhaus, 16.10.2019

werktätigen Bevölkerung“ in der Johannisstraße,[160] heute Julius-Leber-Straße, mit einer Auflage von 14.000 Exemplaren.[161]

Von großem Einfluss auf das kulturelle Leben des Lübecker Staates und dessen bürgerlicher Gesellschaft war ferner traditionell die Kirche, in Lübeck in erster Linie die evangelische Landeskirche, mit 1925 ca. 120.000 Mitgliedern, d.h. über 90% der Einwohner:innen der Stadt.[162] Neumann baute auch dort seine kulturelle Rolle aus. Wegen seiner Verdienste bei der Ablösung des landesherrlichen Kirchenregiments des Senats durch die neue Kirchenverfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Lübeck von 1921 erhielt er von der Theologischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität Kiel den Ehrendoktor der Theologie.[163] Neumann war ferner in Doppelfunktion Bürgermeister und Vorsitzender des Kirchenrates.[164] Damit hatte er zwei der höchsten Ämter im Staat inne. Die führenden Geistlichen waren in der hier fraglichen Zeit denn auch mehrheitlich in nationalen und nationalistischen Vereinen engagiert.[165]

Weitere Belege für die extrem nationalistische und antisemitische Geisteshaltung der Eliten der Bürgergesellschaft Lübecks in der Weimarer Zeit finden sich in der religionssoziologischen Arbeit von Hansjörg Buss „Entjudete“ Kirche. Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918 -1950).[166] Dort wird auch der völkisch-nationalistische Einfluss des *„Deutschen Abends“,* den Neumann moderierte, und die Bedeutung dieses Zusammenschlusses für die Völkischen in Lübeck hervorgehoben:

---

160 Die Redaktionsräume befanden sich im zerstörten alten Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 46-48, heute Ordnungsamt, s.auch https://gedenkort-leber.de/2018/06/spurensuche-in-luebeck/

161 http://akens.org/akens/texte/diverses/Presse.pdf ; der Lübecker Volksbote ist in seinen Auflagen 1894 bis 1933 digitalisiert und damit leicht für Jedermann zugänglich. Der Lübecker Generalanzeiger hingegen muss mühsam über Filmrollen in der Stadtbibliothek erschlossen werden.

162 Buss, 84

163 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann

164 Buss, 117

165 Buss, 48f.; vgl zum innerkirchlichen Widerstand, Kohlwage

166 Buss

Aufgrund seines Öffentlichkeitsanspruches weitaus gewichtiger war indes der "Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“, dessen Lübecker Ableger 1888 gegründet worden war. 1898 trat der Bund dem "Deutschen Abend" bei, einem Zusammenschluss der deutschen Vereine, dem unter anderem der Deutsche Schulverein, (ab 1908 Verein für das Deutschtum im Ausland), der Deutsche Sprachverein, die Deutsche Kolonialgesellschaft, der Alldeutsche Verband, der Deutsche Flottenverein, der Deutsche Ostmarkenverein sowie der Verein für das nördliche Schleswig angehörten.

Der "Deutsche Abend" trat mit regelmäßigen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit, in denen überwiegend außen-, wehr- und kolonialpolitische Themen, generell das "Deutschtum" im Ausland behandelt wurden.

Der Beitritt des Evangelischen Bundes war offensichtlich nicht unumstritten, aber letztlich "siegte der Gedanke, dass der Bund in ganz hervorragendem Maße für die Zukunft unseres Volkes, für das Bestehen des Reiches und für den Schutz unseres protestantischen Kaisertums tätig ist, dass evangelisch und deutsch wie immer klarer erkannt wird, in den jetzigen Zeitverhältnissen dasselbe ist, und dass der Bund die eifrigste Unterstützung aller National gesinnten Deutschen verdiene."

Für die Landeskirche kann die Teilnahme des evangelischen Bundes an dieser organisatorisch verfestigten Schnittstelle der völkisch nationalistischen Lübecker Vereine in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden, zumal sich das Engagement auf das kirchliche Leitungspersonal erstreckte.[167]

2. DIE STELLUNG DES BÜRGERMEISTERS NACH DER LANDESVERFASSUNG

Ob Diktator oder Demokrat, die im Wesentlichen von Fehling erarbeitete Landesverfassung[168] jedenfalls überlies es ausschließlich dem Spiel der politischen Machtverhältnisse in Senat und

---

[167] Buss, 47f.

168 Deutsche Biographie, https://www.deutsche-biographie.de/gnd116451408.html#ndbcontent. ; Kreutzfeld, 22: mit dem Hinweis, die Lübeckische Verfassung sei die einzige Landesverfassung des Deutschen Reiches gewesen, die sich ohne schroffen Bruch vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert entwickelte; und dortselbst FN 26 m.w.N.; zur Entwicklung der LV, Düesberg, 5, der die Verfassungsgeschichte mit dem Kasserezess von 1665 und dem Bürgerrezess von 1669, seit denen es eine Volksvertretung, d.h., Teilhabe an der Gesetzgebung gebe, beginnen lässt. Düesberg weist auch auf die 700-jährige Geschichte der Stadt als Republik hin, die in Lübeck so fest verwurzelt sei, dass noch nie einer sich zum Fürsten oder König habe aufzuschwingen versucht. Auch nicht bei den gelegentlich aufgetretenen Selbsherrschern. Deshalb, so schlussfolgert Düesberg, erkenne man das neuerdings üblich gewordene Schlagwort „Die Republik ist in Gefahr“ oder auch die Bezeichnung eine Menschen als „Feind der Republik“ in „seiner ganzen Lächerlichkeit“, Düesberg, 5.

Bürgerschaft, ob sich der Gewählte autoritär oder demokratisch geben konnte und durfte. Entscheidend war - in den Grenzen der allgemeinen Gesetze - das politische Vertrauen und nicht das konkrete Verhalten des Gewählten. In dieser radikalen Form einer Wahl-Demokratie, die keine gesicherten verfassungsrechtlichen Grenzen gegen die Diktatur kannte, stand die Lübecker Verfassung in nichts der Weimarer Verfassung nach.

Diktator oder Demokrat, kein Rechtssatz machte in dieser Frage einen Unterschied. Es gab schlechterdings keine gesicherten verfassungsrechtlichen Grenzen der politischen Betätigung für Einzelne oder Parteien. Es gab insbesondere keine Verfassungsgerichts-barkeit im Bundesland Lübeck[169] oder im Deutschen Reich, die dem im Juni 1952 gegründeten Verfassungsgericht (BVerfG) entsprochen hätte. Nur eine derartige Gerichtsbarkeit hätte (rechtzeitig angerufen[170]) einen Diktator verhindern können. Weder der Bundesstaat Lübeck noch das Deutsche Reich waren deshalb in diesem Sinne Rechtsstaaten.

Deren Gründer hatten sich bewusst gegen das im Nachbarland Österreich gewählte Kelsen'sche Modell[171] einer Verfassungsgerichtsbarkeit entschieden, d.h. gegen den damit verbundenen Versuch, zur Abwendung eines Bürgerkrieges, politische Grundsatzfragen frühzeitig in einem Gerichtshof zu neutralisieren, statt sie in gesellschaftlichen Schlachten auszukämpfen.

So hatten es in weiser Voraussicht und aus guten Gründen schon die Väter der Verfassung der Vereinigten Staaten mit der Einrichtung des Supreme Court am 24. September 1789[172] entschieden. Übrigens im Gegensatz zu der einen Monat zuvor verabschiedeten Erklärung der Menschenrechte vom 26. August 1789 in Paris. Die französischen Revolutionär:innen verzichteten zum Schutze ihrer Grundrechte auf ein Verfassungsgericht. Das erklärt sich aus der

---

169 Das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg, das nach Art. 60 LV bei Divergenz von Senat und Bürgerschaft auf Antrag entscheidet, hatte keine darüber hinausgehende Zuständigkeit.

170 Bevor Präfaschismus zur Gefahr wird, d.h. die organisatorischen Vorbereitungen für eine Massenbewegung oder eine Diktatur beginnen, vgl. dazu Snyder Tyrannei; siehe ferner Abschnitt E.

171 Vgl. Die Biographie Kelsens (1881-1973): Olechechowski, 244

172 während sich die französische Gesellschaft im gleichen Jahr eine revolutionäre Verfassung gab: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Franz%C3%B6sische_Verfassung; neuerdings wird die Abschaffung dieses Verfassungsgerichtshofes diskutiert: https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/Steinbeis-3.7.2021.txt

in der Französischen Revolution begründeten Gegnerschaft gegen das Ancien Regime mit dessen verhasster Justiz.[173]

Nach Art.14 der Landesverfassung bedurfte es bis zur Neufassung vom 10. Oktober 1923[174] zum Entzug des Vertrauens eines Beschlusses von 2/3 der anwesenden Mitglieder der Bürgerschaft, d.h. bei seinerzeit 80 Bürgerschaftsabgeordneten einer Zustimmung von 53 Mitgliedern. Das war, bei der damaligen Zusammensetzung des Parlamentes - unter normalen Bedingungen - nicht zu erwarten. Ab der Neufassung des Art. 14 - auf Betreiben der Sozialdemokraten[175] und in Übereinstimmung mit den Interessen Neumanns[176]- wurde das Votum herabgesetzt. Es reichte nun ein Mehrheitsbeschluss der Mitglieder der Bürgerschaft aus (41 Stimmen). Es blieb aber dabei: So lange aus der Bürgerschaft kein erfolgreiches Misstrauensvotum zu erwarten war, konnte der Bürgermeister schalten und walten, wie es ihm passte.

In der Ratssetzung (alle zwei Jahre Anfang Dezember) wurde der Geschäftsbereich der Senatoren festgelegt.[177] Der Senat konnte zwar durch Mehrheitsbeschluss dem gewählten Bürgermeister oder den Senatoren[178] in ihre Amtsausübung hineinreden. Eine andersgeartete Ausrichtung der Feier - etwa unter Beteiligung der Mehrheitsgesellschaft und von Kultureinrichtungen der Arbeiterschaft - wäre also - trotz der Übertragung der Organisation auf die Gemeinnützige - durch entsprechenden Senatsbeschluss durchaus möglich gewesen.

---

173 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Ancien_R%C3%A9gime, 6.4.2021

174 http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm, 14.4.2021; zu den Verfassungen der Hansestädte vgl. Morstein Marx

175 Düesberg, 11

176 Knie, 33

177 Art. 13 LV

178 Bis zur Neufassung der LV 1923 auf 10 Jahre, danach auf unbestimmte Zeit gewählt (Art. 7 LV)

Dazu hätte es allerdings anderer Mehrheitsverhältnisse in Senat (6 SPD, 6 Nationalkonservative) und Bürgerschaft (5 KPD, 35 SPD, 39 Nationalkonservative) bedurft. Ein Misstrauensvotum der Bürgerschaft - sollte es im Streitfall soweit gekommen sein - hätte 1926 einen Mehrheitsbeschluss erfordert, was nach den genannten politischen Kräfteverhältnissen zwar nicht ausgeschlossen, aber bei der Uneinigkeit von KPD und SPD wenig wahrscheinlich war. Das Misstrauen zwischen den Fronten war zwar allgemein. Aber zu einem Beschluss, das Vertrauen zu entziehen, reichte es nicht.

Spezielle Bestimmungen über das Bürgermeisteramt, dessen Kompetenzen und die Amtsausübung, enthält die LV nicht. Der Bürgermeister hatte zwar die Leitungsfunktion.[179] Eine Richtlinienkompetenz kam ihm hingegen nicht zu.[180] Sein Verhalten fand deshalb lediglich Grenzen in der Reichsverfassung, den Reichsgesetzen und den Lübecker Gesetzen. Die einzige Machtbremse wäre Art 12 Abs.1 Satz 1 LV gewesen. Danach galt die Wahl des Bürgermeisters im Senat für zwei Jahre, eine einmalige Wiederwahl war zulässig. Diese Vierjahresschranke fiel, verpackt in eine umfangreiche Verfassungsreform[181] auf Antrag des Senats, unter Federführung Neumanns, mit Beschluss vom 9. Oktober 1923 in der Bürgerschaft - gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen.[182] Die Änderung trat am 10. Oktober 1923 in Kraft. Das Verbot der Wiederwahl nach vierjähriger Amtszeit wurde gestrichen.[183]

---

179 vgl etwa Art. 41 Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 7. Januar 1921, http://www.verfassungen.de/hh/verf21.htm

180 Perels, 683

181 dazu Düesberg, 10,11, die Reform geschah nach Düesberg auf Betreiben einer sich „radikalisierenden“ SPD, die das Quorum für das Mißtrauensvotum herabsetzen wollten. Sie wollten eine Umbesetzung des Senats und eine Erhöhung der Zahl ihrer Senatsposten, dazu Knie, 33, der das Interesse Neumanns an der Reform, die die Stellung des Bürgermeisters festigte, hervorhob

182 LVB vom 9.10.1923,1.Beilage

183 Durch Gesetz vom 10. Oktober 1923 wurde der Artikel 12 Abs. 3 Satz 2 gestrichen: http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm, 14.4.2021, weshalb wohl Neumann die Reform befürwortete, vgl. Knie, 33

Der Weg Neumanns zum starken Mann Lübecks war demnach frei. Die politische Amtsführung des Bürgermeister hing nach alledem lediglich vom Vertrauen in Senat und Bürgerschaft ab. Vertrauen wird gewährt oder entzogen. Ob Faschist oder Demokrat. Kein Staatsgerichtshof des Reiches in Leipzig oder das für Streitigkeiten zwischen Senat und Bürgerschaft des Freistaates zuständige Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg[184] waren hier zuständig. Gleiches gilt für eine etwaige Zuständigkeit des ab April 1917 bestehenden Lübecker Verwaltungsgerichts.[185] Vertrauen ist nicht justiziabel.[186]

Die große gliedstaatliche Unabhängigkeit des Freistaates Lübeck - der andere Aspekt der Weimarer Verfassung - war kein Sonderfall. Julius Leber beschreibt die bis ins Extreme gehende staatliche Eigenständigkeit am Beispiel der unterschied-lichen parteipolitischen Behandlung republikfeindlicher Kräfte durch die jeweiligen Ministerpräsidenten in Vollzug der Notverordnung des Reichspräsidenten am Beispiel Bayerns (Ministerpräsident von Kahr: Bayerische Volkspartei) und in Sachsen (Ministerpräsident Buck: SPD).[187]

Diese verfassungspolitisch offene Lage wusste der Richter am Landgericht a.D. - wie wir sehen werden - aufs Beste, zusammen mit seinem Netzwerk aus völkischen Unterstützer:innen, für seine Ziele und Machenschaften zu nutzen.

---

184 Art.60 LV

185 Sommermann, 713: Nach § 4 Abs.1 Satz 1 VGG 1916 war das Gericht für Rechtsverletzungen Einzelner durch Verfügungen von Verwaltungsbehörden zuständig. Verfassungsrecht - wie ggf. hier - schied aus.

186 Zur Bedeutung des „Vertrauens“ für das Parlamentarische System, Düesberg, 10

187 Leber, Ein Mann geht seinen Weg, Notiz vom 1.Oktober 1923, S.31

3. NEUMANNS DOPPELROLLE LÜBECK - BERLIN

Neumann war enger Freund[188] des späteren Vorsitzenden des AV, Rechtsanwalt Dr. Heinrich Claß.[189] Er war auf dem Alldeutschen Verbandstag 1900 mit Claß bekannt geworden, der 1908 zum Vorsitzenden gewählt worden ist. Lübeck spielte im AV von Anbeginn eine hervorgehobene Rolle, denn schon bei der Gründung 1891 in Berlin war der damalige Präses der Lübecker Handelskammer, Lange, Vorstandsmitglied geworden.[190]

Neumann wurde mit 39 Jahren nach seiner äußerst erfolgreichen Arbeit im und für den Ortsverband Lübeck von 1904 bis 1907 Mitglied der Hauptleitung des AV.[191] Die Hauptleitung, deren Mitglieder auf drei Jahre gewählt wurden, bestand aus dem Vorsitzenden und bis zu fünf weiteren Mitgliedern. Sie übernahm die Führungsaufgaben des streng hierarchisch ausgerichteten Verbandes.[192] Als lübischer Bevollmächtigter im Bundesrat war Neumann auch deshalb von besonderer Bedeutung für Claß, weil er vertrauliche Informationen über innen- und außenpolitische Entwicklungen auf hoher politischer Ebene an seinen Freund Claß weitergeben konnte.[193]

---

188 LVB 14.5.1926 „Lieber Freund“

189 Stegmann Radikalisierung,47

190 Stegmann Radikalisierung,45

191 Johannes Leicht, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012,114.

192 Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Wiesbaden 1954, 14;

193 Stegmann Radikalisierung, 47.

Er setzte sich auch als Vorsitzender des durch ihn mtgliederstark gewordenen Lübecker Ortsverbandes für die Propagierung der Ziele des AV ein. In Lübeck wurde, angestoßen von Neumann, 1901 ein „Nordelbischer Gau“ des AV etabliert, dem nach 1910 die Ortsgruppen Kiel, Hamburg und Lübeck angehörten. Nach 1918 kamen noch Flensburg und Tondern dazu. Sitz war Lübeck.

Die Rolle des rassischen und völkischen Neumann, die er bereits im Kaiserreich und im AV hatte einüben können, und die er jetzt, 1921, als Regierender Bürgermeister einnahm, war auf die strickte Durchsetzung seiner Projekte ausgerichtet. Nicht umsonst war er wegen solcher Führungskraft vom AV als Diktator im Deutschen Reich vorgesehen. Das kam zwar erst 1926 ans Licht.

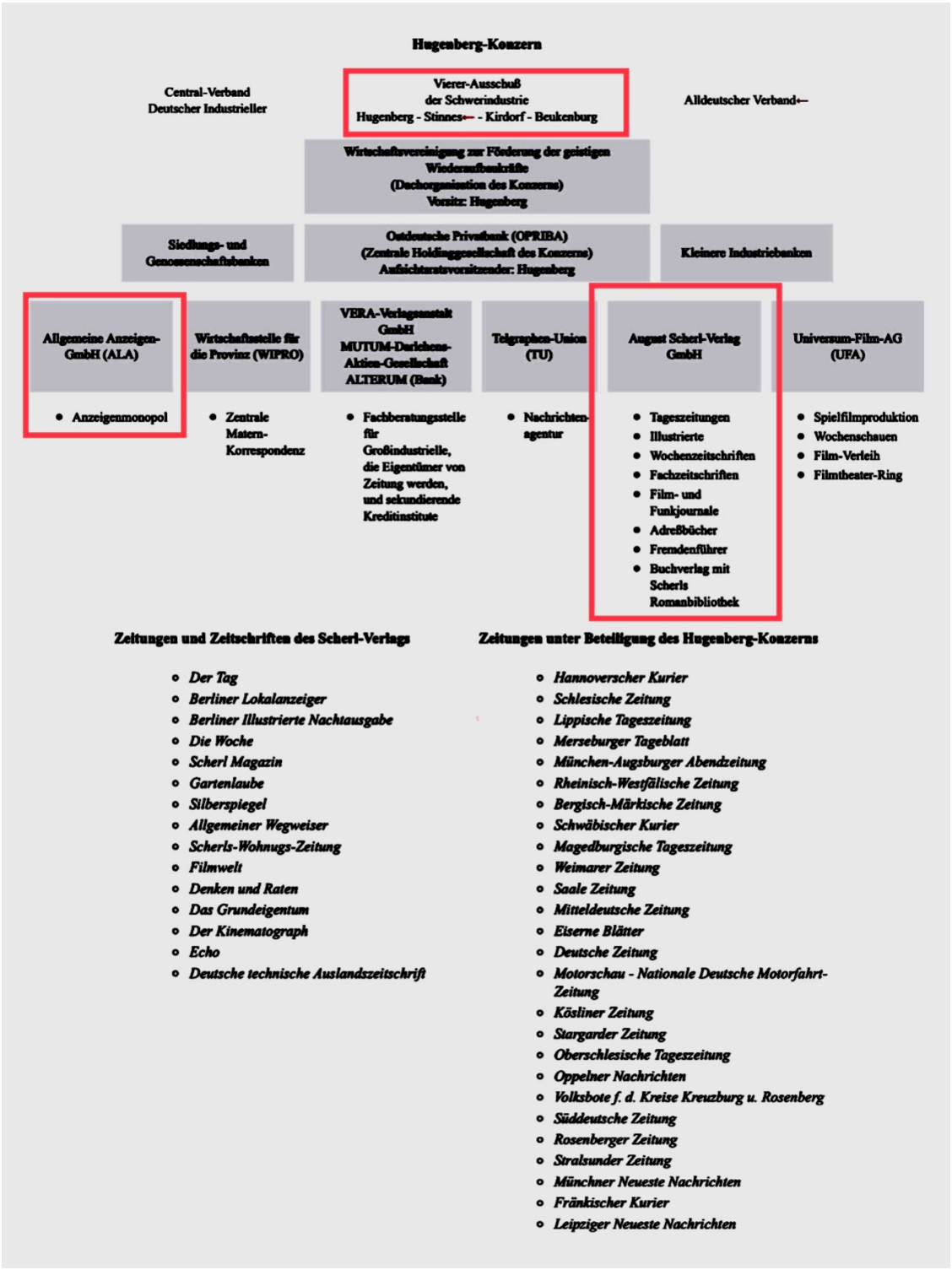
Aber die systematischen Vorbereitungen dazu liefen seit seiner verantwortlichen Mitgliedschaft in der Hauptleitung des AV und verdichteten sich mit der Ablösung Ernst Hasses vom Vorsitz und dessen Übernahme durch seinen Gefährten, Justizrat Claß, im Jahre 1908. Claß verschärfte die völkische Politik des Verbandes. Er drängte auf die Ablösung der liberalen Kräfte in der Reichsregierung. Ihm schwebte eine Ordnung der Moderne nach rassischen Kriterien vor. Die „größere Zukunft“ sollte der Krieg erwirken als „Lösung aller europäischen Fragen“.[194]

Ohne dass Senat und Bürgerschaft zuhause in Lübeck etwas Näheres von den Berliner Aktivitäten ihres Mitgliedes mitbekommen hatten, war es Neumann inzwischen gelungen, in der Reichshauptstadt eine entscheidende Position auch im Medienimperium seines AV-Gefährten Hugenberg einzunehmen, den Vorsitz im Verwaltungsrat des Scherl-Verlages. Der Scherl-Verlag war das Herzstück des von Alfred Hugenberg aufgebauten Medien- und Zeitungsimperiums. Der Verwaltungsausschuss

194 Leicht,185

entspricht dabei dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft. Der Scherl-Verlag also, die Spinne im medialen reichsweiten Netzwerk des Propagandisten eines völkischen Nationalstaates, Hugenberg, wurde vom Lübecker Bürgermeister gesteuert.

Hugenberg war nicht nur der Mitgründer und Organisator des AV. Er hatte noch während seiner Zeit als Vorsitzender im Direktorium der Friedrich Krupp AG (1908-1918)



ab 1912 nach und nach den seinerzeit größten Medienkonzern Deutschlands aufgebaut und steuerte ihn im Sinne der Zielsetzungen des AV konsequent in den Nationalsozialismus.[195] Das dargestellte Organisationsschema veranschaulicht die Reichweite der propagandistischen medialen Durchdringungs-breite und -tiefe der Hugenbergschen Firmen. Hervorzuheben ist dabei das mit der Allgemeinen Anzeigen GmbH (ALA) angestrebte Anzeigenmonopol auf dem deutschen Medienmarkt. Darüber steuerte Hugenberg auch Lokalblätter, die nicht in seinem Besitz waren.

Der Lübecker Bürgermeister war jedenfalls als Verwaltungsratsvorsitzender des Scherl-Verlages kein unabhängiger Entscheider. Im Konzerngefüge spielte er vielmehr die Rolle des abhängigen treuhände-rischen Auftragnehmers von Hugenberg. Gleichwohl konnte er mit seiner Steuerungsfunktion über den Scherl-Verlag und damit auch der Stärkung seiner Einflussnahme im hugenberg'schen Medienkonzern seine Lübecker Position ausbauen. Der Lübecker Generalanzeiger war über die ALA in den Händen Hugenberg - Neumann. Das hat Julius Leber richtig erkannt, wenn er im *Lübecker Volksboten* schrieb:

> *„… Und doch war e r (Hugenberg, MB) der eigentliche unsichtbare Herrscher dieser Stadt, die er selbst vielleicht nie gesehen. Den S t a a t hatte er in der Hand durch sein Oberhaupt, die Presse durch die größte Inseratenplantage. Sein Wille war maßgebend, beschränkt nur durch den leidenschaftlichen Widerstand der darob täglich beschimpften und begeisterten S o z i a l d e m o k r a t i e (Sperrungen im Original, MB).“*[196]

Leber beschreibt folgerichtig die tatsächlichen damaligen Verhältnisse im Freistaat. Er bestätigt auch den tiefen Hass der Elite des Bürgertums, die innerhalb und über das völkische Netzwerk des AV immer wieder versuchte, die Macht für die konservative Revolution in den Ländern und im Reich an sich zu reißen. Dies geschah heimlich und in den seit Ende des 19. Jahrhunderts dafür geschaffenen Netzwerken des AV. Die Akteure traten selten nach außen offen auf.

---

195 Siehe auch Alfred Hugenberg,/ https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Hugenberg, 16.10.2019

196 Lübecker Volksbote, 8.6.1926

Stegmann schildert die weitreichende Zielsetzung der bis in die Bundesrepublik wirkenden, auf Veranlassung der Führung des AV auf Reichsebene angestoßenen, damaligen Verabredungen der Wirtschaftsverbände des Kaiserreiches:

> *„Gleichzeitig versuchten deshalb die den Rechtsparteien nahestehenden wirtschaftlichen Interessenverbände der Landwirtschaft - der Bund der Landwirte -, der Großindustrie-Centralverband Deutscher Industrieller - und des sogenannten Alten Mittelstandes - der Reichs-deutsche Mittelstandsverband - ihre Zusammenarbeit auf wirtschafts- und sozialpolitischem Feld zu intensivieren, um auf diese Weise im außerparlamentarischem Raum politischen Druck auf den Reichstag und vor allem auf die Reichsregierung auszuüben. Diese außerparlamentarischen Sammlungsbemühungen gipfelten im August 1913 in der Konstituierung des sogenannten Kartells der schaffenden Stände.*
>
> *In diese anlaufenden Bündnisgespräche war auch die Spitze des Alldeutschen Verbandes um Claß und Admiral a.D. Breusing einbezogen, zusammen mit dem prominenten Lübecker Alldeutschen, Senator Neumann. Als Claß am 4. Juli 1913 erste Sondierungsgespräche mit der Führung des Bundes der Landwirte in Berlin aufnahm, war Neumann Mitglied der dreiköpfigen alldeutschen Delegation. Neumann resümierte am 6. Juli: „Claß und ich waren sehr (i.O.) befriedigt von dem Ergebnis ...Wir versprechen uns außerordentlich viel davon.*
>
> *Am 24. August 1913 wurden auf einer gemeinsamen Tagung der drei großen Wirtschaftsverbände in Leipzig folgende Leitsätze als Arbeitsprogramm verabschiedet:*
>
> 1. *Zusammengehen der drei Gruppen: gewerblicher Mittel-standindustrie und Landwirtschaft zur gegenseitigen Unterstützung und Bekämpfung der Auswüchse im Organismus unseres Wirtschaftslebens.*
> 2. *Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben.*
> 3. *Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung angemessener Preise und Schutz der Arbeitswilligen.*
> 4. *Bekämpfung der Sozialdemokratie und Bekämpfung sozialistischer Irrlehren.*
> 5. *Als Fernziel wurde angestrebt, eine feste organisatorische Basis für eine auf Dauer berechnete Zusammenarbeit der beteiligten Verbände zu schaffen.*
>
> *Die Leipziger Verlautbarungen und die Reden der Verbandsvertreter auf der Versammlung liefen auf eine prononcierte Kritik an Reichstag und Reichsregie*rung *hinaus. Freiherr von Wangen-heim vom Bund der Landwirte und Alfred Hugenberg für den Centralverband Deutscher Industrieller, der damalige Vorsitzende des Krupp'schen Direktoriums, waren hinter den Kulissen die Architekten dieser außerparlamen-tarischen Rechtsfront, einer*

Nationalen Opposition gegen die als schwach gebrandmarkte Reichsregierung unter ihrem Kanzler Bethmann-Hollweg. Die Mittelständler - ihr Verband war erst 1911 mit den Geldern dieser beiden Wirtschaftsverbände gegründet worden - liefen als erweiterte Massenbasis dabei mit.

Ziel war es, den Reichskanzler durch einen „starken" Mann abzulösen und eine grundlegende Neuorientierung in der deutschen Politik einzuleiten. Hugenberg optierte für eine „Politik der eisernen Hand" gegenüber der Sozialdemokratie ebenso wie die konservative Rechte um Freiherr von Wangenheim oder Elard von Oldenburg- Januschau.

Der Alldeutsche Verband wurde verdeckt - in der Öffentlichkeit trat er als weiterer Bündnispartner überhaupt nicht auf - mit ins Boot genommen; durch die lockere Kooperation mit dem Bund der Landwirte sollten dabei die außenpolitischen Zielsetzungen der Alldeutschen in der Presse des Bundes der Landwirte in Berlin, in der 'Deutschen Tageszeitung', in Zukunft stärker berücksichtigt werden, im Gegenzug versprach der Bund der Landwirte, seine Position in der Frage der sogenannten Inneren Kolonisation in den 'Alldeutschen Blättern' zu verdeutlichen, das heißt, der Ansiedlung von landwirtschaftlichen Familienbetrieben im Osten des Reiches.

Senator Neumann war auch Berichterstatter über diese Besprechungen in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes am 5. September 1913 in Berlin. Er führte unter dem Tagesordnungspunkt 'Der Alldeutsche Verband und Sammlungspolitik' aus, die Ausführungen des Vorsitzenden des Bundes der Landwirte hätten „darin gegipfelt", dass auf dem Gebiete der inneren Politik gegen die zunehmende Demokratisierung und Atomisierung eine Sammlung aller staatserhaltenden Kräfte notwendig sei und dass ihm schon aus diesem Grunde engere Fühlungnahme zwischen Bund der Landwirte und dem Alldeutschem Verband wünschenswert erscheine und dass auf dem Gebiete der äußeren Politik dem Bunde bisher ein rechter Sachverständiger gefehlt habe". Claß selbst sah in der Besprechung einen „bedeutsamen Nutzen für die völkische Sache", umso mehr, als „unsere Wirksamkeit gar nicht einmal allein auf den Bund der Landwirte beschränkt bleibe. Es sei ja bekannt, dass der Bund der Landwirte auch mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller und der Mittelstandsvereinigung Beziehungen angeknüpft habe", und zwar nicht nur aus „wirtschaftspolitischen, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen

V. VOM PRÄFASCHISMUS ZUM FASCHISMUS

1. DIE PUTSCHPLÄNE

Der über mindestens zwei Generationen laufende Doppelbinderprozess aus gegenseitigem Hass und Gewalt, den Fritz Stern in seinem Klassiker *„Kulturpessimismus als politische Gefahr“*, eindringlich beschreibt,[197] ließ den Staatsstreich und das politische Attentat, d.h. die Anwendung bewaffneter Gewalt, in der Weimarer Republik zum Normalfall gesellschaftlicher Konfliktlösung werden.[198]

> *„Es gibt Organisationen, denen Millionen zur Verfügung stehen, und die nur den Zweck haben, Putsche vorzubereiten und auszuführen und die nur den Zweck haben, die Republik zu beseitigen.“*[199]

schreibt Julius Leber in einer Notiz am 15. September 1921.

Beispiele sind die Attentate auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15.1.1919 in Berlin durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter Hauptmann Waldemar Pabst; auf den ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Kurt Eisner, am 21.2.1919 in München durch den zum antisemitischen Thule -Kreis gerechneten Anton Graf von Arco auf Valley: („Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter.“);

---

197 Stern

198 Beispiele in Küstrin Oktober 1923: LVB 2.10.23,1; Verschwörung in Bayern unter von Kahr:LVB 1.10.23,1; Ausnahmezustand aufgrund Art.48 WRV v. 26.9.23, LVB 1.10.1923, 4;

199 Leber, 17, am 20.9.1921

auf den Leiter der Waffenstillstandskom-mission und Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommen von Campiègne, Reichsminister der Finanzen Matthias Erzberger (1875-1921) am 26.8.1921 in Bad Griesbach (Baden) durch die Organisation Consul; auf Außenminister Walther Rathenau (1867-1922) ebenfalls durch die Organisation Consul am 24.6.1922 in Berlin. Die Organisation Consul, auch „Schwarze Reichswehr“ genannt, entstand 1920 nach dem gescheiterten Kapp-Putsch als Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt.[200] Sie stellte eine militärisch geführte Organisation mit rd. 5.000 Mitgliedern dar.

„Claſſ“iſcher Unterricht:
„Alſo, merkt euch: Was das deutſche Volk am notwendigſten braucht, iſt ein Putſch!“

200 https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Brigade_Ehrhardt,_1919/20

Bei sämtlichen Aktionen der im Folgenden beschriebenen gescheiterten vier Staatsstreiche und der Versuche zu ihrer Verabredung vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik[201] war der Lübecker Bürgermeister Neumann mittelbar oder unmittelbar beteiligt.[202] Die Tragödien auf Reichsebene spielten sich deshalb auch immer zugleich auf der Lübecker Bühne ab. Die Presseorgane der jeweiligen Frontorganisationen - völkische und nationalistische Vereine und Parteien im *Generalanzeiger* und *Lübeckischen Blättern* contra *Lübecker Volksbote* (SPD) und *Norddeutsche Zeitung* (KPD) geben das Drama wieder. Man kann davon ausgehen, dass Neumann sein engstes Lübecker politisches Umfeld stets über die Umsetzung der Diktaturziele des AV[203] auf dem Laufenden hielt. Als Vertrauter und Spielfigur im Strategiespiel des Vorsitzenden Heinrich Claß[204] war er Mitwisser von dessen hochverräterischen Plänen und Aktionen.

Mit Alfred Hugenberg, diesem Organisator der analogen medialen Kommunikation und völkischen Propaganda im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, teilte er die führende Mitgliedschaft im Thinktank AV. Als Verwaltungsratsvorsitzender des Scherl-Verlages war Neumann zudem mit Hugenberg wirtschaftlich verbunden. Hugenbergs Arm reichte - wie oben ausgeführt - in das neumann' sche Lübeck. Mit Possehl, dem wirtschaftlich mächtigsten Lübecker, als dessen Ziehsohn er sich wohl empfand, verband ihn, - wie dargelegt - bis dieser 1919 verstarb, die gleiche politische Zielsetzung und der autoritäre Charakter. Beide sahen ihre Auffassungen im Lübecker AV und dem Wehrverein gut aufgehoben. Ein Zeichen für ihre Verbundenheit war auch, wie dargestellt, beider Förderung des Kaufs des Propagandablattes der Radikal-Völkischen, die *Deutsche Zeitung*.

---

201 Vgl.zur Putsch-Debatte im Reichstag LVB 19.Mai 1926,1

202 vgl. z.B. das Schreiben von Neumann an Claß vom 25.4.1926, mitgeteilt in LVB vom 17. Mai 1926

203 Stegmann Radikalisierung, 56

204 Dazu der sogenannte Verschwörerbrief von Claß an Neumann vom 23.4.1926, der die enge Verbindung (Freundschaft) von Claß-Neumann-Hugenberg dokumentiert

So hatte sich Neumann vor Ort und in Berlin (als Vertreter des Freistaats) aufs Beste vernetzt. Er hatte über die heimischen Zeitungen *Lübecker Generalanzeiger* (Hugenberg) und *Lübeckische Blätter* (Chefredakteur: der rechtsnationale Brockhaus), mit Kultur[205] (Gemeinnützige), Kapital (Possehl und Industrie und Handelskammer), Politik (Senat und Bürgerschaft), Kirche und Justiz (AV) in Lübeck ganz in der Stille und der Provinz ein wirklich erstaunliches Herrschaftsgebilde geschaffen.

Wäre ihm nur die verhasste Arbeiterbewegung, die für ihn offenbar dunkle Seite des gespaltenen Lübeck, nicht in die Quere gekommen. Wäre ihm nicht ein Arbeiterführer der Sonderklasse, ein ortsfremder und dazu noch äußerst begabter Redner und mit Berlin ebenfalls gut vernetzter Agitator, wäre ihm nicht Julius Leber in Lübeck gegenüber gestanden. Mit etwas mehr Fortune und ohne Leber hätte Neumann sein Ziel einer völkischen Diktatur anstelle Adolf Hitlers in Berlin durchaus noch erreichen können.

a) 1917 CLAß ANSTIFTUNG ZUM MILITÄRPUTSCH IM KAISERREICH

Eines der vordringlichen Ziele des AV war - wie dargelegt - die Rettung Deutschlands durch eine Diktatur. So traf sich der Verbandsvorsitzende Dr. Claß bei seinen unermüdlichen Bemühungen, diesen Plan durchzusetzen,[206] am 5.10.1917 ein erstes Mal mit dem Ersten Generalquartiermeister Ludendorff, dem Stellvertreter Hindenburgs in der Obersten Heeresleitung (OHL). Er führte aus, dass der Krieg jetzt nur noch mit einer

---

205 Sein Schwiegersohn war der Museumsdirektor und Behnhausgründer Carl Georg Heise (s. Hildegard Heise, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard_Heise, 6.10.2019)

206 Kruck, 100 f.

Militärdiktatur zu gewinnen sei. In der OHL müsse eine Stelle geschaffen werden, die verdeckt das politische Geschehen verfolge und später den Kern eines „Kabinetts in Feldgrau“ bilden könne. Er, Claß, sei in der Lage, innerhalb von 24 Stunden dafür Namen zu nennen.

Er nannte Geheimrat Hugenberg für Gesamtpolitik und Wirtschafts-fragen, Senator Neumann aus Lübeck für innenpolitische Belange, Landgerichtsdirektor Lohmann (Hamburg) für die Überwachung der Rechtspflege und bot - bei Bedarf - weitere Persönlichkeiten seines Vertrauens.[207] Ludendorff sagte zu, die vorgetragenen Überlegungen zu bedenken.[208] Es blieb indes bei dem Versuch der Vorbereitung eines Staatsstreichs

b) 1920 KAPP-LÜTTWITZ-PUTSCH

Wolfgang Kapp (1858-1922) war Verwaltungsbeamter, zuletzt Generallandschaftsdirektor in Königsberg. Am 13.März 1920 führte er zusammen mit General Walter von Lüttwitz und der Marinebrigade Erhardt einen 100 Stunden dauernden Putsch gegen die Reichsregierung durch. Der Putsch endete am 17. März 1920.

207 Kruck, 203 f.

208 Leicht, 241.

Der Putsch wurde unterstützt von General Ludendorff.[209] Claß kannte die Umsturzpläne seit November 1919. Ein Erfolg des Staatsstreichs traute er jedoch Kapp nicht zu.[210] Mit dieser Einschätzung lag er richtig. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 blieb zwar Episode, zeigt aber ideologische Kontinuitätslinien auf, die auch im weiteren Verlauf der Weimarer Republik, wie sich im Kabinett Papen zeigte, nicht aufgegeben wurden. Die Brigade Erhardt ging als Organisation Consul in den Untergrund und verübte später - wie oben erwähnt - u.a. die Morde an Erzberger und Rathenau.

Der umtriebige Justizrat mit seinen hervorragenden Umgangsformen bemühte sich ganz offensichtlich unentwegt und überall in der Republik geeignete Kräfte aufzutun, anzustacheln und nötigenfalls, wie später bei Adolf Hitler, mit Geld diejenigen zu beeinflussen, die sein rechtsradika-les völkisches Diktaturziel teilten und dafür standen, dieses auch zu vollbringen. Darin war er sich im übrigen mit

dem harten Kern der Vaterlandspartei um Wolfgang Kapp und einem Teil der Generalität einig. Sie arbeiteten weiter daran, mittels eines bewaffneten Putsches gegen die verhasste Weimarer Republik an alten Zielsetzungen anzuknüpfen.[211]

c) 1923 HITLER-LUDENDORFF-PUTSCH

Ludendorff, der bereits auf dem Höhepunkt des Ersten Weltkriegs - damals in der OHL - an Stelle Hindenburgs und inoffiziell im Hintergrund die politische Führung

209 Kapp-Pusch, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Kapp-Putsch,13.4.2021

210 Leicht,S.281 ; vgl. auch, Joerg Wollenberg, Das Blut der Menschheit trank der Vampir Stadt…Es lebe die neue, die Generalidee des 20. Jahrhunderts: ‚Land'!" (1919) Völkische Landnahme von rechts und links - eine unterschätzte Gefahr, Ein anderer Blick auf den „Volkshochschulrummel" (Picht) und den Sündenfall des antiurbanen und völkischen „Grünen Manifestes" von 1919, https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteile/stadtteile-bremen-nordost_artikel,-das-dunkle-kapitel-der-bremer-volkshochschule-_arid,1613349.html

211 vgl. auch Stegmann Radikalisierung, 75

übernommen hatte[212] - und 1917 zusammen mit Claß Diktaturpläne erwog, ergriff drei Jahre nach dem Kapp-Putsch, am 8. November 1923 erneut, diesmal mit dem vielversprechenden Adolf Hitler, die Gelegenheit zum Staatsstreich gegen die verhasste Republik. Der nationalsozialistische Anführer Adolf Hitler scheiterte allerdings einen Tag später, am 9. November 1923. Der Putsch wurde niedergeschlagen.

d) 1926 CLAß-HUGENBERG-NEUMANN-PUTSCHPLAN

Wiederum drei Jahre später, nach den drei vergeblichen vorangegangenen Vorbereitungshandlungen und Putschversuchen 1917, 1920 und 1923, versuchte es der AV erneut, diesmal mit eigenen Kräften 1926. Sämtliche vorangegangene Versuche lesen sich wie die unterschiedlichen Varianten der von dem völkischen Thinktank AV unter seinem Vorsitzenden Claß im Hintergrund mit geplanten und geforderten Anleitung zur Diktatur. Hinter Kapp und Ludendorff stand tatsächlich immer wieder die von Claß vorgedachte, in seinen nationalen Netzwerken verbreitete und auch von Hugenberg propagierte, nationale Revolution mit dem Ziel einer völkischen Diktatur.

Von Mitte Mai bis Mitte Juni 1926 wurde die politische Öffentlichkeit des Freistaates mit der Offenlegung von Plänen für einen veritablen Staatsstreich ihres Bürgermeisters in Atem gehalten. Am 12. Mai 1926 titelt der Lübecker Volksbote auf der ersten Seite: „Ein ungeheures Verbrechen aufgedeckt! Rechtsputsch geplant - Bürgermeister Dr. Neumann-Lübeck zum Diktator ausersehen.“[213]

212 Fischer, 549

213 Lübecker Volksbote v. 12.5.1926, 1

Ein ungeheures Verbrechen aufgedeckt!

Blutiger Rechtsputsch geplant — Bürgermeister Dr. Neumann-Lübeck zum Diktator ausersehen

Die Berliner Kriminalpolizei nahm am Dienstag eine ganze Reihe von Haussuchungen bei rechtsradikalen Verbänden und Persönlichkeiten vor. Diese polizeiliche Aktion ist auf eingehendes Material zurückzuführen, das den amtlichen Stellen in die Hände gefallen ist und für die Vorbereitung eines neuen, großzügig organisierten Putsches spricht.

SPD. Berlin, 12. Mai, 2 Uhr nachmittags.

Die für die vorgesehene Reichsregierung nach Durchführung des jüngsten Putschplanes vorgesehenen Männer sind:

1) Bürgermeister **Dr. Neumann, Lübeck,** als Reichskanzler;
2) Geheimrat **Hugenberg** als Finanzminister;
3) Der Industrielle **Dr. Wegner** aus Bad Kreuth in Bayern als Reichsinnenminister;
4) General **Moehl** als Reichswehrminister.

Durch Verordnung der Preußischen Regierung sind sofort die rechtsradikalen Verbände Wiking, Werwolf und der Sportklub Olympia verboten und aufgelöst worden.

Der Führer des Sportklubs Olympia Oberst von Luck ist nach seiner Vernehmung auf dem Polizeipräsidium Berlin verhaftet worden. Gerüchtweise verlautet, daß nach der Entdeckung der jüngsten Putschpläne Ehrhardt und der Führer des Mitteldeutschen Stahlhelm Oberst Düsterberg flüchtig geworden sind.

*

Arbeiter Lübecks! Ungeheure Erbitterung wird die Meldung von diesem Verbrechen in Euren Reihen auslösen. Trotzdem ist das Gebot der Stunde:

Ruhe bewahren!

An dem geplanten Verbrechen ist kein Zweifel. Wie weit sich die Teilnahme des Lübecker Bürgermeisters bestätigt, werden die Vertrauensleute der Partei im Laufe des heutigen Tages noch genau nachprüfen.

Dann, aber nicht früher, wird die Stunde zum Handeln gekommen sein!

Darum wartet die Parole der Partei ab!
Steht einig und treu zusammen!
Es lebe die deutsche Republik! Es lebe die Sozialdemokratie!

Amtlich bestätigt!

Berlin, 12. Mai, 3 Uhr mittags. (Eig. Fernspr.)

Der amtliche preußische Pressedienst meldet: Die Tätigkeit der Vaterländischen Verbände, die in letzter Zeit die Oeffentlichkeit wiederholt beschäftigt hat, wird von einem Kreis politischer Persönlichkeiten nach außen unsichtbar geleitet. Die Durchsuchungen ergaben, daß dieser Kreis einen genauen Plan für die Herbeiführung der Diktatur festgelegt hat. Diese Diktatur sollte dadurch ermöglicht werden, daß nach dem über kurz oder lang zu erwartenden Rücktritt der gegenwärtigen Reichsregierung — gedacht war vor allem an die Fürstenenteignung — eine vom Reichspräsidenten ernannte Regierung von Außenseitern nach Ablehnung eines Vertrauensvotums den Reichstag auflöst, und die Zeit bis zur Neuwahl zur Mobilisierung der Vaterländischen Verbände im Rahmen der Reichswehr benutzt. Sofern eine genügend starke Hausmacht bereitsteht, beabsichtigt man nach beiwilligem Rücktritt des Reichspräsidenten, an dessen Stelle verfassungsmäßig der Reichskanzler zu treten hätte, die Diktatur herbeizuführen. Das erste Manifest der Regierung soll die Außerkraftsetzung der Verfassung des deutschen Reiches vom 11. August 1919 und der Landesverfassungen vor. Die für die Durchführung dieses Planes vorgesehenen Männer sind:

1. Bürgermeister Dr. Neumann, Lübeck, als Reichskanzler
2. Geheimrat Hugenberg als Reichsfinanzminister
3. Der Industrielle Dr. Wegener aus Kreuth i. B. als Reichsinnenminister
4. General von Moehl, als Reichswehrminister
5. Dr. Fehr. von Löning, Bonn, Vorsitzender der Rheinischen Landwirtschaftskammer und Führer der Rheinischen Bauernvereine, als Ernährungsdiktator.

Erklärung des Bürgermeisters

Wie uns soeben mitgeteilt wird, hat Bürgermeister Dr. Neumann auf das Eintreffen der ungeheuerlichen Meldung hin sofort den Senat zu einer Sitzung einberufen, in der er nähere Erklärungen abzugeben gedenkt. Er gibt an, von dem Plan nichts zu wissen und allen Putschgelüsten ablehnend gegenüberzustehen.

Wie sein Name auf die Liste kam, wird also noch schärfster Nachprüfung bedürfen.

Ruhig Blut bewahren!

Das letzte Wort wird heute noch nicht gesprochen.

Luthers Schicksal besiegelt!

Lübeck, 12. Mai, 1 Uhr mittags.

Nicht weniger als fünf Mißtrauensvoten liegen zurzeit gegen die Regierung vor, und zwar von folgenden Fraktionen: Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Deutschnationale und Völkische.

Bis 1 Uhr mittags hatte die Regierung ihren Rücktritt noch nicht erklärt, jedoch haben die Demokraten nach stürmischer Nachtsitzung beschlossen, ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen und ein allerdings höchst verklausuliertes Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht. Es ist danach völlig ausgeschlossen, daß bei der Abstimmung heute nachmittag eine Mehrheit für die Regierung zustande kommt. Luther ist erledigt.

Amundsens Luftschiff am Nordpol

Die „Norge" erreichte um 1 Uhr nachts den Nordpol. Nachdem die Messungen ergeben hatten, daß der Pol erreicht war, ging das Luftschiff in Südnähe herunter. Die Meteore wurden gehißt und es wurden Flaggen heruntergeworfen. Am Pol herrscht leichter Nebel, der zeitweise von Sonnenstrahlen durchbrochen wird. Die ganze Region des Nordpols ist von unabsehbaren Eismassen bedeckt, in der nur schmale Streifen mit Neueis ausgefüllt sind.

Es begann eine lange verbale Schlacht in der Bürgerschaft der Befürworter[214] und Gegner Neumanns und der jeweiligen Gesinnungsgenoss:innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.[215] Im Ergebnis beleuchten die Veröffentlichungen im Lübecker Volksboten aus Sicht Dr. Lebers hinreichend das ganze Dilemma von Gesellschaft und Staat der Lübecker Weimarer Republik.[216] Das Mißtrauensvotum gegen Dr. Neumann ist am Mittwoch, dem 2. Juni 1926, mit 43 gegen 32 Stimmen in zweiter Lesung und damit

---

214 Ein gutes Beispiel für die Meinungsunterschiede in der Causa Neumann ist Düesberg, 12: „-In welcher Weise nunmehr (nach der Reform der LV von 1923, MB) das parlamentarische System auch in Lübeck gehandhabt werden kann, das haben die Vorgänge im Sommer 1926 gezeigt, wo der verdiente Bürgermeister Dr. Neumann am Vorabend der 700 Jahr Feier der Reichsfreiheit Lübecks ohne den geringsten stichhaltigen Grund gestürzt wurde." Vgl. ausführlich aus völkischer Sicht Knie, 50 f.

215 LBV 21.5.1926 „Böses Gewissen", der Artikel fasst die wesentlichen Vorwürfe zusammen: https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/LBV-21.5.26-Boeses-Gewissen.pdf

216 Ein gutes Bild der damaligen erbitterten Kämpfe, auch um die Person Neumanns aus völkischer Sicht gibt Knie, 48-52.

endgültig angenommen worden.[217] Neumann trat daraufhin am 3. Juni 1926 zurück. Senator Paul Löwigt[218] übernahm den Vorsitz im Senat.

Neumanns Nachfolger wurde ein von Neumann und den anderen reaktionären nationalistischen Kräften in Lübeck zwar persönlich tolerierter (gemäßigter[219]), aber wegen seiner Parteizugehörigkeit verachteter Sozialdemokrat, Paul Löwigt. Und das, um es auf die Spitze zu treiben, am Morgen des Beginns der großen 700 - Jahrfeier, die unter Ausschluss der SPD und KPD[220] von Bürgermeister Neumann in der Zeit vom Donnerstag, dem 3. Juni bis Sonntag, dem 6. Juni 1926, zelebriert werden sollte. Der erste Regierende SPD Bürgermeister des Freistaats Lübeck, Paul Löwigt, würde nun den über Deutschland hinausreichenden Glanz der Reichsfreiheitsfeier der alten und Hansestadt einheimsen können.[221] Eine unerwartete Schande, die Neumann letztlich nicht überlebte. Er starb nur zwei Jahre später, am 8. April 1928.[222]

An der sich radikalisierenden Haltung der Öffentlichkeit Mitte der 1920er Jahre änderte dieser Wechsel im Amt des Bürgermeisters und der Repräsentanz des Freistaates auf der

---

217 In namentlicher Abstimmung 43 Stimmen von SPD und KPD und 5 Mitglieder der Demokratischen Partei gegen 33 ,7kuStimmen, Knie, 51

218 zu Löwigts Werdegang auch Freche, 115

219 Freche, 115; bei der Einführung der am 18. Juni 1926 gewählten bürgerlichen Senatsmitglieder Eckholdt und Dr.Geister, die nur mit den 35 Stimmen von SPD und KPD gewählt worden waren, erklärte Löwigt, „dass die Gründe, die Bürgermeister Neumann zum Ausscheiden aus dem Senat veranlasst hätten, auf politischem Gebiete lägen. Er halte es nicht für angebracht, darauf einzugehen. Bürgermeister Dr. Neumann sei 1904 in den Senat gewählt worden. Als Polizeiherr, als Vorsitzender der Finanzbehörde und seit 1921 als Präsident des Senates habe er an verantwortungsvoller Stelle gestanden. Auch in den Zeiten der größten politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätte er es verstanden, mit Geschick und Energie die Interessen des Lübeckischen Freistaates zu fördern. Dies anzuerkennen, würden sicher auch seine politischen Gegner bereit sein.“, Knie, 54, schreibt zutreffend, dass diese - die Hintergründe verschweigende - Würdigung Neumanns durch den späteren Bürgermeisters Löwigt sicher nicht im Sinne Dr. Lebers und von Dr. Solmitz gelegen habe.

220 LVB v. 29.5.1926,1 : „Mußte es so kommen. Ein Wort zur Siebenhundertjahrfeier“ mit näheren Einzelheiten zum Verfahren; „Der Festzug“ Artikel kritisiert den fehlenden Hinweis auf die Republik: LVB 7.6.1926, Beilage; a.A. Knie, 48f.

221 Während der Feierlichkeiten vertrat ihn Senator Dr.Vermehren: Krogel, 236

222 Siehe den Nachruf auf Neumann von Julius Leber, Lübecker Volksbote, 28. April 1928, 1

Feier zur Reichsfreiheit durch einen Sozialdemokraten nichts. Folge des Rücktritts Neumanns war vielmehr die Entstehung einer vom Ex-Bürgermeister und Vorsitzenden des Kirchenrates als Sammlungsbewegung mit ins Leben gerufenen neuen Partei,[223] dem *Hanseatischen Volksbund*. Der *Volksbund* überflügelte noch im gleichen Jahr die SPD bei den Bürgerschaftsmandaten. Bei der Wahl zur vierten Legislaturperiode der Lübecker Bürgerschaft als Landespar-lament (1926–1929), am 14. November 1926, erreichte der *Hanseatische Volksbund* aus dem Stand einen bedeutenden Wahlerfolg und wurde mit 44 % der Stimmen und 36 von 80 Sitzen noch vor der SPD (42,6 %; 35 Sitze) stärkste Fraktion[224].

Dieser politische Erfolg verdeutlicht das Ansehen, das Neumann im Lübecker Bürgertum und weit darüber hinaus inzwischen erworben hatte. Es beweist auch, dass weder die Verwicklung in die reichsweiten Putschpläne der Alldeutschen, noch die aufgedeckte skandalöse berufliche Verstrickung in das völkische Medienmonopol Hugenbergs in Berlin, das Bild des vorbildlichen hanseatischen (seriösen) Staatsmannes, das sich der Republikfeind inzwischen hatte verschaffen können, trüben konnte.[225] Wäre eine Volkswahl des Regierenden Bürgermeisters nach der Landesverfassung möglich gewesen, Neumann wäre wahrscheinlich fünf Monate nach dem politischen Skandal (oder gerade deshalb) gewählt worden. Der konservative Sozialdemokrat Paul Löwigt hätte sehr wahrscheinlich in der öffentlichen Auseinandersetzung gegen Neumann den Kürzeren gezogen.

Der Erfolg des *Hanseatischen Volksbundes* wiederholte sich jedenfalls nicht. Neumann war im April 1928 verstorben. Bei der Wahl 1929 musste der Volksbund, der im Lübecker Senat auch vier von 11 Senatoren stellte, deutliche Verluste hinnehmen. Er verlor knapp

223 Buss, 147

224 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund, 14.4.2021

225 Düesberg, 12

ein Sechstel seiner Wähler an die NSDAP; 1932 kehrte sich das Stimmenverhältnis zwischen beiden beinahe um, als der Volksbund 24 seiner 29 Sitze verlor, vor allem an die NSDAP. 1933 unterstützte der fast bedeutungslos gewordene Volksbund in der Bürgerschaft und im Senat selbst die NSDAP.[226] Die NSDAP setzte ihrem als Biedermann verkleideten Fackelträger zu guter letzt ein Denkmal: Seit 1933 erinnerte eine Straße an Neumann. Die heutige Rathenaustraße am Stadtpark trug nach Neumanns Tod von 1933 bis 1945 den Namen *Bürgermeister-Neumann-Straße*.[227]

2. DIE VORBEREITUNG DES UMSTURZES

Die Kindheitserinnerungen des 1927 in Lübeck geborenen Journalisten Rolf Winter (1927-2005), „Hitler kam aus der Dankwartsgrube (und kommt vielleicht mal wieder),“[228] erzählt von der Armut und vielfältigen Abhängigkeit der Lübecker Arbeiterschaft in der Zeit der Weimarer Republik, die unter teils erbärmlichen Bedingungen in den Gruben wohnte. In diesen zum Teil trostlosen Verhältnissen sah Winter die Brutstätten des Nationalsozialismus in Lübeck.

In Wirklichkeit lagen jedoch diese Verhältnisse und vor allem die für die Gewalttätigkeit notwendigen antirepublikanischen Ideologien, mitsamt dem Eigentum an den engen Mietshäusern, in den Händen der elitären Lübecker Bürgerschicht, die in der Oberstadt wohnte, wie etwa Emil Possehl, der seine Privatwohnung, wenige Schritte von der Dankwartsgrube entfernt, oben auf dem Stadthügel in der Musterbahn hatte,[229] mit idyllischem Blick auf den Mühlenteich. Von dieser Art bürgerlicher Elite stammten die

226 Vgl. zum Vorgenannten. https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund, 8.4.2021

227 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann, 5.4.2021

228 Winter

229 Musterbahn 19

Ideen einer nationalen Diktatur im Sinne des von Possehl unterstützten AV. Sie keimten dann heran zu Hass und Gewaltbereitschaft auch in der Dankwartsgrube.

Dort kochte Armut und herrschte Wut und Hass auf die Herrenmenschen, die mit ihren Vorstehhunden, wie das Winter am Beispiel des Spediteurs Longuet schildert, in die Dankwartsgrube kamen, um dort die Miete abzukassieren. Die Lebenswelten des Industrie- und Beamtenadels im Kaiserreich und der Weimarer Republik einerseits und diejenige der Industrie- und Hafenarbeiter andererseits trafen auf der bloß 100 ha großen Altstadtinsel Lübecks hart aufeinander.[230]
Willy Brandt erzählt etwa davon, wie er als Junge mit acht Jahren, als die Belegschaft des Betriebes, in dem sein Großvater Ludwig Frahm (1875-1935) arbeitete, den Dräger-Werken, ausgesperrt worden war, von einem der an ihm vorbeigehenden Direktoren des

Willy Brandt als 3-Jähriger 1916

230 Vgl. zu den getrennten kulturellen Lebenswelten (sozialistisches und nationales Lager) auch Freche, 108, 138

bestreikten Betriebes zwei frisch gebackene Brote geschenkt bekommen habe. Als er diese zu Hause habe abgeben wollen, und gefragt worden sei, woher er sie habe, musste der Junge sie in den Bäckerladen zurückbringen. Brandt schreibt, er habe auf diese Weise früh und eindrücklich etwas über Klassenbewusstsein gelernt, dass nämlich ein aufrechter Arbeiter, zumal im Arbeitskampf, sich „nicht mit Almosen abspeisen lässt“.[231]

Die Klassenfrage war damals also kurz und bündig beantwortet. Während beispielsweise Willy Brandts Großvater, zunächst mecklenburgischer Landarbeiter, dann in Lübeck einfacher Arbeiter und anschließend Lastwagenfahrer bei den Dräger-Werken mit 50 Mark wöchentlich, d.h. mit 2.400 Mark im Jahr, für seine fünfköpfige Familie auskommen musste,[232] konnte Possehl 1916 ohne weiteres 50.000 Mark für den Kauf und Aufbau des völkischen AV Blattes *Deutsche Zeitung* erübrigen, damit es seine rassistischen und annexionistischen Botschaften im Sinne des AV unter das Volk bringen konnte.

Mit von Partie war übrigens - wie oben bereits dargestellt - wieder der Senatskollege Possehls, Senator Neumann, der ebenfalls mit 50.000 Mark für die *Deutsche Zeitung* auf der Spendenliste stand.[233] Wie der spätere Bürgermeister Neumann allerdings einen solch beachtlichen Betrag (das 20fache des Jahreslohns eines Facharbeiters) nebenher hatte selbst aufbringen können, bleibt schleierhaft. Von seinem Senatorengehalt von 2.500 Mark im Monat war das jedenfalls nicht möglich.[234] Die Vermutung liegt nahe, dass diese Geldmittel aus Nebeneinkünften im Scherl-Verlag von Hugenberg stammten.

---

231 Brandt Links, 21

232 Brandt, 12

233 Leicht, 231;

234 30.000 Mark/jährlich: §1 Gesetz betreffend das Gehalt der Senatsmitglieder vom 23.5.1920, in Schaefer, 98

Leber beschreibt folgerichtig die tatsächlichen damaligen Verhältnisse im Freistaat. Er bestätigt den tiefen Hass der Elite des Bürgertums, die innerhalb des AV mit ihrer Ideologie und Konspiration immer wieder versuchte, die Macht für die konservative Revolution in den Ländern und im Reich an sich zu reißen.[235] Dies geschah heimlich und in den seit Ende des 19. Jahrhunderts dafür geschaffenen Netzwerken, insbesondere des AV unter Claß und Hugenberg. Die Akteure der *Konservativen Revolution* konspirierten verdeckt im Hintergrund. Unter Fehling herrschte in Lübeck die national-konservative, unter Neumann die national-völkische und unter Löwigt ab November 1926 der „neue Konsens“ des national-völkischen *Hanseatischen Volksbundes*.[236]

In der Stadtrepublik und anderswo gründeten sich zunehmend die Sturmtruppen, der bewaffnete Arm des „Nationalen Widerstandes“. Ein Jahr vor der Katastrophe des vierten Staatsstreichversuchs, 1926, kam es am 9. April 1925 im Turnerschaftshaus zur Gründung der Lübecker NSDAP.[237] Das reichsweite Parteiverbot der Nationalsozialisten von November 1923 war im Februar 1925 gerade ausgelaufen.

Polizeisenator Mehrlein (SPD) verhängte im Herbst 1925 - trotz des im Februar 1925 gerade abgelaufenen reichsweiten Parteiverbotes der NSDAP - ein Redeverbot für Adolf Hitler im Freistaat.[238] Die sich 1925 verstärkende, drohende konkrete Gefahr des

---

235 Zur Klassenfrage: LVB vom 5.10.192,1: „Großkapitalistische Diktatur“

236 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund

237 Heraus zum Kampf! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Lübeck 1866-1949, bearbeitet von Ingrid Bounin, herausgegeben von der Verwaltungsstelle Lübeck der Industriegewerkschaft Metall, 1987, 387; unter den Gründern waren der spätere Senator Bannemann, Kreisleiter Fredrich, Dr. Währer, Koop und Jodeit: Knie, 66.

238 Heraus zum Kampf!, (FN 94), 387; Akte Neues Senatsarchiv Nr. 1306 mit dem Titel: „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (darin: Erwiderung des Polizeisenators Fritz Mehrlein auf den Antrag der NSDAP-Ortsgruppe Lübeck auf Aufhebung des Redeverbots für Adolf Hitler vom 27. März 1926)“ (dort: „Herbst 1925“)

Faschismus ist demnach aus polizeilicher Sicht im Senat durchaus erkannt worden.[239] Es fehlte indes bei der Dominanz reaktionärer Kräfte in Senat und Bürgerschaft offenbar an durchgreifender staatlicher oder staatlich organisierter oder privat zu organisierender gesellschaftlicher Gegenwehr.

Willy Brandt beklagt zu Recht den seinerzeit fehlenden klaren und harten Kurs der Parteiführung der SPD gegenüber den Feinden der Republik.[240] Er war deshalb nach einjähriger Zugehörigkeit (1930-1931) im Widerspruch zu seinem Förderer, Julius Leber, aus der Partei ausgetreten und schloss sich 1931 der linkssozialistischen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) an.

Die vorbildliche antifaschistische Haltung Julius Lebers wiederum fand zwar in der im Gewerkschaftshaus in der Johannisstraße 46-48 organisierten Arbeiterschaft breite Unterstützung. Sie war aber offenbar doch nicht hinreichend, um der Ausbreitung der Anhängerschaft der Nationalsozialisten in Lübeck Paroli bieten zu können. Weder konnte die Wiedergründung der 1923 reichsweit verbotenen NSDAP 1925 in Lübeck, noch am 1.10.1929 die Aufstellung der ersten SS-Formation in Lübeck durch den Senat oder die organisierte Arbeiterbewegung verhindert werden. Der Polizeiherr beließ es offenbar bei Auflagen für Demonstrationen der NSDAP, etwa das Verbot der einheitlichen Kleidung oder des Tragens einheitlicher Abzeichen.[241]

Dabei lag das Vereinigungs- und Parteiverbot im Ermessen Mehrleins. Ein Verfassungsgerichtsvorbehalt oder ein entsprechender Verfassungs-gerichtshof existierte

---

239 Was angesichts des reichsweiten Verbots der NSDAP vom 23.11.1923 bis Februar 1925 andernfalls auch erstaunlich gewesen wäre, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei, 7.4.2021

240 Brandt, Erinnerungen, 94

241 August 1930: Knie, 79

- wie ausgeführt - damals nicht. Vereinigungen und Parteiverbote unterlagen also, wenn sie beklagt wurden, nur einer ex post Kontrolle durch den nach dem Radbruch'schen Republikschutzgesetz (Gesetz zum Schutz der Republik von 21.Juli 1922[242]) zuständigen Staatsgerichtshof in Leipzig.[243]

Entscheidend waren aber dort im Wesentlichen die Staatsschutzbestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches und nicht die verfassungs-rechtliche Ordnung der Weimarer Verfassung.[244] Judiziert wurde Strafrecht und nicht Verfassungsrecht. Senator Mehrlein hätte also bei konkreter Gefahr eines Putsches oder der verfassungsfeindlichen Bestrebung, die Parteigliederung oder Organisation auflösen und einzelnen führenden Personen, die sich in diesem Sinne verfassungs-feindlich äußerten, Redeverbot erteilen können. Eine Verbotsverfügung zur Gefahrenabwehr hätte zunächst Bestand gehabt, denn der Beschwerde kam keine aufschiebende Wirkung zu.[245] Schließlich wäre auch der Erlass einzelner die Verfassung schützender Maßnahmen der Lübecker Landesregierung nach Art. 48 Abs.4 WRV möglich gewesen. Das alles geschah - mit Ausnahme des genannten Redeverbots für Hitler - nicht. Lübeck unterschied sich in diesem, auf das gesamte Reichsgebiet gesehen, staatlichen (Nicht-)Vorgehen wenig von den 17 anderen Bundesstaaten.[246]

---

242 http://www.documentarchiv.de/wr/repschutz_ges01.html

243 Jasper, Gotthart, Justiz und Politik in der Weimarer Republik, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1982, S.167, https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_2_1_jasper.pdf

244 Verfassungsmäßige Ordnung: Nach Art. 20 Abs. 3 GG ist die Gesetzgebung (Legislative) an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, während die vollziehende Gewalt (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative) an Gesetz und Recht gebunden sind. Hier versteht sich der Begriff der verfassungsmäßigen Ordnung als das gesamte formelle Verfassungsrecht; vgl. https://de.m.wikipedia.org/wiki/Verfassungsm%C3%A4%C3%9Fige_Ordnung, 1.5.2021,

245 §17 Abs.3 Republikschutzgesetz

246 Jasper, 171

Die Saat der Faschisten und ihre Hintermänner ging Schritt für Schritt auf. So berichtet die Norddeutsche Zeitung (KPD) unter dem 30.10.1930 über eine Versammlung der NSDAP in Lübeck mit dem Thema „Das Verhältnis der Nationalsozialisten zum Privateigentum." Namhafte Wirtschaftsführer Lübecks wie der Inhaber eines großen Tuchlagers und Mitglied der DVP, Konsul Herman Gustav Stolterfoth und Konsul Boie und andere, schreibt die Zeitung, hätten den Bannemanns[247] (NSDAP) und Albrechts (Gauleiter im Nazi-Gau Mecklenburg-Lübeck, der den Vortrag hielt), Beifall gezollt.[248]

Ein derartiges öffentliches Bekenntnis eines Teils der Lübecker Stadtelite zu Nazi-Führern im Jahre 1930 zeigt, dass die Bereitschaft der bürgerlichen Elite, sich mit nationalsozialistischen Zielsetzungen und deren Führungspersonen anzufreunden, wesentlich früher im Freistaat bereits enttabuisiert war. Von einer Distanzierung oder gar Gegenwehr, etwa schon zu Beginn der 1920er Jahre, ist nichts bekannt. Noch 1926 - nach der Aufdeckung des Putschversuches - sieht etwa Gerd Düesberg in seiner Darstellung zur Landesverfassung keinerlei Anlass von „Feinden der Republik" zu sprechen.[249]

Julius Leber war damals längst zur Zielscheibe aller faschistischen Kräfte im Freistaat geworden, ohne dass sich von den anderen bürgerlichen Parteien oder von Seiten der örtlichen konservativen Presse Widerstand gegen die sichtbare beginnende Barbarei geregt hätte. Der *Lübecker Generalanzeiger* war in Hugenbergs Händen und die *Lübeckischen Blätter* wurden von einem völkischen Rassisten geleitet. Diese Verhältnisse erklären auch das Schweigen der diese Presseorgane stützenden Kreise der

---

[247] (1902 - 1957) war auch Senator in Lübeck(1933-1940), https://de.m.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%BCbecker_Senatoren, 16.10.19

[248] Heraus zum Kampf, a.a.O. (FN 94), S. 270. Die „Norddeutsche Zeitung" war das Organ des KPD-Bezirkes Wasserkante, zu dem auch Lübeck gehörte: Nachweis ebda.

[249] Düesberg, 12; Düesberg war 1935 Leiter des Presse- und Werbewesens bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn, Adressbuch 1935, 95

Gemeinnützigen oder von Wirtschaft und Kultur gegenüber den erschreckend völkischen Debatten in der Bürgerschaft der Stadt.

Der Lübecker Historiker Wolfgang Muth beschreibt die beispielhaft entschlossene Gegenwehr Lebers im Gegenüber der völkischen Kräfte. Da gab es kein Hin und Her, Ja und Aber, kein vorsichtiges nach allen Seiten Absichern:

> *„Im Juli 1923 wollte der „Schwartauer Hakenkreuzbund“ [250]eine Fahnenweihe feiern. Die Lübecker SPD rief zu einer öffentlichen Gegendemonstration auf, an ihrer Spitze marschierte Leber. Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zogen sich die Völkischen in eine Gaststätte zurück und verbarrikadierten sich. Leber gelang es, Zugang zu dem Lokal zu bekommen, und erreichte die Übergabe der Fahne an ihn gegen die Zusage, dass die Lübecker Sozialdemokraten sich zum Schwartauer Markt zurückziehen würden.*
>
> *Im Sommer 1924 beantragte die deutschvölkische Fraktion in der Bürgerschaft, einen Gedenkstein für Albert Leo Schlageter in Lübeck zu errichten.[251] Der junge Mann hatte während der Besetzung des Ruhrgebietes durch Belgien und Frankreich Attentate auf die ausländischen Besatzungstruppen verübt und war deshalb von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden.*
>
> *Leber sprach vehement gegen den Antrag. Schlageter sei durch die nationalistische Propaganda verhetzt worden und habe durch seine Taten der „Hetzpropaganda Poincarés in Frankreich“ ungeheueren Vorschub geleistet. Das Nationalgefühl der Sozialdemokratie sei durch die Achtung anderer Nationen geprägt. Nur gegenseitiges Verständnis könne zu einem langfristigen Weltfrie-den beitragen. Damit zog er sich zum ersten Mal den Zorn der Völkischen zu. Erste Drohungen gegen ihn wurden öffentlich ausgesprochen.*
>
> *1926 kam es in der Bürgerschaft zu einer Debatte über die Einbürgerung von Juden, in der er der Rechten antisemitische Motivationen unterstellte. Die Deutschvölkischen hielten ihm vor, dass er wahrscheinlich selbst Jude oder jüdisch versippt sei. Leber verwahrte sich scharf dagegen und warf seinem Hauptwidersacher vor, er könne ihn dann mit dem gleichen Recht einen Indianer nennen.*
>
> *Die Auseinandersetzung zwischen ihm und den stärker werdenden Nationalsozialisten verschärften sich immer mehr. Schon 1930 drohte ihm der NS-Bürgerschaftsabge-ordnete*

---

[250] Nach Knie, 30, handelte es sich bei den Auseinandersetzungen am 1.Juli 1923 in Schwartau um eine Versammlung der Bismarckjugend, der Jugendorganisation der DNVP (Hugenberg): „Die Schwartauer Schlacht gegen Kinder“.

[251] Am 26.5.1924 fand im Dom unter Anwesenheit Bürgermeister Dr.Neumanns und Senator Dr.Vermehren eine Gedächtnisfeier statt. Ein Findling als Denkmal wurde im Garten des Hindenburghauses (Abgerissen für Bau des Landgerichtes) errichtet, Knie, 41

> *Hoffmann: „Es kommt einmal die Stunde, wo wir an ihre Tür klopfen werden mit den Worten: „Herr Dr. Leber, es ist so weit!'" In der Öffentlichkeit wurde von Seiten aufgehetzter Nationalsozialisten verkündet: „Zwei Stunden nach unserem Sieg hängt Leber auf dem Marktplatz."*[252]

Insgesamt entwickelte sich Leber für die Lübecker NSDAP zu ihrem schlimmsten Feind.[253] Noch nach der Machtübertragung am 31.1.1933 hieß es in der nationalsozialistischen Propaganda im Zusammenhang mit Berichten über frühe Widerstandstaten oder die Verhaftung von Nazi - Gegnern immer wieder: „Die Saat des Hetzers Leber ist aufgegangen!" In einem Artikel des Lübecker Generalanzeigers vom 2. Februar 1933 über eine Versammlung der Nationalsozialisten am Vorabend hieß es:

> *„Der letzte Redner des Abends, Glasmeier, hob hervor, dass, wo Leber spreche, immer Blut zugeschrieben werden. (...) Nicht die Sozialdemokratie und nicht die KPD seien (...) für die Bluttaten verantwortlich, einzig und allein Dr. Leber."*[254]*. Das sei schon so gewesen, als es noch gar keine Nationalsozialisten in Lübeck gegeben habe. (...) Alle Lübecker Bluttaten müssten den Hetzartikeln des Amtsblattes (gemeint ist hier der Volksbote) zugeschrieben werden."*

1932 nach dem Preußenschlag, d.h. nach der verfassungswidrigen Absetzung der SPD-geführten Regierung unter Otto Braun in Preußen am 20. Juli 1932 durch Reichskanzler Papen (Hermann Göring wird als Ministerpräsident eingesetzt),[255] verschärfte sich der Gewaltkurs. Den Tag nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler hätte Julius Leber, ohne persönlichen Leibwächter, der in Notwehr einen in der Nacht angreifenden SA-Mann erstach, nicht überlebt.[256]

---

252 Hinweis im Lübecker Volksboten vom 9.3.1932

253 Vgl. auch die völkische Darstellung von Knie, 3f.

254 Wolfgang Muth, Dr. Julius Leber-Leben und Werk, Vortrag Julius Leber Schule am 19.8.2011

255 Siehe dazu Arnold Brecht, Mit der Kraft des Geistes, Lebenserinnerungen, Zweite Hälfte 1927-1967, Stuttgart 1967, 181 ff.

256 Julius Leber,,https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Leber16.10.2019

Ausblick: Karl-Heinz Roth beschreibt die sofort nach dem 31.1.1933 gerade in den Hansestädten ausbrechende Barbarei in der Verfolgung von Sozialisten und anderen bekannten Verteidigern der Republik:

> *„Ende Februar 1933 kam in den freien Hansestädten eine terroristische Verfolgungskampagne gegen ihre Kader und Anhänger in Gang, die auf Reichsebene kaum ihresgleichen hatte. Der Aktionsradius der traditionell hocheffizienten politischen Polizeibehörden wurde durch „Kommandos z.b.V.“, die Aufwertung der SA-Rollkommandos zu Formationen der „Hilfspolizei“ und die Einrichtung hansestädtischer „Schutzhaft“-Lager schlagartig erweitert. Wer sich gegen den Umbruch offen zur Wehr setzte, war bald mit Terrorpraktiken konfrontiert, die nicht nur alle bis dahin gemachten Repressionserfahrungen weit übertrafen, sondern gerade in den Hansestädten auf der Seite der politischen und wirtschaftlichen Machtträger des neuen Regimes eine kompromißlose klassen-politische Kampfstellung zum Ausdruck brachten“.*[257]

Dieses krasse Fehlen jeglichen bürgerlichen Anstands beweist erneut die - oben dargestellte - lange Dauer der Auswirkungen des tiefsitzenden Doppelbinderprozess aus Hass und Gewalt. Der im Kaiserreich herrschende Kulturpessimismus hatte schon lange vor dem 31. Januar 1933 große Teile der bürgerlichen Elite der Hansestadt Lübeck erfasst. Die niedersten Instinkte warteten auf ihren kollektiven Einsatz.

---

257 Das Großbürgertum der freien Hansestädte und der Faschismus, in: Arno Klönne/Karl A.Otto/ Karl Heinz Roth (Hg.),Fluchtpunkte.Das soziale Gewissen der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003, S.1 - 31, insbesondere S.9: Zu Bremen vgl. auch Jörg Wollenberg, Von den „Ideen von 1914“ zum Geist von Potsdam 1933“ - Ludwig Roselius und Richard von Hoff „gegen Kriegsschuldlüge und Versklavung“ und für die Volkshochschulen als „heilige Pflanzstätten der Wiedergeburt Alldeutschlands aus germanischem Geist“, Bremen Vampyr Stadt neu vhs_pdf

VI. PFLÄNZCHEN ODER BLUMENSTRAUß : ARBEITERKULTUR VERSUS ELITENKULTUR

Zweifellos war die in der Johannisstraße 46-48, im Gewerkschaftshaus, organisierte Arbeitswelt und deren Kultur[258] im Freistaat Lübeck in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts kein bloß aufkeimendes Pflänzchen. Es wurde mit der Industrialisierung und steilen Bevölkerungsentwicklung Ende des 19. Jahrhunderts ein immer größerer und bunterer Blumenstrauß. Die industrielle Entwicklung der Boomjahre des letzten Viertels des 19.Jahrhunderts ließ die Handels- und Hafenstadt derart wachsen, dass am 1.11.1911 mit über 100.000 Einwohnern endlich die Bezeichnung „Großstadt“ erreicht werden konnte.[259]

Die Freie- und Hansestadt Lübeck war seit 1871 und bis zu ihrer Eingliederung in die Provinz Schleswig-Holstein 1937 neben Bremen und Hamburg eine der drei Republiken der im Kaiserreich 25 bzw. 26 (mit Elsass-Lothringen) Bundesstaaten des Deutschen Reiches. Die anderen Bundesstaaten waren Monarchien bzw. Fürstentümer. Lübeck rangierte nach der Einwohnerzahl von 1871 mit ca. 40.000 zwar an drittletzter Stelle der Bundesstaaten. In der Weimarer Republik waren es dann (nach 1920) noch 18 Bundesstaaten.

Auch hier blieb der Freistaat mit 130.000 Einwohnern (1925) an drittletzter Stelle, vor Mecklenburg-Strelitz mit 110.000 und Schaumburg- Lippe mit 50.000 Einwohnern.[260]

---

258 Kastner; vgl auch die Zusammenfassung zu Bourdieu: https://www.getabstract.com/de/zusammenfassung/die-feinen-unterschiede/6945

259 Vgl. zur Entwicklung des Lübecker Bürgertums auch Geist, 31 mit dem Datum 1.11.1911

260 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1084230/umfrage/zahl-der-einwohner-in-der-weimarer-republik/

Zum Vergleich: Die beiden größten Bundesstaaten waren Preußen mit 38.117.000 und Bayern mit 7.480.000 Einwohnern. Ein völlig unausgewogenes Verhältnis der Einzelstaaten, das schon Arnold Brecht, der mit der Reichsreform befasst war, auf dem Verfassungstag in Lübeck 1928 beklagte.[261]

Die rasante industrielle Entwicklung Lübecks erklärt auch den zunehmenden Erfolg der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien in Lübeck.[262] Die sozialistische SPD unter Theodor Schwartz, die Gewerkschaften, später ab 1918 auch die KPD, machten weit mehr als 50% der Wähler:innen aus und selbstredend galt das auch für die Mehrheit der inzwischen auf über 120.000 angewachsene Lübecker Bevölkerung. In den sechs Bürgerschaftswahlen von 1919 bis 1932 wurde die SPD jeweils stärkste Partei. Erst in der Wahl am 6.3.1933 erhielt die NSDAP 42,8% gegenüber der SPD 38,3%.[263] Die SPD hatte in Lübeck 1894 noch 500, 1914 bereits 8034 Mitglieder.[264]

An der alten Elitenkultur[265] änderte die Revolution 1918/19 in Lübeck hingegen nichts. Das Radikal Neue nach der Revolution wie in Berlin, Kiel und München fiel hier aus. Die ökonomisch-kulturelle Hegemonie der Stadtelite blieb unverändert erhalten. Man denkt unwillkürlich an 1848: In Thomas Manns Roman „Die Buddenbrooks“ fordert die aufgebrachte Menge eine Republik, und als Konsul Buddenbrook beschwichtigt: "Aber ihr habt doch schon eine", entgegnet Carl Smolt, einer seiner Arbeiter: "Dann wollen wir noch eine."

---

261 Blöcker, 141

262 Zur Entwicklung der Reichstagswahlen 1871- 1912: www.bundestag.de, Wahlen im Kaiserreich; zur industriellen Entwicklung: Klinsmann

263 Bürgerschaftswahlen von 1919 bis 1933, in Ergebnisse der Kommunalwahlen in Lübeck, de.wikipedia.org, 16.10.2019

264 Stegmann Radikalisierung, 40

265 Vgl. das von Freche, 138

Bürgermeister Erwin Ferdinand Fehling blieb Regierungschef und der Senat blieb im Amt - im Gegensatz zu den Regierungen der meisten anderen Bundesstaaten. Fehling sorgte, auch mit der Wahl seines Nachfolgers, für vaterstädtische Kontinuität. Diese vaterstädtische Kontinuität spiegelt sich auch in der Doppelfunktion Neumanns von Bürgermeisteramt und Vorsitz des staatlichen Kirchenrates. Trotz der in der Weimarer Verfassung verfügten Trennung von Staat und Kirche, signalisierte diese Verbindung der beiden höchsten Ämter des Freistaates den Anschein einer Fortgeltung geistlichen und staatlichen Regiments in einer Hand.

Kontinuität bestand auch in der fortdauernden Spaltung der Kulturen der Stadtgesellschaft vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis 1933.[266]
Hansjörg Buss schildert das kurzfristige Einlenken der reaktionären. Kirchenleitung in ihrem Kampf gegen die Republik nach 1918. Das mag auf Bürgermeister Neumann, den Vorstand des Kirchenrates, zurückzuführen gewesen sein, der die Entscheidung zur Teilnahme der Kirche am Nationalfeiertag, dem Verfassungstag am 11. August, gegen heftige innerkirchliche Kritik durchsetzte,[267] wohl um seine sozialdemokratischen Senatsmitglieder und die Mehrheitsfraktionen in der Bürgerschaft nicht zu verprellen.

Die Ablehnung der Teilnahme an der Feier zum Nationalfeiertag (11.8.1921-1932) hätte auch zur Unzeit Gegenwind aus Berlin verursacht. Dort hatte der Lübecker Ministerialdirektor Arnold Brecht den ersten Verfassungstag 1921 auszurichten.[268] Ungebrochen blieb aber die tiefe Verachtung der bürgerlichen Elite des Freistaates und der Landeskirche gegenüber Republik und organisierter Arbeiterschaft.[269] Karsten

---

266 Dazu auch Freche, 105, 138

267 Buss, 117

268 Blöcker, 139

269 Buss, 56

Blöcker hebt zwar zu Recht die Würdigung der Weimarer Verfassung u.a. durch die Reden Gustav Radbruchs, Arnold Brechts und anderer Befürworter an den jeweiligen Nationalfeiertagen von 1921 bis 1932 hervor. Hatten diese offiziellen Darstellungen aber Einfluss auf die Lebenswelt im Alltag?

Eine durchgreifende Wirkung der „hohen Stimmung“ an solchen Tagen ist zu bezweifeln. Der tiefe Graben und den sich darin verbergenden Hass und Kulturpessimismus, den die Schreiber der führenden Presseorgane gegen die Republik verbreiteten, war doch eher die Realität.[270] Die Spaltung und Kompromisslosigkeit von organisierter Arbeitswelt und Elitenkultur zeigt sich denn bei der Reichsfreiheitsfeier 1926. Sie kommt in den Vorbereitungen der als Haupt- und Staatsaktion des Jahres 1926 angelegten 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit deutlich zum Ausdruck. Deren Bedeutung war aus Sicht von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat Lübecks überhaupt nicht zu überschätzen.[271] Sie ist das wohl wichtigste Ereignis des Freistaates in der Weimarer Zeit.

Die Vorbereitungen begannen ein Jahr zuvor. Bürgermeister Neumann, der die Vorbereitung leitete, erklärte noch am 17. Juni 1925 im Bürgerschaftssaal des Rathauses pathetisch, „dass die Feier nur veranstaltet werden könne, wenn sie eine gemeinsame Angelegenheit der gesamten lübeckischen Bevölkerung und über jeden Streit und Gegensatz de Meinungen, der Parteien, der Berufe, der Konfessionen und der sozialen Schichtung hinausgehoben werde.“[272]

---

270 Eine gute Zustandsbeschreibung der wirtschaftlichen Lage der sozialdemokratischen Presse gibt LVB vom 8.10.1923, 1.Beilage: „Erhaltet die proletarischen Kampfmittel“.

271 vgl.Krogel

272 Enns, 93; eine gute Beschreibung des Kulturkreises eines Arbeiterkindes in Lübeck mit seinen Einrichtungen gibt Brandt, Links und frei, 23; lesenswert zur Lage der konservativen Parteien in Schleswig-Holstein Dirk Stegmann, Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein

Von der Organisation von Anfang an ausgeschlossen waren indes, entgegen der hohen Worte des Bürgermeisters, die Bürgerschaftsvertreter:innen[273] der werktätigen Bevölkerung in der Stadt, die Mitglieder von SPD und KPD, die über 50% der Stimmen des Parlaments vertraten, und damit auch die Gewerkschaften, also praktisch die Vertretung des größten Teils Stadtbevölkerung.[274]

Die Sozialdemokraten hatten die Beteiligung abgelehnt,[275] nachdem Dr.Neumann und die ihn tragenden Fraktionen darauf bestanden hatten, die Feierlichkeiten unter der (neutralen) Lübecker Flagge und nicht unter der offiziellen Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold stattfinden zu lassen. Bei der außerordentlich hohen symbolischen Bedeutung der Flaggenfrage für die Weimarer Republik (Gegner/Befürworter) war hier ein Kompromiss zwar kompliziert, aber nicht ausgeschlossen. Der Vorschlag, statt der Reichsflagge (nur) die Lübecker Farben zu zeigen, war - absehbar - nicht annehmbar. Ein Kompromiss lag auf der Hand: nämlich beide Symbole, d.h. Stadt und Republik - zu verbinden. Diese Lösung war für Neumann nicht akzeptabel. Mit der demokratischen Republik (Schwarz-Rot-Gold) hatte er nichts zu schaffen.

Das kommt auch bei der Vorstellung seines Konzeptes der Feierlichkeiten zum Ausdruck. Krogel beschreibt und bewertet den Inhalt der anlässlich dieses Auftaktes im Rathaus zu den eigentlichen Festvorbereitungen von Neumann im Namen des Ausschusses (Hauptausschuss der Gemeinnützigen) vorgelegten (nicht veröffentlichten) Denkschrift, in der der Bürgermeister die Leitlinien und Ziele der Jubiläumsveranstaltung skizzierte:

---

273 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Mitglieder_der_L%C3%BCbecker_B%C3%BCrgerschaft_1926 (darunter sieben Frauen)

274 Buss, 56ff.

275 Vgl. dazu LBV vom 29.5.1926 https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/LBV-29.5.26-700-Jahrfeier-warum.pdf

„Das köstlichste Gut, das sich Lübeck aus den Tagen des Mittelalters bis in die Neuzeit bewahrt hat und hoffentlich für alle Zeiten bewahren wird", schrieb Neumann, „ist die Reichsfreiheit." Die Urkunde bilde den krönenden Abschluß einer Linie von Beziehungen der Stadt zu den Großen des Reiches von Heinrich dem Löwen über Friedrich I. Barbarossa zu Friedrich II. Nicht erwähnt wurde allerdings der gräflich-schauenburgische Gründer Lübecks von 1143. *Das „Geschenk der Freiheit aus dem fernen Lande Italien" soll „Anerkennung ihrer dem Reiche geleisteten Dienste" gewesen sein. Der „Dienst" aber habe vor allem darin bestanden, „das fremde Joch abzuschütteln" und „Lübeck wieder deutsch" werden zu lassen.*

Nach dieser Chronologie befreite sich Lübeck von Dänemark und erhielt dann zum Lohn die gewünschte urkundliche Bestätigung, während bekannt war, daß die Schlacht von Bornhöved, an der sich Lübeck im Bunde mit den norddeutschen Fürsten zum ersten Mal militärisch gegen den dänischen König stellte, erst 1227, d.h. nach der Erwirkung der Freiheitsgarantie stattfand. Ein Privileg, das für 1226 nach unserem heutigen Verständnis wohl eher die zukünftigen Absichten Lübecks zu belegen in der Lage wäre, begegnet uns in der Darstellung Neumanns als der gerechte Lohn für selbständige Leistung, Durchsetzungskraft und vaterländischen Dienst. Initiator sei das Reich gewesen.

Diesen Status einer deutschen Reichsstadt sollte es zu verdanken gewesen sein, daß Lübeck sich zum Haupt der Hanse, des Ostseehandels und zum Ausgangs-punkt für die Verbreitung „deutscher Kultur und deutschen Lebens in den Randstaaten des Ostmeeres" entwickelte.

In Analogie zur Stellung Lübecks im Mittelalter verwies Neumann auf die „unabhängige Stellung als freie Reichsstadt und selbständiger Bundesstaat, der ihm die Möglichkeit gegeben hat, aus eigener Kraft und fußend auf einer alten, großen Tradition sich eine achtungsgebietende Stellung im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes wieder zu erringen". Die Analogie zwischen der Privilegierung von 1226 als Bedingung von Macht und Wohlstand und der Eigenstaatlichkeit in „neuester Zeit" sollte ein aktuelles wirtschaftliches Entwicklungspotential Lübecks suggerieren. Bürgermeister Neumann führt seine Argumentation für die Jubiläumsfeier mit folgenden Worten fort:

„Die heutige Wirtschaftspolitik (...) ist ohne eine kräftige Werbung nicht mehr denkbar. (...) Daher ist es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen geradezu ein Gebot der Selbsterhaltung für Lübeck, an dieser einzigartigen Möglichkeit, mit

einer vornehmen Werbung durch die Jubiläumsfeier seiner Eigenschaft als freie Reichsstadt an die Öffentlichkeit zu treten, nicht vorüberzugehen."[276]

Diese Weltsicht und Geschichtsauffassung des neumann'schen Konzeptes der 700-Jahrfeier teilten die Sozialisten unter Lebers Führung und die Kommunisten nicht. Neumann, der wie auch schon sein „Ziehvater" Possehl in einer geistigen Landschaft alldeutscher Weltmachtgedanken lebte, schlug sich auf die völkische Seite, hatte die Organisation kurzerhand auf die Gemeinnützige übertragen, die zur Vorbereitung einen „Hauptausschuss" unter Leitung des Bürgermeisters bildete.[277] Bei der damaligen völkischen Ausrichtung der Gemeinnützigen konnte er sicher sein, dass sich die Sozialisten am Hauptausschuss nicht beteiligen würden. Die Finanzierung ist dann privat über eine Lotterie mit der sogenannten Jubelkugel sichergestellt worden. Eine geniale Idee des Schwiegersohns Neumanns, des Museumsdirektors Dr.Heise.[278]

Man konnte im nachrevolutionären Lübeck die Repräsentanz der Mehrheitsbevölkerung bei der Vorbereitung der wichtigsten symbolischen Handlung der „Königin der Hanse", die Erinnerungsfeier an die Aushändigung der Reichsfreiheitsurkunde durch Friedrich II. 1126[279], offenbar einfach ausblenden. In der 1926 783-jährigen Stadtgeschichte spielte die Lebenswelt der Arbeitnehmer:innen aus Sicht der Stadtelite - ob nachrevolutionär oder nicht - dann offenbar auch keine Rolle.[280]

---

276 Krogel 233

277 Krogel, 235

278 Krogel, 234

279 Zur überragenden Bedeutung dieser Feier vgl. Krogel, 231 f.

280 Bei Krogels Beschreibung des Programms unter dem Motto:"Freiheit, Gemeinsinn und deutsche Nation als Faktoren der Standortförderung" fehlt denn auch jeder Hinweis auf die Arbeits- und Sozialgeschichte der Hanse oder eine Auseinandersetzung mit Fragen ihres Beitrages zur Demokratieentwicklung der staatlichen Institutionen in Vergangenheit und Zukunft, 232

Die SPD-Mitglieder in Senat und die sozialistische Mehrheit in der Bürgerschaft ließen dies - warum auch immer- mit sich geschehen.[281] Diese Form der sichtbaren Geringschätzung gegenüber der Vertretung der Arbeiterschaft bei gleichzeitiger Duldung dieses Affronts durch die Mehrheiten in Bürgerschaft und Bevölkerung legt zugleich offen, wie wenig das Narrativ vom *Roten Lübeck* in der Weimarer Republik begründet war.[282] Die Hegemonie in kulturellen Angelegenheiten lag nach wie vor in Gänze bei den Vertreter:innen der reaktionären *Konservativen Revolution*.

Der allseits gebildete Oberschichtler und Katharineer Neumann war in gewissem Sinn dafür das Lübecker Sprachrohr. Er hatte - wie dargestellt - von Hugenberg, Possehl und anderen Verächtern der Republik gelernt, wie man regiert, wie man symbolträchtig öffentlich vermittelnd auftritt, um dann die konterrevolutionären Fäden im Hintergrund zu ziehen.

Die erneute Wahrnehmungs-Verschiebung - jetzt in der Nachkriegszeit der BRD nach 1945 - von einer nach Ende des Kaiserreichs in Lübeck herrschenden *Elitenkultur* hin zu einer damals im nachrevolutionären Lübeck der 1920er Jahre angeblich herrschenden *Arbeiterkultur* (*Rotes Lübeck oder Rote Stadt*) sind nach alledem Fake News.[283]

Man wollte sich nach 1945 offenbar nicht vorstellen müssen, dass trotz Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, der Verabschiedung der demokra-tischen

---

281 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Jubelkugel

282 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, Frankfurt 2008, 293: allgemein.

283 Anderer Auffassung: Lokers; Freche, 339. Selbstverständlich gab es starke rote Milieus, also die sozialdemokratische Parallelwelt in den Orten der „werktätigen Bevölkerung." Die Rote Stadt Lübeck, also eine im Freistaat herrschende sozialistische Kultur indes, existierte nicht. Bei beiden Autoren fehlt für eine solche These der Nachweis. Die Verbreitung des LVB steht bei der geringen Auflagenhöhe (14.000) und angesichts den Selbstzeugnissen Lebers, etwa zum Verfassungstag 1924, dafür nicht: LVB 9.8.1924, 1. Der Mythos vom Roten Lübeck ist nach alledem eine Frage der Interpretation.

Weimarer Verfassung 1919 und der von 1919 bis 1932 bestehenden Majorität der SPD im Landtag (Bürgerschaft) kulturell alles bei der *Elitenkultur* des vorrevolutionären Lübeck geblieben war: in Kirche, Medien, Staatsverwaltung, Schule[284], Kindergarten, Reichsuniversitäten[285] - nichts hatte sich grundlegend geändert.[286]

Dazu trug auch die zögerliche Haltung des in Lübeck geachteten Thomas Mann bei. Er war ein hochsensibler Seismograph der jeweiligen politischen Lage. Nach der Veränderung der Machtverhältnisse im Reich, Anfang der 1920er Jahre, hatte er sich zwar der Republik angenähert. Offenbar scheute er aber noch 1926 vor einer öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Elite seiner Heimatstadt zurück. [287]

Ganz im Gegensatz zur starken frühen publizistischen Festlegung gegen den völkischen Nationalismus seines Bruders Heinrich. Noch nach dem 12. Mai 1926, also sieben Jahre vor der Naziherrschaft, als die städtische Gesellschaft in Lübeck durch das Auffliegen des Lübecker Putschversuches hätte aufschrecken müssen, wäre ein starkes Wort von ihm für die Anhänger der Republik hilfreich gewesen.

Stattdessen deckte die pompös inszenierte Reichsfreiheitsfeier[288] die Katastrophe zu. Denn dort war von „Lübeck als geistige Lebensform“ die Rede (Titel des Vortrages von Thomas Mann am 5. Juni 1926 im Stadttheater) und kein Ton vom Präfaschismus in der Stadt, was angesichts der aktuellen geistigen und sozialen Verfassung des Freistaats und

---

284 Lübecker Volksbote vom 8.6.1921: Siegfried Kamerau, “Proletariat und´höhere Schule“

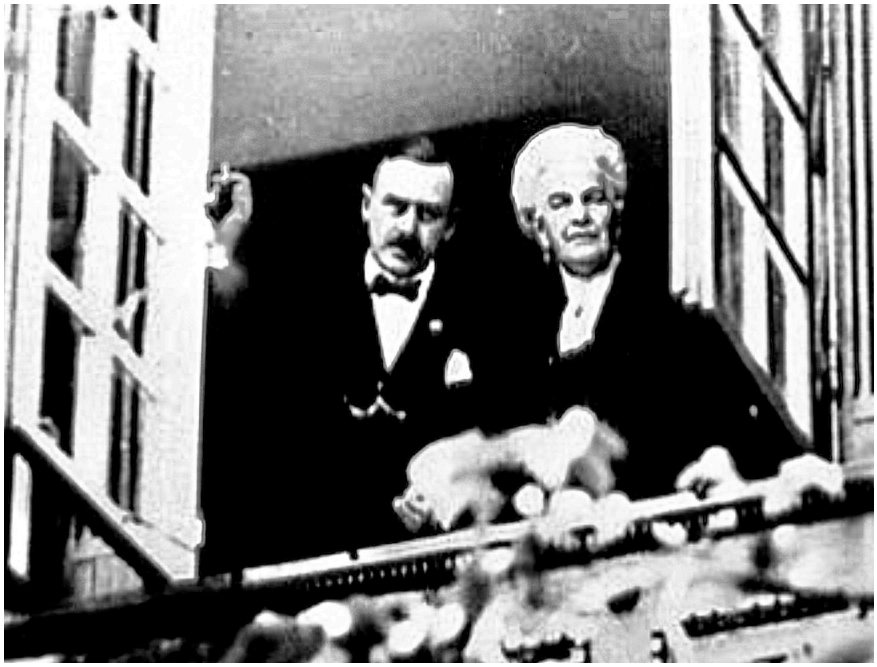
285 Schwabe

286 Wollenberg, VHS, 4

287 Diese Einstellung zum Sturz Neumanns wird von Ida Boy-Ed bestätigt: s.o. S. 7

288 Enns gibt einen guten Überblick über Lübecks 700-Jahr-Feier aus der Sicht des Bürgertums, 93-107, 93

aufgrund der Ereignisse am 3. Juni 1926, d.h. des morgendlichen Rücktritts von Bürgermeister Dr.Neumann, nahe gelegen hätte.



Thomas Mann feierte indes im Wesentlichen sich selbst als das Beispiel des mit der Vaterstadt tief verbundenen Künstlers an sich und verlor kein Wort über die sich aufdrängende demokratische Verantwortung des Bürgers für sein Gemeinwesen, das gerade auseinander zu brechen drohte.[289] Stattdessen heißt es in seiner Rede abschließend:

> *„Wir feiern ein Heimatfest, ein Fest städtisch-bürgerlichen Gedenkens. Da sind auch die weitgewanderten Künstler zur Stelle. Wie alles ist in der Welt entzweit, bergen sie sich in den Mauern der siebengetürmten Vaterstadt, um unter ihren Mitbürgern gute Zeit zu finden“.*[290]

Was er denn auch persönlich tat. Er feierte in der Wohnung Ida Boy-Eds im Burgtor, zusammen mit dem Dirigenten Hermann Abendroth und anderen, auch von ihm selbst

289 Die ätzende Kritik folgte am 8.6.1926 im Lübecker Volksboten auf Seite 1 der Beilage.

290 Thomas Mann Lübeck, 55

eingeladenen Gästen, am 6.Juni 1926 seinen 51. Geburtstag und schaute sich den Festumzug von oben an.[291]

Über Neumann und die politischen Ereignisse hat man sich dort sehr wohl unterhalten.[292] Reinen Wein in der Öffentlichkeit einzuschenken, das hochgelobte „Lübecker Weltbürgertum“ zur Gegenwehr aufzurufen, war offenbar weder von den bürgerlichen Organisatoren der Feier noch von den auswärtigen Kennern der Stadt, die eingeladen waren, erwünscht. Ein mutiges Wort von Thomas Mann wäre 1926 indes dringend geboten gewesen.[293]
Der Lübecker Volksbote hat die Festrede Manns am 8. Juni 2026 im Ergebnis wie folgt kommentiert:

> *„Thomas Mann steht am Ende einer Epoche deutschen Geisteslebens, der bürgerlich-kapitalistischen. Das tut dem Range seiner Person so wenig Abbruch wie dem Range seines Werkes, das in aller Schönheit eben doch ein Werk des Abends, des Abschiednehmens ist.*
>
> *Von G o e t h e bis T h o m a s M a n n wird, so meinen wir, in späterer Zeit dieses Kapitel deutscher Geistesgeschichte überschrieben sein; und er mag dann wohl Anspruch haben auf den Ehrentitel des l e t z t e n B ü r g e r s, wie Kaiser M a x i m i l i a n sich den Namen des l e t z t e n R i t t e r s erwarb. Auf ihn folgte nur noch der allerletzte: D o n Q u i j o t e; mehr kann in seiner Art auf Thomas Mann auch nicht mehr folgen.“*

Man will in der elitären Stadtgesellschaft offenbar nicht sehen, welche erschütternden Folgen der tiefsitzende langjährige Hass auf und die Verachtung der „Interessen der werktätigen Bevölkerung“ (dem Untertitel des Lübecker Volksboten) in den im

---

291 Thomas Mann, Briefe an Otto Grauthoff 1894-1991 und Ida Boy-Ed 1903-1928, Frankfurt 1975, 230 ff.; zur Einschätzung des Lübecker politischen Geschehens vgl. die Schilderung Ida Boy-Eds oben unter Abschnitt A.

292 Thomas Mann, 233: Thomas Mann erkundigt sich im Brief am 23.5.1926 in Erwartung des Treffens mit Ida Boy-Ed ausdrücklich nach Neumann. Nach dem Fest am 16.6.1926 fragt er indes besorgt nach den 1.000 Mark Honorar, das bei „der Ausarbeitung der Rede eine „gewisse befeuernde Rolle gespielt hat“ (234).

293 Anders liegen die Dinge in der „Deutschen Ansprache“ vom 17.10.1930 im Berliner Beethoven-Saal mit seinem „Appell an die Vernunft“. Hier legte sich Thomas Mann - unter Protest der anwesenden SA-Leute - ohne wenn und aber auch politisch fest, vgl. dazu Wolf Lepenies, Kultur und Politik, Deutsche Geschichten, Wien 2006, Betrachtungen eines politischen Mannes, 71 ff.,81

Katharineum herangezogenen Eliten Lübecks hatte. Ein zu verallgemeinerndes abschreckendes Beispiel ist die unten geschilderte Einstellung und das Verhalten des Rektors dieser Elitenschmiede, Dr. Georg Rosenthal, zu Tochter und Schwiegersohn.

Julius Leber fasste die aus seiner Sicht - wegen der zögerlichen Haltung u.a. der SPD gegen die Feinde der Verfassung - wenig hoffnungsvolle politische Lage[294] im Volksboten vom Samstag, dem 9.8.1924, als Aufruf für den Nationalfeiertag am Montag, 11.8.1924, unter dem Titel „Fünf Jahre Republik" - also schon fünf Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung - enttäuscht wie folgt zusammen[295]:

> *„...Wir hatten die Macht. Wir hatten hinter uns diese endlos vorbeiziehende Menschenmacht, wir hatten hinter uns die Riesenkraft der Gewerkschaften. Und doch, was ist aus der deutschen Republik geworden? Was ist uns davon noch geblieben? Weshalb ist alles so verflogen und verweht? Weshalb müssen wir uns heute so bemühen, das Letzte noch zu retten? Die Form der Republik und die Farben der Republik?[296] Keine Rede mehr ist vom Geist der Republik!*
>
> *Diese Frage muss gestellt werden. Sollen wir nicht in eigener Gleichgültigkeit immer tiefer von unseren Zielen abgetrieben werden. Und sie muss b e a n t w o r t e t werden, sollen wir nicht achtlos und unbelehrbar vorbeigehen an den drohenden Zeichen der Vergangenheit und der Gegenwart.*
>
> *Morgen und übermorgen werden in den Massendemonstrationen Genossen sprechen, die diese Fragen beantworten können und beantworten müssen. Der Genosse L ö w i g*

---

294 LVB 23.10.1923, 2 :Julius Leber "Reichszerstörer/Volksverderber- Höchste Not": „Aber von einem sind wir überzeugt. Würde die Reichsregierung den Mut aufbringen, sich auf die zuverlässigste Stütze der Verfassung und der Republik, die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften zu stützen, so wäre das Reich jede Stunde stark genug, um alle Widerstände gegen den deutschen Einheitswillen zu brechen. Diesen Mut wird die Reichsregierung nicht aufbringen. Vorläufig wenigstens nicht!...Haben wir noch eine Regierung? Haben wir noch einen Senat? Nichts hört man in Berlin und nichts in Lübeck. Wie im Schlafwandel taumelt alles weiter, weiter, weiter..."

295 LVB 9.8.1924,1

296 Gemeint ist der Kampf um die Flaggen-Frage „schwarz-weiß-rot" oder „schwarz-rot-gold", dazu LVB, 20.Mai 1926; der Streit in der Flaggenfrage war auch der Grund für den Rückzug der Linken aus der Organisation der Jahrhundertfeier 1925/1926

t war beim Aufbau des republikanischen Staatswesens in Lübeck dabei, der Genosse S t e l l i n g stand jahrelang an der Spitze der Republik Mecklenburg.

Sie mögen dem Volk, der Arbeiterschaft sagen, wo die Fehler für ihre Misserfolge liegen. Rücksichtslos aufdecken sollen Sie, wo das Volk gefehlt hat. Aber auch nicht verschweigen das, was die Führung verfehlt hat.

Nur eines kann uns weiterhelfen: dem Geschick kalt ins Gesicht schauen…"[297]

Die Alldeutschen trommelten mit den ihnen angeschlossenen Verbänden nach wie vor unermüdlich für die geistige Erneuerung und die ökonomische und militärische Stärkung des Reiches, eben für den „Griff nach der Weltmacht"[298] (im Sinne Fritz Fischers gleichnamigem Buch). Vor Ort, in Lübeck und anderswo, waren dabei alle Andersdenkenden, die Arbeiterparteien und freien Gewerkschaften „Feinde". Es waren „Feinde" und nicht „Gegner".

Wir können uns heute nur schwer vorstellen, wie tief die Spaltung der Gesellschaft vor Ort ging und mit welchem bis in die Familien reichenden Hass auf Andersdenkende die beteiligten Milieus aufeinander reagierten.[299] Der Lübecker Schriftsteller Heinrich Mann hat das enge städtische Lübecker Milieu ganz zutreffend in seinem 1914 verfassten und 1918 erschienenen Roman „Der Untertan"[300] - wie dargelegt - beschrieben. In den beiden Tageszeitungen, *Generalanzeiger* und *Lübecker Volksbote* standen sich die Beschreibungen der politischen Sachlagen und die Ansichten über die handelnden Personen und ihre Motive diametral gegenüber. Einen guten Einblick gibt die

---

297 Lübecker Volksbote vom 9.8.1924; als ich diese Worte las, wurde mir klar, welche Verzweiflung sich in diesem furchtlosen Kämpfer für die Republik über die Situation in Lübeck und im Reich Mitte der 20er Jahre wohl regen musste.

298 Fischer, m.w. Nachweisen zum Wirken des AV

299 Siehe auch den aufschlussreichen „Aufruf an das Gesamtministerium zum Umgang mit Anhängern der Räterepublik" v.11.6.219, MNN Nr.226, veröffentlicht in : Das Kabinett Hoffmann II, Teil I, 31.Mai - 1.September 1919, München 2017, 2

300 Heinrich Mann, Der Untertan 1918, https://freeditorial.com/en/books/der-untertan/downloadbookepub/pdf

Darstellung der Ereignisse um die Volksentscheid vom 6.Januar 1924 im Generalanzeiger, den Max Knie referiert und der Berichte des Lübecker Volksboten unter Leitung von Julius Leber.[301] Bürgertum und Arbeiterschaft bzw. ihre Vertreter lebten offenbar in anderen Welten. In dieser Redeschlacht begegneten sich die Hauptakteure der Lübecker Politik, Neumann und Leber.[302]

Als der promovierte, im Ersten Weltkrieg verwundete und mehrfach militärisch ausgezeichnete Leutnant und Journalist Julius Leber dann 1927 die Tochter Annedore (1904-1968) des Direktors des Lübecker Katherineums, Dr. Georg Rosenthal, heiratete, geschah das gegen den erklärten Willen der Eltern.[303] Denn die Maßstäbe für den Umgang der höheren Töchter in Lübecker gebildeten Kreisen waren damals eindeutig: Mit Sozialisten hatte man trotz Promotion, Kriegsteilnahme, Tapferkeitsauszeichnung, Offizierspatent nichts zu schaffen; erst recht nicht mit dem „roten Krawallmacher“ Leber.

Erst später wurde man sich bei den Rosenthals einig: im Widerstand gegen Hitler. Katharina Christiansen (1929-2008), die Tochter der Lebers, schildert, dass ihr Großvater, Georg Rosenthal, den Schwiegersohn „von zweifelhafter Herkunft“ niemals wirklich akzeptierte, und dass die Großmutter, Auguste Rosenthal, ihrer Tochter Annedore nie müde wurde zu erklären, „*Das haben wir alles deinem Mann zu verdanken.*“[304]

---

301 https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/Leber-contra-Knie.pdf

302 https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/Neumann-20.1.1924.pdf

303 Dertinger, 20

304 Dertinger, 20

Georg Rosenthal nahm sich im März 1934 nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst das Leben, etwa zeitgleich mit der Ermordung Erich Mühsams im Juli 1934 im Konzentrationslager Oranienburg und gefolgt von dem Suizid Ludwig Frahms, 1935, dem Großvater Willy Brandts.

1934 „Heldengedenken“ auf dem Burgtorfriedhof
in Lübeck mit Reichsbischof Ludwig Müller

Bis in unsere Gegenwart wirken brachiale nationalistische Zeugnisse der Weimarer Kulturschaffenden und werden kritiklos von Bundeswehr, Stadtverwaltung und Teilen der Eliten mit Kränzen bedient, wie etwa der kriegerische „Betende Krieger“ - mit dem Stahlhelm vor der Brust - auf dem Burgtor-Friedhof.[305]

Ein Anlass, sich bei diesem Sachverhalt mit der Verarbeitung der „anderen Geschichte“ der Weimarer Republik in Lübeck auseinanderzusetzen, bestand lange Zeit nicht. Wenn man diese erschütternden Details zur Wirkung des Wahrnehmungsfilters in der präfaschistischen Lübecker Zeit lüftet, geht es nicht um die *Vaterlose Gesellschaft*[306] Mitscherlichs in der Nachkriegszeit. Es ist die Zeit der Großväter und Urgroßväter. Es ist die Bereitschaft, sich auf deren Spuren zu begeben. Ganz im Sinne der langen soziopathologischen Zyklen Norbert Elias.[307] Material liefern die literarischen Zeugnisse unserer Stadt in Überfülle.

Es ist aber wie bei allen Herangehensweisen an sperrige Oberflächen, zunächst fallen die äußersten Spitzen ins Auge. Dazu zählt der Umgang der Possehl-Stiftung mit ihrem Gründer.

---

[305] zur Auseinandersetzung um die Einweihung des Denkmals am Sonntag, 3.5.1925 (Enthüllung 27.7.1924): Knie, 28f.,46

306 Mitscherlich, Alexander, Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft, München 1973

307 Elias

VII. POSSEHL-STIFTUNG UND IHR UMGANG MIT DEM GRÜNDER

Stiftung und Gründer sind zu keiner Zeit in Lübeck getrennt gewürdigt worden. Darin, dass das nie geschah, liegt m.E. ein Teil der ganzen Schieflage. Deshalb war es auch ein entscheidender Fehler, dass der Auftrag an Axel Schildt[308] zur Fertigung einer Festschrift anlässlich des 100. Gründungsjahres auf die Stiftung eingeschränkt wurde, ohne dass zugleich - getrennt davon - eine Arbeit zur Persönlichkeit Emil Possehls vergeben worden ist.

Das mag aus der Sicht zur Zeit der Auftragsvergabe begründet sein. Ist aber im Ergebnis falsch. Denn als Ergebnis führt die so entstandene Festschrift[309] *„Possehl. Geschichte und Charakter einer Stiftung“*, zu einer Vertiefung des angesprochenen Irrtums. Der klassisch autoritäre Charakter der Person Emil Possehl, ganz i.S. der Begriffsstudie Adornos[310], wird wegen der vermeintlichen Freischreibung durch den gesuchten, unabhängigen und anerkannten Historiker Axel Schildt (1951-2016) heute noch enger mit der Stiftung verbunden. Niemand problematisierte die Auftragsbeschränkung auf die Stiftung und die damit verbundene Ausblendung der Studie zu Possehls Person. Ein Bärendienst.

Das ist bei der historischen Bedeutung Emil Possehls für die Stadtrepublik und der von ihm vertretenen Reichspolitik ein Dilemma. Anders als für Richard Wagner und seine Stiftung hat die Aufklärung über die Person des Stifters m.E. in Lübeck noch nicht begonnen. Dass eine solche Gedächtnisarbeit beim Kaliber dieser Persönlichkeit und der langjährigen Fraglosstellung Emil Possehls und der mit der Stiftung verbundenen Stadtelite, die nie gelernt hat, Stifter von Stiftung zu trennen, schwer fällt, und diese Auseinandersetzung lange Zeit in Anspruch nehmen wird, zeigt andernorts der Versuch einer Aufarbeitung in der Bayreuth-Stiftung (Richard-Wagner-Stiftung Bayreuth).

---

308 https://bit.ly/32CvHGB

309 Schildt, Possehl, 2019

310 Adorno, Studien zum autoritären Charakter, 12.Auflage, Frankfurt a. Main 1995

Das Bayreuther Festspielhaus wird leider immer noch als Pilgerstätte für die rassistisch-völkische Person Wagners[311] missverstanden. Aber es sind dort doch einige Fakten herausgearbeitet. Im Gegensatz zu Lübeck. Indes, Wagner ist nicht Possehl. Und Possehl hat auch keine Weltmusik geschrieben, die man sich immer noch (gerne) anhören kann (muss).

Man mag sich angstvoll fragen, was denn aus der Stiftung wird, wenn publik werden sollte, dass der Stifter ein beispielhafter völkischer Nationalist war, der zum Vorbild nicht taugt. Die Antwort ist einfach. Sie schließt sich durchaus an die herrschende Diskussion um Cancel Culture an. Stiftung und Stadt würden über den Diskurs im Ergebnis m.E. endlich befreit. Die Stadt könnte ihrer Weimarer Epoche bewusst und die Stiftung von dem falschen Blick auf Emil Possehl befreit werden.

Heute ist es offenbar immer noch erforderlich, zur Preisverleihung die Preisträger:innen zusammen mit dem Stifter Emil Possehl in der Senatstracht von 1913 abzubilden. Diese kam ja schon damals, als sie (auf Wunsch der Mehrheit des Possehl-Senats nach der Bürgermeister Tracht von 1813 geschneidert) eingeführt worden war, so veraltet daher, dass selbst Antjekatrin Grassmann feststellen musste: „...wie ja eigentlich diese verspätete und nicht mehr zeitgemäße Neuerung ein Schlaglicht auf das Selbstverständnis des Senats vor dem Ersten Weltkrieg wirft.“[312]

Steht nach alledem die Persönlichkeit Emil Possehls mit ihren dargestellten durch und durch völkischen Charaktereigenschaften wirklich noch für die zukunftsgerichtete und großartige Arbeit der Stiftung? Gründer ja. Vorbild nein.

Entzauberung hat bisher nie geschadet. Weder in Kirche, Gesellschaft, Wissenschaft oder Politik. Vielmehr ist ein Neubeginn immer befreiend. Brücken, Straßen, Gebäude, Preise usw. müssen nicht zugedeckt, wie etwa durch das schöne Tuch von Maria Moser über der behn’schen

---

311 http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/03/Der-aufhaltsame-Weg-in-den-voelkischen-Faschismus-.pdf, Fußnote 9

312 Grassmann, A., Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Band 61, Lübeck 1981, S. 271 https://vlga.de/file/zvlga_61_1981.pdf, mit dem Hinweis auf das Vorbild der antiquierten BürgermeisterTracht von 1813

Emil Possehl

Skulptur in St. Jacobi, oder umbenannt werden. Alles bleibt ansonsten beim Alten, nur die kulturelle Wahrnehmungsbrille[313] würde gewechselt. Und das ist entscheidend. Vielleicht fände Emil Possehl dann seine verdiente Ruhe.

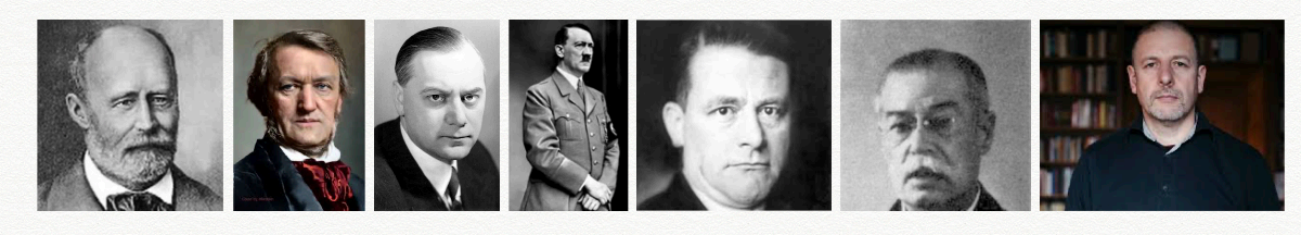
Die Qualität der Entscheidung Emil Possehls, die Stiftung zum Alleinerben zu bestellen,[314] bleibt außergewöhnlich. Alles Gute und Schöne in der Stadtrepublik zu fördern, war und ist ein bewegendes Geschenk an Stadt und Bürger:innen. Es verpflichtet Stadt und Stiftung jetzt und in Zukunft wechselseitig zu Respekt, Vertrauen, Transparenz und Wahrheit. Zum Guten und Schönen.

313 Wortmaschinen: http://michaelbouteiller.de/archive/2749

314 https://www.possehl-stiftung.de/files/Das%20Testament%20Emil%20Possehls.pdf

E. Der aufhaltsame Weg in den völkischen Faschismus

ANISH KAPOOR: DEATH OF LEVIATHAN



Lagarde Wagner. Rosenberg. Hitler. Carl Schmitt. Heinrich Claß. Götz Kubitschek

1. AUFDECKEN UND WIDERSTAND LEISTEN

Angesichts von rund 5,3 Millionen Wählern der völkischen AfD bei der letzten Bundestagswahl 2017 (12,6%)[1] sind Aufklärung und Widerstand der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen in Lübeck und anderswo dringend geboten. Das ist die Lehre aus den Geschehnissen im Lübeck der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts. Anfang des Jahrhunderts sind die politischen und kulturellen bürgerlichen Institutionen des Lübecker Staates nämlich nach und nach in die Hände der völkischen Nationalisten und Nationalen gelangt.[2] Dieser Prozess entwickelte sich im Kaiserreich und in der Weimarer Republik offensichtlich unbemerkt und ganz legal nach den auch im späteren Freistaat Lübeck geltenden Gesetzen. Justiz, Polizei und Staatsverwaltung, d.h. die Organe der konstitutionellen Gewalt, wurden von Persönlichkeiten übernommen, die zunehmend unter dem Einfluß des Programmes des Alldeutschen Verbandes (ADV) geraten sind. Das galt auch für die evangelische Kirche, die zwar - wie das der Staats- und Verfassungsrechtler Hermann Heller (1891-1933) ausdrückt - seit dem 19. Jahrhundert das Mittel der Kirchenzucht verloren hatte, aber deren moralisch-steuernde Kraft für ihr Publikum doch noch erheblich war. An die Stelle der Kirchenzucht traten mehr und mehr die maßgeblichen Organe der Bürgerlichen Presse vor Ort, in Lübeck der Generalanzeiger und die Lübeckischen Blätter, deren Ausrichtung ebenfalls unter die Fuchtel der Völkischen geriet: des Industriellen und Medienunternehmers Alfred Hugenberg und des völkischen Schriftleiters Paul Brockhaus. Auf die Führungskräfte der Unternehmen war ebensowenig Verlass. Ihre Verbände standen, wie das Hans-Ulrich Wehler für die Republik beschreibt,[3] den Völkischen bzw. den Nationalsozialisten nahe.

---

[1] de.m.wikipedia.org, 27.11.2019

[2] Siehe dazu Michael Bouteiller, Präfaschismus in Lübeck, www.mbouteiller.de

[3] Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, Frankfurt 2008,S.293

Die faktische Machtübernahme der Völkischen erfolgte weit vor dem 30. Januar 1933. Historiker sehen den Schuss vor den Bug des Bürgertums in der Reichstagswahl vom 13. Januar 1912, in der die Sozialdemokraten mit 34,8% stärkste Fraktion im Reichstag wurden und 5,8% dazu gewinnen. Diese Tatsache löste die endgültige Sammlungsbewegung des Bürgertums nach Rechts aus.[4] Für diesen Fall wird man an der Person des Lübecker Bürgermeisters Dr. Neumann, seinem Gang durch die Institutionen, dem beispielhaften - und dank Dr. Julius Leber (1891-1945)[5], dem damaligen Vorsitzenden der Lübecker SPD, Bürgerschafts- und Reichstagsabgeordneten und - aufhaltsamen - Aufstieg des Arturo Ui nicht vorbei kommen. Weit entfernt davon, Neumann zu dämonisieren, ist seine Persönlichkeit und Karriere gleichwohl ein vor der Lübecker Haustür liegendes gutes und schlechtes Beispiel für den Aufstieg einer autoritären Persönlichkeit, wie sie die Kritische Theorie abbildet,[6] und deren Idealtypus den autoritären Staat repräsentiert.

Der Stichtag für den Machtwechsel hin zur präfaschistischen Umformation der Stadtrepublik fällt wahrscheinlich[7] auf den Dienstantritt Dr. Neumanns als Vorsitzender im Senat und damit als Regierender Bürgermeister des Freistaats Lübeck mit Wirkung vom 1. Januar 1921.[8] 12 lange politische Jahre hätte dann die Lübecker Stadtgesellschaft bis zum 30. Januar 1933 noch Zeit gehabt, den Präfaschismus abzuwenden. Ebenso lange wie die dann folgenden endlosen 12 Jahre der Barbarei andauerten, die alles bisher Dagewesene an geschichtlichen Errungenschaften Deutschlands zerstörten. Der Machtwechsel verlief nämlich nicht plötzlich und unerwartet, „blitzschnell," wie das Narrativ uns allzu gerne glauben machen will, um uns moralisch zu entlasten, sondern langsam und stetig. Nach der verfassungsrechtlichen Machtübergabe an Adolf Hitler vollzog sich allerdings die Barbarei in der Tat „blitzschnell". Der Präfaschismus wurde Anfang der 20er Jahre indes nicht rechtzeitig erkannt und/oder mit der hinreichenden Energie und Tatkraft abgewehrt.

Auch hier bildet Julius Leber ein spannendes Gegen-Beispiel der Lübecker Zeitgeschichte. Er stieg von Anfang an und ohne wenn und aber in die politische Arena. Er zögerte zu keinem Zeitpunkt. Das war die von ihm mit seiner Funktion als Chefredakteur und Parteivorsitzender und dann als politischer Amtsträger in der Bürgerschaft und im Reichstag übernommene Amtspflicht, wie er sie sah: die Verteidigung der Republik um jeden moralisch vertretbaren Preis. Das war sein Ethos für das er letzten Endes am 5. Januar 1945 sterben musste.

---

[4] Dirk Stegmann, Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts, Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlandspartei 1912-1918, in: Demokratische Geschichte, Jahrbuch für Schleswig-Holstein, Band 24, Malente 2013, S. 39-62; s.auch Heinrich August Winkler, Die Einheitsfront von rechts, Zeit online, 25.2.1972.

[5] 1891-

[6] Vgl. Artikel „Autoritäre Persönlichkeit", de.m.wikipedia.org, 30.11.2019

[7] Was an Hand der historischen Fakten genauer nachzuweisen wäre.

[8] Vgl. Artikel 12 der Lübeckischen Landesverfassung vom 23. Mai 1920, http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm

2. DAS BÖCKENFÖRDE-DIKTUM

Rechtstechnisch ist die noch heute gebräuchliche Gebrauchsanleitung zur Umsetzung des Programmes für eine völkische Revolution in geltendes Recht à la Paul Anton de Lagarde, Richard Wagner,[9] Heinrich Claß,

[9] Richard Wagner steht in dieser Reihe, weil seine Musik den Gedanken einer deutsch-völkischen Weltmacht auch mit seinem Griff in den germanischen Mythenschatz bewusst orchestriert. Zu Richard Wagners Hass auf Juden am Beispiel Heine, Meyerbeer und Mendelssohn Bartholdy in: Richard Wagner, Judenthum in der Musik, Leipzig 1869 (1850 erstmals veröffentlicht), ein abscheuliches Machwerk mit kruden Vorstellungswelten voll Judenhass (https://spinnet.humanities.uva.nl/images/2013-10/wagnerjudenthum.pdf). Wagner erfand die äußerst wirkmächtige Musik zur damals vorherrschenden Deutsch-völkischen-Weltmachtphantasie (https://spinnet.humanities.uva.nl/images/2014-07/wagner-was-ist-deutsch-1865-1878-2_1.pdf)

Es bleibt mir bei aller Wertschätzung dieser in die musikalische Moderne weiterführenden kompositorischen Erfindungen Wagners bis heute unerfindlich, weshalb Persönlichkeiten der sog. kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Elite, in vollem Bewusstsein des offen zur Schau gestellten Rassismus Wagners, den Wagner-Tempel in Bayreuth zur Weihe des persönlichen „Wagnerischen Gesamtkunstwerkes“ und damit zur Weihe seiner unsäglichen rassistischen Persönlichkeit aufsuchen und diesen Kult, ob sie wollen oder nicht, bis heute noch mitgestalten. Gleichzeitig werden heute Straßen von Komponisten wie Hans Erich Pfitzner in Lübeck zu Recht umbenannt, die sich in ihren Schriften zwar antisemitisch äußerten, aber vergleichsweise unbedeutend waren.

Der glühende Antisemitismus Richard Wagners ist offenbar ein besonderes deutsches gesellschaftliches Tabu. Vgl. dazu auch Stefan Sandmeier, Wieviel Wagner ist in Hitler? Richard Wagners **Antisemitismus** und seine Rezeption in völkischer Bewegung und Nationalsozialismus, Juni 2004, S.62 ff.; in dem 1878 für die Bayreuther Blätter von Richard Wagner geschriebenen Artikel: „**Was ist deutsch?“, Bayreuther Blätter 1.2: 29-52, ist es wieder der Jude, gegenüber dem sich „das Deutsche“ abgrenzt, S.5 ff. Wagner erliegt in seinem politischen Denken der Anziehungskraft Paul de Lagardes** (s. M.B., Präfaschismus in Lübeck, www.mbouteiller.de, S.12f.), wie das auch für **Thomas Mann noch in den „Betrachtungen**“ (s.M.B.,Präfaschismus in Lübeck, www.mbouteiller.de, S. 16) **nachzuweisen ist.** Wagner bewunderte Lagarde. Sein Angebot, Lagarde für die Bayreuther Blätter zu gewinnen, lehnte dieser ab.

Demgegenüber ist die bloße zeitliche Zäsur (Rassist vor oder nach dem 30.1.1933?) äußerst fragwürdig. Gnade des frühen Todes? Dabei wird übersehen, dass rassistische Menschenverachtung -wie dargestellt- lange kulturelle Zyklen bildet- sich gewissermaßen kulturell vererbt-, bevor sie in Gewalt umschlägt (vgl. dazu: Geschichte des Antisemitismus bis 1945, de.m.wikipedia.org, 16.11.2019). Richard Wagner ist ebenso wie der Rassist Martin Luther ein gutes Beispiel für solche langdauernden gesellschaftlichen Wirkungen. Bei Wagner kommt die Faszination seiner Weltmachtmusik hinzu.

Ebenso wie eine bestimmte passende Art von Musik zu bestimmten Massenauftritten, dem Einzug moderner Gladiatoren oder den Zusammenkünften der modernen Sturmtruppen des völkischen Hasses dazu gehört, war es damals für das Bildungsbürgertum die tief emotionalisierende Musik Wagners. Wagner bot zum siegreichen Einzug der deutschen Truppen in Berlin nach 1871 an, die zünftige dem deutschen Wesen gemäße Begleitmusik zu komponieren, sei es zur großen Totenfeier oder zum Siegesmarsch. Das Angebot wurde aber - sehr zu seinem Verdruss - nicht angenommen. (https://spinnet.humanities.uva.nl/images/2014-07/wagner-was-ist-deutsch-1865-1878-2_1.pdf) Man muss unsere deutschen rassistischen Vorfahren als Persönlichkeiten nicht feiern. Sie und ihre Produktionen zu kennen und historisch einzuordnen, tut allerdings not (vgl. den Diskussionsstand in dem Interview mit dem Direktor des Israel-Museums, Ido Bruno, FR vom 27.9.2019, S.32). Aus der Sicht eines Dirigenten, der die von ihm bewunderte Musik von der rassistischen Ideologie sauber trennt: Christian Thielemann, Mein Leben mit Wagner, München 2013, S. 109-126; trifft, was ich meine: Simon Rattle, Gespräch über die Walküre, BR-Klassik, „Wagner fasziniert - wie die Schlange den Hasen“, Gespräch mit Bernhard Neuhoff, 5. 2. 2019, https://www.br-klassik.de; zur Frage der Trennung von Kunstwerk und Person des Künstlers: (am Beispiel Peter Handkes Nobelpreis) Margarete Stokowski, Perfide Mülltrennung, mit dem Bemerken, Kunst vom Künstler zu trennen sei Luxus, in: Spiegel online, spiegel.de ; demgegenüber Jens Jessen, Im Reißwolf der Moral, Zeit online, zeit .de, 30.10.2019, mit der Auffassung, dass die Gesellschaft hier als Kunstaufsicht im Sinne einer höheren Moral auftrete, zusammengesetzt wie ehedem aus Pharisäern und Philistern.

Alfred Rosenberg, Adolf Hitler, Carl Schmitt[10], Götz Kubitschek und seinen geistigen WeggefährtInnen in der AfD usw. einfach: Sie läuft über das sogenannte Böckenförde-Diktum.

Carl Schmitt mit Ernst-Wolfgang Böckenförde in Ebrach

Der kürzlich verstorbene katholische Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde (1930-2019) hat folgende nach ihm benannte Formel geprägt: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft (sic!), reguliert. Anderseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“[11]

Böckenförde benutzt in seiner staatstheoretischen und rechtsdogmatischen Arbeit Schlüsselbegriffe wie *Staat, Volk und Nation*, die sich mit Ausnahme des Wortes „*Nation*“[12] im geschriebenen Text des Grundgesetzes wiederfinden. Diese Begriffe lädt er nach seinem Vorverständnis auf und trifft Folgerungen für die Auslegung grundrechtlicher Normen. Bei dieser Methode der Rechtsauslegung werden also die

---

[10] Carl Schmitt war ein katholischer, eliminatorischer bekennender Antisemit, der immer dazu gestanden hat. In der von ihm am 3. und 4.10.1936 in Berlin organisierten Konferenz „Das Judentum in der Rechtswissenschaft“ forderte er beispielsweise die Säuberung der Bibliotheken von jüdischen Verfassern. Die jüdischen Autoren sollten als Juden gekennzeichnet werden, z.B. Friedrich Julius Stahl als Stahl-Jolson. „Schon allein von der bloßen Nennung des Wortes ´ jüdisch` wird ein heilsamer Exorzismus ausgehen“, meinte Schmitt. Nachweise bei Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, 2.Auflage, München 2008, S.211.
Rassistisch in eliminatorischer Absicht ist insbesondere die Definition seines Begriffes „Demokratie“. In der 1923 erstmals erschienen viel gelesenen Schrift: Geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, schreibt er in der Vorbemerkung auf S. 13,14 : „Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen. (…) Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß“. Die Vorbemerkung ist unter dem Titel, Der Gegensatz von Parlamentarismus und moderner Massendemokratie, in: Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923 – 1939, 52ff aufgenommen. In: Staat, Bewegung, Volk, 3. unveränderte Aufl.1934, 42ff, 45f schreibt Schmitt, dass die Artgleichheit unumgängliche Voraussetzung und Grundlage des bestehenden nationalsozialistischen Staates ist, ohne die sein Rechtsleben nicht denkbar ist. Vgl. dazu Herbert Mandelartz„… nötigenfalls Vernichtung.“ Eine Fußnote zu Carl Schmitt, in: vorgänge Nr. 216 (4/2016), S. 77-84.

[11] Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation“ In: Recht, Staat, Freiheit. 2006, S. 112 f.

[12] Der Wortbestandteil „national“ in Art. 139 Grundgesetz: „Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt,““- ist nicht gemeint.

Begriffe „Staat“, „Volk“ und „Nation“ zum Argument.[13] Böckenförde wendet dieses Vorgehen der juristischen Interpretation, bei dem er u.a. Ansichten und Techniken des von ihm als bedeutender Staatsrechtler verehrten faschistischen Rechtslehrers Carl Schmitt aufnimmt,[14] unzweifelhaft in guter Absicht und in Übereinstimmung der Ergebnisse seiner Auslegung mit dem Grundgesetz an. Kubitschek, die sog. Identitären und führende Mitglieder der AfD betreiben dieses Geschäft ganz offenbar in böser Absicht und ohne Rücksicht auf die Rechtsprechung des Bundesverfassugsgerichts zum Grundgesetz. Die Methode der staatstheoretischen Mythologisierung indes mithilfe der genannten Begriffe betreiben beide.[15]

Der im Deutschen Reich 1933 als Jude und Demokrat nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933 von der Universität Köln beurlaubte,[16] 1934 in den Ruhestand versetzte Staats- und Verfassungsrechtler Hans Kelsen[17] (1881-1973) hat in seiner Schrift „Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, entwickelt aus der Lehre vom Rechtssatze“[18] dazu 1911 alles Erforderliche gesagt. Alle republikfeindlichen Ansätze rassistischer, faschistischer oder neuerdings wieder offen völkischer (d.h. rassistischer) Art laufen über solche begrifflichen Schleusen wie Volk, Staat und Nation. Deshalb haben solche Begriffe in ihrer Subjektivierung, d.h. als rechtlich handelnde Subjekte gebraucht, nichts in gesellschaftlichen, sozialen und rechtsdogmatischen Handlungsgefügen verloren.[19] Wer also behauptet, der Staat oder das Volk oder die Nation sei und handle so und so oder dazu auffordert, in ihrem Namen oder zu ihrem Schutze zu handeln, versteckt dahinter meist die Interessen und Absichten seiner eigenen Person oder von Gruppen, die er nicht nennen will, oder diejenige von an der Regierung befindlichen Personen und Gruppen, deren Absichten nicht genannt werden sollen, weil sie nicht legal oder legitim sind.

---

[13] Ein Klassiker, der aufzeigt, wie im Wesentlichen ohne neue Gesetze durch Uminterpretation der Faschismus 1933 - 1945 juristisch funktionierte, ist immer noch Bernd Rüthers, Die unbegrenzte Auslegung, Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus, 7.Auflage, Tübingen 2012 (1.Auflage 1968); Christoph Möllers, Staat als Argument, 2. unveränderte Auflage, Tübingen 2011.

[14] Dieter Gosewinkel, „Beim Staat geht es nicht allein um Macht, sondern um die staatliche Ordnung als Freiheitsordnung“, Biographisches Interview mit Ernst-Wolfgang Böckenförde, in Wissenschaft Politik Verfassungsgericht, Berlin 2011, S.359 ff.

[15] Ein gutes Beispiel für Böckenfördes kritikwürdigen Umgang mit den hier fraglichen Begriffen ist auch der Artikel Böckenfördes in der FAZ vom 13.5.2015, Begriffsklärung, Rechtsstaat oder Unrechtsstaat?, wonach die DDR kein Unrechtsstaat gewesen sei. Vgl. dazu Spiegel online v.7 .10.2019 Schwesig und Ramelow wollen DDR nicht "Unrechtsstaat" nennen

[16] Carl Schmitt war der einzige Fakultätskollege in Köln, der sich der hiergegen gerichteten Petition der Fakultät an die preußische Regierung nicht anschloss (https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Kelsen); Am 18. 4. 1933 notiert er über einen Besuch seines Kölner Kollegen Hans Carl Nipperdey, der sich für Kelsen einsetzte: »Er reist wegen Kelsen nach Berlin, ich unterschreibe die lächerliche Eingabe der Fakultät nicht, elende Gesellschaft, sich für einen Juden derartig einzusetzen, während sie tausend anständige Deutscher kaltblütig verhungern und verkommen lassen. Brief von Herlitz aus Stockholm wegen Kelsen. Diese Macht der Juden, hielt mich aus der Sache heraus. Nipperdey ist vielleicht auch Jude, das Ganze war mir unangenehm.«[642] Die Eingabe der Kollegen bleibt ohne die Unterschrift von Schmitt wirkungslos."– »Ich staune, dass Sie in dieser Luft atmen können«: Jüdische Intellektuelle in Deutschland nach 1945 (Die Zeit des Nationalsozialismus) von Monika Boll, Raphael Gross https://amzn.eu/2LnMcKX

[17] Hans Kelsen, a.a.O.(FN 16)

[18] Tübingen 1911, 2., photo-mechanisch gedruckte, um eine Vorrede vermehrte Auflage 1923.

[19] Vgl. aus der neueren Literatur, Christoph Möllers, a.a.O. (FN 13), m.w. N.

3. DIE DEBATTE UM DEN „RICHTIGEN“ SPRACHGEBRAUCH

In der Debatte um die Verwendung der diese Auseinandersetzung leitenden Begriffe Volk, Nation und Staat wird eingewandt, die Verwendung dieser Begriffe könne ja nicht unterbunden werden, denn sie seien im täglichen Gebrauch. Von einem Anwendungsverbot im Alltagsgebrauch soll hier indes ohnehin keine Rede sein. Allerdings halte ich den Streit über den „richtigen“ Sprachgebrauch mit Anhängern der völkischen Ideologie für vertane Zeit. Denn es geht bei dieser Auseinandersetzung nicht um Wissens-, sondern um Glaubensfragen. Glaubensfragen sind nur mit Gewalt lösbar, sei es solche konstitutioneller Gewalt oder mit extrakonstitueller Gewalt, d.h. dann am Ende mit politischem Mord oder Totschlag. Im Ergebnis sind das - in politischen Begriffen ausgedrückt - das politische Attentat, dem wir heute vermehrt begegnen, und der Bürgerkrieg. Denn bei diesen Begriffen handelt es sich um politische Kampfbegriffe, also um scharfe Waffen in der politischen Arena.

In der öffentlichen Debatte über die Verwendung der genannten Begriffe sollte deshalb aus Sicht der Liberalen von vornherein außer Streit stehen, dass die Verwendung völkischer Politikbegriffe (völkisches Volk, völkische Nation, völkischer Staat) und die daraus abgeleiteten Handlungsoptionen nach geltendem Verfassungsrecht offensichtlich verfassungswidrig sind. Das gilt für den rassistischen Volksbegriff in gleicher Weise wie für die daraus abgeleiteten Begriffe der Nation, der Demokratie und für die Handlungsfelder möglicher konstitutioneller Gewalt. Ein rechtsstaatlicher Vollzug rassistischer Politik ist nach unserer geltenden Verfassung ausgeschlossen. Gewollt ist von den RassistInnen denn auch nicht das Zustandekommen von Handlungsgefügen auf dem Wege der parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie des Grundgesetzes, sondern die Errichtung einer völkischen Diktatur, d.h. das Zustandekommen der Gesetze und Maßnahmen mittels nicht verfassungsgemäßer Gewalt.

Was bleibt, ist die Frage nach dem Sinn staatstheoretischer Verortung der genannten Begriffe. Aus meiner Sicht ist die Auseinandersetzung mit den verschiedenen historischen Systemen für das Verständnis des Wortgebrauchs der früheren Staatstheoretiker und Philosophen z.B. Aristoteles, Platon, Hobbes, Hegel usw. nützlich und erforderlich. Für den heutigen Gebrauch aber - wie dargelegt - als politische Ideologie erkennbar und deshalb wertlos. Um es nochmals hervorzuheben, nicht die Staaten handeln, sondern Menschen. Um es als Beispiel in anderer Form zu wiederholen: Die Atombomben am 6. und 9. August 1945 hat nicht der Staat USA, oder das Volk der USA über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen, es waren vielmehr zwei Piloten der US-Luftwaffe, die auf Befehl des Präsidenten Harry S.Truman handelten. Getroffen und getötet wurden auch nicht das japanische Volk oder der Staat Japan, sondern ca. 230.000 Menschen, die in Hiroshima und Nagasaki wohnten oder sich dort aufhielten und zum Teil jämmerlich zugrunde gingen.

4. DER EINFLUSS STAATSTHEORETISCHER BEGRIFFE AUF DAS POLITISCHE HANDELN

4.1. DER SPRACHGEBRAUCH DER AFD

Führende Mitglieder der AfD wie Alexander Gauland, einer der Sprecher und einer der Fraktionschefs im Bundestag, sprechen den Begriff „Volk“ im Sinne von „Umvolkung“ an. Alice Weidel, ebenfalls Fraktionschefin der AfD im Bundestag, spricht davon, dass "wir von kulturfremden Völkern wie Arabern, Sinti und Roma etc. überschwemmt werden". Björn Höcke, der Parteichef der AfD in Thüringen und dortiger Fraktionschef im Landtag, hat in seiner berüchtigten Dresdner Rede im Januar 2017 „die einschlägigen Argumentations- und Redefiguren der AfD in geradezu mustergültiger Klarheit vorgeführt“. "Unser liebes Volk", sagt er, – "Unser liebes Volk ist im Inneren tief gespalten und durch den Geburtenrückgang sowie die Masseneinwanderung erstmals in seiner Existenz tatsächlich elementar bedroht." Die Feinde – die von ihm so genannten "Altparteien“, auch die Gewerkschaften, vor allen Dingen auch die „Angstkirchen" und so fort – sie "lösen unser liebes deutsches Vaterland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl. Aber wir, liebe Freunde, wir Patrioten werden diesen Wasserstrahl jetzt zudrehen, wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen."[20] In diesen Worten Höckes kommen fünf Zielsetzungen zum Ausdruck, die schon vor 100 Jahren in der Weimarer Republik und in Lübeck dominieren:

- Erstens redet Höcke dem Kulturpessimismus und der Katastrophenlage in Deutschland das Wort, in das uns die Feinde „unseres lieben Vaterlands“ ausweglos führen, wenn die Patrioten, die Feinde des „lieben Vaterlands“, mit ihrer Spaltungsabsicht durch Geburtenrückgang und Masseneinwanderung gewähren lassen.

- Zweitens appelliert er an das „Wir“, d.h. das völkisch geeinte Volk, das sich sein „liebes Vaterland“ nicht wegnehmen lässt.

- Drittens ruft er zum Handeln auf: „Wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen“.

- Viertens benennt er die Feinde, die Deutschland bedrohen: die Masseneinwanderung (von Volksfremden) und die Libertinage, die die Geburtenzahl der Deutschen Frau senkt, das heißt im Ergebnis das freiheitliche Weltbild der Moderne. Wer die mit diesen Einrichtungen verbundene Weltoffenheit lebt und garantiert, ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Mit allen Mitteln, denn es geht um die Existenz der ja - wie Höcke sagt - zum ersten Mal bedrohten Einheit unseres Volkes.

- Zu bekämpfen sind fünftens vor allem die „Altparteien“ und besonders die „Angstkirchen“. Indem er die „Angstkirchen“ ins Visier nimmt, ruft Höcke, in gleicher Weise wie Lagarde zu einer anderen Art von

---

[20] Eine lesenswerte Analyse des Sprachverhaltens der AfD bietet Heinrich Detering, in: ZdK - Zentralkomitee der deutschen Katholiken | Veröffentlichungen | Reden und Beiträge | Detailseite | Impulsvortrag Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten – "Wer ist wir?" (Prof. Dr. Heinrich Detering) mit weiteren Beispielen; aus Deterings hier angegebenen Text sind auch die zitierten Redebestandteile entnommen.

Religiosität auf, wie sie die Amtskirchen offenbar nicht vertreten: Die „neue“ (alte und uns bekannte) Religion des Völkischen.

4.2. VON DER RHETORIK ZUR TAT

Der über mehrere Generationen in der deutschen Öffentlichkeit latent oder manifest vorhandene[21] Doppelbinderprozess aus Hass und Gewalt, wie ihn Norbert Elias beschreibt,[22] bricht sich offenbar wieder Bahn. Das Morden hat sein Motiv gefunden. Die Mörder finden in den Argumenten ihrer politischen Leitfiguren Legitimation. Es nimmt deshalb nicht Wunder, dass Niklas Frank, der Sohn des späteren Generalgouverneurs von Polen, Hans Frank (1900-1946), des „Schlächters von Polen“, in der Rhetorik der AfD die Sprache seines Vater erkennt.[23]

Der Durchbruch geschieht, wie bereits in der Lübecker Bürgergesellschaft der Weimarer Zeit, mit Hilfe von völkischer Rhetorik und offen oder verdeckt arbeitenden völkischen Vorfeldnetzwerken mit einem politischen Arm in den Parlamenten und den „Sturmtruppen“ und vernetzten einzelnen Attentätern draußen. Dazu bedarf es ferner einer im Bundestag und den Landtagen - damals u.a. in der Lübecker Bürgerschaft - als politischer Arm vertretenen, heute staatlich finanzierten, digital hoch gerüsteten völkischen Partei.[24] Die liberal verfasste Republik soll - geht es nach den völkischen Treibern - kulturell hinter die 1968 erkämpfte gesellschaftliche Liberalität zurück geworfen und delegitimiert werden. Das ist das Ziel. Die alte „Deutsche Angst des Bürgertums“[25] wird auf diese Weise mit Unterstützung digitaler Techniken remobilisiert.[26] Die 1968 gescheiterte, damals noch analoge geistige Konservative Revolution der Adenauerzeit soll nun erfolgreich und digital zu Ende gebracht werden. Der Prozess, den wir hier beobachten, läuft nicht nur national sondern international[27] ab. Die Gegenstrategien sollten deshalb ebenfalls europäisch und international beschaffen sein.[28]

---

[21] Wilhelm Heytmeier, Gewalt, 2.Auflage, Weinheim 1996 m.w.N.

[22] Norbert Elias: J.Matthes (Hrsg.),Lebenswelt und soziale Probleme.Verhandlungen des 20.Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980 (S.98-122(https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/16608)

[23] Der Spiegel Nr.37,7.9.2019, 13/65

[24] Siehe.dazu Dirk Stegmann,Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein, 1917-1918, Konservative Sammlungsbewegung in der Provinz, beirat-fuer-geschichte.de , heute mit modernisierten Inhalten die AfD.

[25] Deshalb wird auch der Begriff „Bürgertum“ von den Leitfiguren der AfD remobilisiert, vgl. Elisa Nowak, Die Partei des Bürgertums, der Freitag, Blog:AfD| die Partei des Bürgertums, https://www.freitag.de/autoren/elisanowak/die-partei-des-buergertums

[26] https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/08/FR-23.8.2021-Internet-Wahlkampf.pdf

[27] zur rassistischen Bewegung und ihrer Vernetzung in den USA s.etwa Zeitschrift Stern Nr.35, 22.8.2019,S.50ff.; zu den rassistischen Motiven der Massenmörder Anders Breivik (Norwegen) und Brentan Tarrant (Australien) vgl.: Die Ideologien der rassistischen Mörder Breivik, Tarrant.., Thomas Modehn, Relgions Philosophischer Salon, gepostet am 17.3.2019, https://religionsphilosophischer-salon.de>

[28] Vgl. die kluge Handlungsanweisung von Timothy Snyder, Über Tyrannei: Zwanzig Lektionen für den Widerstand, München 2017

Heute kann sich nach der vorgelegten Analyse der Ereignisse der 20er Jahre im Freistaat Lübeck niemand darauf verlassen, dass Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik verfassungsfest seien. D.h., dass das Gefüge der Institutionen des Grundgesetzes in der Realität mit einer Ewigkeitsgarantie versehen wäre. Es mag sein, dass wir gegenüber einem Staatsstreich in der Art der vier Putschversuche von 1917 bis 1926 zur Zeit durch die gegenwärtigen Machtverhältnisse gesichert sind. Anders verhält es sich jedoch gegenüber der Gefahr einer stillschweigenden und langsamen Umformation der Republik. Nehmen wir den hochpolitischen, in unserer Stadt viel beachteten und wachen bürgerlichen Beobachter des Kaiserreiches und der Weimarer Zeit, Thomas Mann, so war dessen Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber der stillschweigenden Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Öffentlichkeit in seiner Heimatstadt bis Ende der 20er Jahre offenbar blind.[29] Er hat das Ausmaß des Präfaschismus nicht erkannt. Warum sollte es uns heute, wo unsere Wahrnehmung ebenfalls vertrauensvoll in unsere nächste Alltagswelt eingebunden ist, anders ergehen?

Diese unsere Gutgläubigkeit als Wahrnehmungsfilter setzt Alice Weidel, eine der Fraktionsvorsitzenden der AfD im Bundestag, offenbar voraus, wenn sie als Strategie der AfD, des politischen Arms der „Sturmtruppen“, Ihresgleichen dazu aufruft: „Die Herausforderung ist, nach den Regeln zu spielen, um sie nicht zu diskreditieren.“[30] Eine Zuspitzung der Lage erfolgt deshalb - wie damals - nicht über direkte Aufrufe der Ideengeber der Konservativen Revolution zum politischen Attentat gegen die erkannten „Wächter des Systems“. Die Steuerung erfolgt vielmehr - wie schon in der Weimarer Zeit - über den beschriebenen Dreiklang von kulturellem Pessimismus, Hass und Gewalt. Allerdings ist das Radikal Neue gegenüber der Weimarer Lage die Revolutionierung der Öffentlichkeitsarbei**t;** radikal neu ist die Digitalisierung der Medien. Das politische Attentat von heute wird nicht mehr analog, sondern digital vermittelt. Die politische Gewalttat als solche ist und bleibt hingegen die finale öffentliche Ausdrucksform des Dreiklangs von kullurellem Pessimismus, Hass und Gewalt.

Unter den Begriff „politisches Attentat“ fasse ich nicht nur die „Klassiker“ der Politischen Attentate der Weimarer Republik: Beispiele seinerzeit sind die Attentate auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15.1.1919 in Berlin durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter Hauptmann Waldemar Pabst; auf den ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Kurt Eisner, am 21.2.1919 in München durch den zum antisemitischen Thule -Kreis gerechneten Anton Graf von Arco auf Valley: („Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter.“); auf den Leiter der Waffenstillstandskommission und Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommen von Campiègne, Reichsminister der Finanzen Matthias Erzberger (1875-1921) am 26.8.1921 in Bad Griesbach durch die Organisation Consul; auf Außenminister Walther Rathenau (1867-1922) ebenfalls durch die Organisation Consul am 24.6.1922 in Berlin. Die Organisation Consul, auch „Schwarze Reichswehr“ genannt, entstand 1920 nach dem gescheiterten Kapp-Putsch als Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt. Sie stellte eine militärisch geführte Organisation mit rd. 5.000 Mitgliedern dar.[31]

---

[29] Siehe dazu Michael Bouteiller, a.a.O. (FN.2), S.16

[30] Siehe Jan Sternberg, Den Rechsextremen hingegeben, Frankfurter Rundschau vom 30.11.2010, S. 3

[31] Siehe: Stichwort Brigade Erhardt in:historisches-lexikon-bayerns.de

Unter den Begriff „politisches Attentat“ fallen heute auch nicht alleine die in der öffentlichen Wahrnehmung im Vordergrund stehenden sog.Terrorangriffe. Entscheidend sind vielmehr die fast alltäglichen Morde, die im Wesentlichen aus Fremdenhass erfolgen. Alleine von 1990 bis 2017 sind 183 Opfer rechter Gewaltverbrechen dokumentiert.[32] Diese Opfer wurden erschossen, erstochen, gesteinigt, verbrannt, zertreten und in den Selbstmord getrieben. In die Gruppe politischer Attentate gehört ebenso die nach Angaben des Bundeskriminalamtes allein in die Zeit von 2011 bis 2017 fallende geradezu unglaubliche Zahl von 2.560 Angriffen auf Asylbewerberunterkünfte.[33] Ebenso waren politische Attentate die 10 Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), über deren Aufklärung der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Bundestages vom 22. April 2013 zu folgendem für die staatlich verantwortlichen Behörden und Persönlichkeiten beunruhigenden Urteil kam:

> „Am 22. August 2013 legte der Bundestagsausschuss einen 1357-seitigen Abschlussbericht vor. Die wichtigsten Ergebnisse waren:
>
> 1. Fehler in den Ermittlungen: Zum Beispiel mangelhafte Vorbereitung und Durchführung der Durchsuchungen in Jena am 26. Januar 1998, „diverse fachliche Defizite“ wie fehlende Anfragen, mangelnde Auswertung von Hinweisen, und eine „Überzeugung, dass Organisierte Kriminalität der Hintergrund der Taten gewesen sei“.
> 2. Fragwürdige Ermittlungsmethoden der Staatsorgane: Zum Beispiel wurden V-Männer als Journalisten eingesetzt.
> 3. Falscher Umgang mit den Angehörigen der Opfer: „Angehörige wurden verdächtigt, die Taten selbst in irgendeiner Weise mit verursacht zu haben“, „Geschwister der Mordopfer waren bei den Vernehmungen der Eltern als Übersetzer tätig.“
> 4. „Unbestreitbares Versagen“ des Verfassungsschutzes: Die Analysen seien „falsch und grob verharmlosend“ gewesen mit „fataler Unterschätzung und Bagatellisierung [des] Gefahrenpotenzial[s]“ des Trios.
> 5. V-Personen: „Aufwand und Ertrag des Einsatzes von V-Personen zur Aufklärung einer von Rechtsterrorismus ausgehenden Gefahr standen (…) in keinem Verhältnis.“
> 6. Keine Hinweise auf Beteiligung von Behörden: Der Ausschuss fand keine Hinweise darauf, dass Behörden den NSU gebilligt oder unterstützt hatten, mit Ausnahme der Verwendung der V-Personen.
> 7. Rolle der politisch Verantwortlichen: „Diverse Fehler und Versäumnisse, unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit“: Zum Beispiel ließ sich der damalige bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) trotz seiner Vermutung nach ausländerfeindlichem Hintergrund mit der Antwort der Polizei abspeisen, dass es „derzeit keine Anhaltspunkte dafür [gebe]“. Der nordrhein-westfälische Innenminister Fritz Behrens (SPD) und damalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hatten sich nicht näher mit den Hintergründen des Nagelbombenanschlag in Köln beschäftigt. Auch der nachfolgende Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) zeigte „kein Interesse für die

[32] Siehe, Ausstellung Opfer rechter Gewalt, opfer-rechter-gewalt.de

[33] Flüchtlingsfeindliche Angriffe in der Bundesrepublik Deutschland, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Fl%C3%BCchtlingsfeindliche_Angriffe_in_der_Bundesrepublik_Deutschland, 30.11.2019

CHRONOLOGIE

1995/96: Die rechtsextreme Organisation „Thüringer Heimatschutz“ wird gegründet. Maßgeblich ist der Neonazi Tino Brandt in dieser Organisation aktiv, der dem Verfassungsschutz als V-Mann Informationen liefert. Neben Brandt sind auch Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe sowie spätere NPD-Funktionäre beim „Thüringer Heimatschutz“ aktiv.

13. April 1996: Uwe Böhnhardt hängt an einer Autobahnbrücke einen Puppentorso mit Davidstern und dem Schild „Jude“ auf, der Kopf hängt in einer Schlinge. Daneben steht eine Bombenattrappe. Die 1997 verhängte Jugendstrafe tritt er nicht an, da er untertaucht.

Januar 1998: In Jena hebt die Polizei eine Bombenwerkstatt der Rechtsextremisten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe in einer Garage aus. Es werden Rohrbomben mit dem Sprengstoff TNT und Propagandamaterial sichergestellt. Das Trio flieht und taucht unter.

1998-2011: 15 Raubüberfälle auf Supermärkte, Postfilialen und Sparkassen, die meisten davon in Chemnitz, werden der untergetauchten Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zugeschrieben.

DPA (10)

9. September 2000: Der erste NSU-Mord: Der Blumengroßhändler Enver Şimşek aus dem hessischen Schlüchtern wird an seinem Blumenstand in Nürnberg ermordet. Die beiden Täter, Böhnhardt und Mundlos, geben acht Schüsse aus zwei Pistolen ab und verletzen den 38-Jährigen. Er stirbt zwei Tage später im Krankenhaus. Şimşek war Mitte der 80er Jahre aus der Türkei nach Deutschland gekommen und hatte zwei Kinder. Die Mordwaffe des Herstellers Ceska wird bei zahlreichen weiteren NSU-Taten eingesetzt.

19. Januar 2001: In einem Lebensmittelgeschäft in der Kölner Probsteigasse explodiert eine Bombe, die in einer Christstollendose versteckt worden war. Die 19-jährige Tochter der aus dem Iran stammenden Inhaberfamilie wird schwer verletzt.

13. Juni 2001: Abdurrahim Özüdoğru wird in seiner Änderungsschneiderei in der Nürnberger Südstadt mit zwei Schüssen in den Kopf getötet. Özüdoğru hinterlässt eine Tochter.

27. Juni 2001: Der Obst- und Gemüsehändler Süleyman Taşköprü wird in Hamburg im Laden seines Vaters mit drei Schüssen ermordet. Taşköprü ist 31 Jahre alt, als er stirbt. Erst im April 2001 hat er das Lebensmittelgeschäft der Familie übernommen. Er ist Vater einer zur Tatzeit zweijährigen Tochter.

29. August 2001: Der 38-jährige Feinkosthändler Habil Kılıç wird in München im Laden seiner Frau mit drei Schüssen in den Kopf getötet. Hauptberuflich war Kılıç als Staplerfahrer auf dem Münchner Großmarkt beschäftigt. Er hinterlässt eine Tochter.

25. Februar 2004: Der Hamburger Mehmet Turgut wird an einem Dönerimbiss in dem Plattenbauviertel Rostock-Toitenwinkel mit drei Kopfschüssen ermordet. Der 25-Jährige besuchte in Rostock einen Freund, für den er spontan als Aushilfe am Dönerstand einsprang.

9. Juni 2004: Bei einem Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße, in der sich viele Geschäfte der türkischen Community befinden, explodiert eine ferngezündete Nagelbombe. Dabei werden 22 Menschen verletzt, vier von ihnen schwer. Zahlreiche Läden und Autos werden durch die Detonation erheblich beschädigt.

9. Juni 2005: Der 50-jährige Dönerbudenbesitzer Ismail Yaşar wird in Nürnberg mit fünf Schüssen in Kopf und Herz getötet. Der in der Türkei geborene Yasar lebt seit 1978 in Deutschland. Er hinterlässt einen Sohn.

15. Juni 2005: Theodoros Boulgarides, der Mitinhaber eines Schlüsseldienstes, wird vor seinem Geschäft in München mit drei Schüssen in den Kopf ermordet. Boulgarides wird 41 Jahre alt. Er hinterlässt zwei Kinder.

4. April 2006: Der 39-jährige Kioskbesitzer Mehmet Kubaşık wird in seinem Geschäft in der Dortmunder Nordstadt ermordet. Kubaşık ernährte mit der Arbeit im Kiosk seine fünfköpfige Familie.

6. April 2006: Halit Yozgat, 21-jähriger Betreiber eines Internetcafés, wird in seinem Kasseler Laden durch zwei Kopfschüsse getötet. Yozgat verblutet in den Armen seines herbeigeeilten Vaters, der seinen Sohn im Geschäft ablösen wollte. Zur Tatzeit befindet sich Andreas Temme am Tatort, ein Bediensteter des hessischen Verfassungsschutzes. Gegen ihn wird zunächst wegen Mordverdachts ermittelt. Das Ermittlungsverfahren wird eingestellt.

25. April 2007: Die 22-jährige Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter wird in Heilbronn in ihrem Dienstwagen mit einem gezielten Kopfschuss getötet. Ihr Kollege, der neben ihr sitzt, erleidet durch einen Kopfschuss lebensgefährliche Verletzungen. Es ist der zehnte NSU-Mord.

2007 bis 2009: Die Ermittlungsbehörden verdächtigen eine unbekannte Frau zahlreicher Mordtaten. Im März 2009 stellt sich heraus, dass die übereinstimmenden Genspuren beim Verpacken auf Probestäbchen gelangt sind, die bei Ermittlungen genutzt wurden.

4. November 2011: Nach einem Banküberfall in Eisenach werden Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot in ihrem ausgebrannten Wohnmobil in einem Vorort von Eisenach gefunden. Den Ermittlungen zufolge tötet Mundlos seinen Komplizen Böhnhardt, setzt dann das Wohnmobil in Brand und erschießt sich schließlich selbst. In Zwickau wird die Wohnung, in der die beiden mit Beate Zschäpe gelebt hatten, von Zschäpe in Brand gesetzt und vollkommen zerstört. Zschäpe verschickt Propaganda-DVDs, auf der sich die bis dahin in der Öffentlichkeit unbekannte Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ mit den Taten brüstet. Am 8. November 2011 stellt sich Zschäpe der Polizei in Jena.

23. Februar 2012: Deutschland gedenkt der Opfer des NSU in einer Veranstaltung am Berliner Gendarmenmarkt, an dem die gesamte Staatsspitze teilnimmt. Bundeskanzlerin Angela Merkel verspricht den Angehörigen vollständige Aufklärung. Für die Hinterbliebenen sprechen Ismail Yozgat, Semiya Şimşek und Gamze Kubaşık.

6. Mai 2013: Vor dem Oberlandesgericht München beginnt der NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Helfer des Trios. Es werden rund 800 Zeugen gehört. Am 11. Juli 2018, nach 438 Verhandlungstagen, wird das Urteil verkündet: lebenslange Freiheitstrafe für Beate Zschäpe. Vier Unterstützer des NSU, Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, André Eminger und Carsten S., werden wegen Beihilfe zu Freiheitsstrafen zwischen zweieinhalb und zehn Jahren verurteilt. Nur S. distanziert sich vom NSU. Am 19. August 2021 bestätigt der Bundesgerichtshof das Münchner Urteil gegen Zschäpe, sie reicht am 20. September 2021 in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde ein. Zschäpe will erreichen, dass der Bundesgerichtshof (BGH) noch einmal über die Revision entscheidet. PITT VON BEBENBURG

> Ermittlungen in der ‚Česká'-Mordserie" und beauftragte das Bundeskriminalamt 2006 trotz Anbitte nicht mit der zentralen Ermittlungsführung. Der frühere hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU) erteilte im Fall des erschossenen Halit Yozgat V-Leuten des Verfassungsschutzes aus dem islamistischen und in einem Fall auch rechtsextremistischen Bereich keine Aussageerlaubnis."[34]

Nimmt man die genannten Anzeichen aufkommenden Präfaschismus in der Bundesrepublik wahr und die offen formulierten Strategien der führenden Köpfe der Völkischen Bewegung ernst, liegt es an den zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, mit allen Mitteln aufzudecken und Widerstand zu organisieren. Dabei kommt der Analyse des Sprachgebrauchs im Sinne Heinrich Deterings eine Schlüsselfunktion zu. Ein täglich zu hörendes Eingangsstatement etwa: „Das wird man doch noch sagen dürfen…", mit dem dann unter Berufung auf das Grundecht der Meinungsfreiheit völkische Parolen verbreitet werden, ist ein wertvolles Beispiel für den gängigen Versuch, das legitime öffentliche Meinungsspektrum nach rechts zu verschieben. Widerstand beginnt immer damit, sich von Vorurteilen frei zu machen und die eigene Wahrnehmung zu schärfen.

Inzwischen radikalisieren sich die sogenannten Querdenker zur Querfront mit Mord und Totschlag. Sie sammeln sich um die o.g. sattsam bekannten Ideologien.[35]

5. WIDERSTAND ORGANISIEREN

Es ist jetzt die Zeit des Widerstandes gegen den wieder aufkommenden Präfaschismus in Deutschland - auf allen Ebenen: (1) Auf der zivilgesellschaftlichen Ebene, angefangen in unserem direkten - auch privaten - Umfeld, im Elternhaus[36], Kindergarten, allen Bildungseinrichtungen, einschließlich der Gewerkschaften, Kirchen, Moscheen, Synagogen und sonstigen religiösen Gesellschaften; (2) auf den sieben staatlichen Ebenen der Gemeinden, Kreise, Kreisfreien Städte, Bundesländer, des Bundes und schließlich über die Ebenen von EU und UN. Keine dieser Netzwerke oder Entscheidungsstrukturen bleibt vor dem Prozess des Wandels einer republikanischen zu einer präfaschistischen und am Ende faschistischen Formation bewahrt. Ein besonderes Hilfsmittel zum Einüben des Faschismus sind (3) die analogen und heute in Besonderheit die digitalen Medien.

Es ist jetzt die Zeit, den Widerstand rechtzeitig zu organisieren. Das ist die wichtigste Lehre aus der Deutschen Geschichte. In der Geschichte unseres Landes ist die misslungene Ergreifung der so sehnlich von der kulturellen Elite erträumten deutschen Weltmacht[37] ein besonderes unerfüllt gebliebenes Stück der in den letzten 150 Jahren erlebten Geschichte unserer Eltern, Großeltern und Urgroßeltern. Vergessen sollten wir dabei nicht, dass dieser unerfüllte deutsche Weltmacht-Traum fast die Eroberung ganz Europas durch den

---

[34] NSU-Untersuchungsausschüsse, Ergebnisse, https://de.m.wikipedia.org/wiki/NSU-Untersuchungsaussch%C3%BCsse, 27.11.2019

[35] vgl. auch Im Bürgerkrieg: Die neuen Querfrontpartisanen
von Markus Linden, Blätter 11/21 S.95-104

[36] vgl.dazu Gerald Hüther: https://youtu.be/BdmiC5VTThI Hüther

[37] Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961 und 2013

Faschismus bewirkt hat. Die deutsche Eroberung Europas hing tatsächlich am seidenen Faden. Wir sollten uns deshalb daran erinnern, dass Träume in den Händen dazu entschlossener Menschen ungeheure Vernichtungskraft entfalten können. 1940 waren es in der Tat lediglich drei Tage im Mai, in denen der Vormarsch der Deutschen Wehrmacht auf Dünkirchen stoppte. Diese drei Tage vom 24. bis 26. Mai entschieden über den Sieg oder die Niederlage des Faschismus in Europa.[38] Vergessen sollten wir ebenfalls nicht, dass dieser deutsche Weltmachttraum in dem gesamten kurzen 20. Jahrhundert[39] nach Schätzungen weltweit insgesamt 187 Millionen Menschen den Tod brachte.[40] Es ist an der Zeit, den Widerstand zu organisieren und den zum Trauma gesteigerten unerfüllten Traum nach Deutscher Weltgeltung endlich zu bewältigen.

Jetzt

[38] Schlacht von Dünkirchen, de.m.wikipedia.org,

[39] Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, München Wien 1995, S. 11

[40] Derselbe, a.a,O.(FN 35), S.26